Konkret

C 4143 E

Boykott der Giftküche

Sieben Jahre nach Seveso schaufeln Ärzte und Patienten immer noch Milliarden in die Kasse von Hoffmann-La Roche. KONKRET nennt alternative Medikamente

in konkret Mai 1983

Vorwort von Manfred Bissinger

An KONKRET

Locker wie in Vietnam von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Geistige Nachrüstung II von Konrad Ege
Nachrichten

Aufbruch oder Psychokrieg? von Tom Schimmeck

Boykott der Giftküche von Susanne Mersmann
Soveso ist nicht der erste Skandal des Pharma-Konzerns Hoffmann- La Roche, der weltweit Medikamente und Chemikalien für rund acht Milliarden Mark im Jahr umsetzt. Mit Höchstpreisen für Valium machten sie ihr Geld, heute beherrschen die Schweizer den Vitamin-Markt, nachdem sie andere Produzenten mit rüden Methoden an sich gebunden haben. Ärzte und Patienten haben nur eine Möglichkeit, sich gegen den Multi u wehren: Boykott.

Bauchredner und die Biedermänner von Erich Kuby
Obwohl er keinen Posten im Bundeskabinett abbekommen hat, ist Franz Josef Strauß beim Regieren dabei. In Bonn wäre er seiner Sache schädlicher gewesen.

Afghanistan: Kleines Land - große Brüder von Warner Poelchau
Als die Kommunisten vor fünf Jahren an die Macht kamen, sollte für das mittelalterliche Land Afghanistan eine neue Zeit beginnen. Mit Hilfe der Sowjetunion wollte Parteichef Babrak Karmal die längst fälligen Reformen in seinem Land durchsetzen. Doch als »Marionette Moskaus« wird er von Rebellen bekämpft, die der Westen bezahlt und mit Waffen versorgt. Babrak Karmal nimmt noch heute vorsichtshalber nur als Foto an den Feierlichkeiten des jährlichen Revolutionstages teil.

Verkungelt von Werner Heine
Ein unfähiger Manager und eine gefügige Gewerkschaft haben das Großunternehmen Howaldtswerke - Deutsche Werft in den Ruin getrieben. Tausende von Arbeitern müssen jetzt dafür büßen. Sie werden auf die Straße geschickt.

Übers Ohr gehauen von Wolfgang Pohrt
Nach der Wende in Bonn müssen sich auch die deutschen Intellektuellen umstellen. Der bequeme Umgang mit der Macht ist dahin.

Konkret-Extra:Spiel mit der Wahrheit: Der 40jährige Propagandakrieg für die Atomrüstung von Lutz Liebelt
Als einzige deutsche Zeitschrift dokumentiert KONKRET das Skript eines Films, den die kommerzielle britische Fernsehgesellschaft ITV am 28. Februar zeigte. John Pilgers »The Truth Game« war im November letzten Jahres vom Programm abgesetzt worden, weil die zuständige Kontrollbehörde IBA (Independent Broadcasting Authority) den Film »nicht genügend ausgewogen« fand. Die Sendeerlaubnis wurde schließlich an die Bedingung geknüpft, daß die Fernsehgesellschaft einen zweiten Film zum gleichen Thema mit entgegengesetzter politischer Tendenz in Auftrag gab. Der ITV-eigenen Programmzeitschrift »TV Times« wurde die Veröffentlichung einer Titelgeschichte über Pilgers Film schlichtweg untersagt

KONKRET-Extra: Spiel mit der Wahrheit von John Pilger

Margret Thatcher: Wir brauchen Atomwaffen, weil ihr Besitz den Frieden sicherer macht.

Wunderwasser von Horst Tomayer

Weil ein Thema hermußte, riefen zwei »Bild«-Papierschinder ein Wallfahrtsbrünnlein zur »Wunderquelle« aus. Und Hunderttausende strömten hin.

Kokain: Vom Luxusgift zur Massendroge von Günter Amendt

Jetzt erst, erst jetzt ist Kokain wirklich angekommen, oder wie es die »Neue Zürcher Zeitung« fast liebevoll ausdrückt: »'Charley' ist seit diesem Jahr endgültig auch bei uns zuhause.« Die Droge hat das Getto des Luxuskonsums verlassen und macht sich am westeuropäischen Straßenmarkt breit. Wir erleben das Ende einer Produkteinführung.

Kulturnotizen

Genosse Vogeler

Er entwarf Bestecke, baute Bahnhöfe, schrieb romantische Gedichte, illustrierte Bücher von Rilke, Oscar Wilde oder Kropotkin, malte wunderbare Moorlandschaften und wurde einer der ersten deutschen Kommunarden: Heinrich Vogeler, Handwerker und Architekt, Kunstgewerbler und Schriftsteller, Maler und Lebensreformer. Er war der Liebling des aufgeklärten Bürgertums. 1914 zog der bewunderte Künstler des deutschen Jugendstils freiwillig in den Weltkrieg. 1917 klagte er den Kaiser und seine Armeeführung an und wurde deshalb in die Irrenanstalt eingewiesen. Als Arbeiter- und Soldatenrat propagierte Vogeler 1918 den Sturz der bürgerlichen Ordnung.

Godard und das Größte der revolutionären Kunst von Gideon Bachmann

Der französische Kino-Revolutionär Jean-Luc Godard stellt sich und sein Handwerk mal wieder selbst in Frage. In seinem neuen Film »Passion« geht es um einen fehlgeschlagenen Arbeitskampf und einen scheiternden Regisseur. Für das Nachstellen von berühmten Gemälden mangelt es ihm immer wieder am richtigen Licht. Gideon Bachmann hat Godard und sein Team am Drehort besucht.

Ein Bildersturm von Thomas Doberstein

Alle Verleger klagen über Absatzschwierigkeiten. Nur den Comic-Produzenten scheint die Konkurrenz von Fernsehen, Kino und Video nicht zu schaden. Im Gegenteil: Der Markt für Erwachsenen-Comics erlebt einen unerwarteten Boom. Und längst wird da nicht mehr nur mit Zeichen-Pornos gehandelt - das neue Angebot bietet auch Stoff für feingeistige Ästheten. Aber bei allem Erfolg ist die Comic-Szene so unübersichtlich wie zerstritten. Da geht es fast wie in einem Comic zu.

10 Sätze betr. Komik, komische Zeichnung, Bildende Kunst und Literatur nebst einem Zusatz von Robert Gernhardt

Wir Schufte von Hermann Kant

Die Kampagne gegen die Friedensgespräche von Schriftstellern aus Ost und West geht weiter. Kurz vor dem jüngsten Treffen Ende April in Westberlin erschien in der Springerzeitung »Die Welt« ein Artikel von Joachim Seyppel. Der Schriftsteller, der von der BRD in die DDR und wieder in die BRD gewechselt ist, wirft dort Hermann Kant als einem der maßgeblichsten Teilnehmer des Friedens-Dialogs Spitzeltätigkeit vor. KONKRET hat Kant, der Präsident des DDR-Schriftstellerverbands ist, danach gefragt.

Aus in drei Jahren von Jürgen Flimm

30 Millionen Theaterkarten werden jährlich in der Bundesrepublik verkauft; zwei Drittel von Bühnen, die mit Steuermitteln subventioniert werden. Der Staat wendet 0,23 Prozent aller öffentlichen Ausgaben dafür auf. Und weil diese Mini-Zuwendungen jetzt allenthalben noch weiter zusammengestrichen werden, ist ein

Zusammenbruch der öffentlichen Theaterkultur abzusehen. Jürgen Flimm rechnet spätestens 1986 mit dem Kollaps seiner Kölner Bühne. In einem KONKRET-Gespräch sagt er, wie man aus der Krise herauskommen könnte

Bücher: Wie vorne ist hinten? von Hermann L. Gremliza

Schöner als Geschlechtsverkehr ist Dr. Günther Nenning. Er juckt länger.

Bücher: Die DDR-Schriftstellerin Irmtraud Morgner legt den zweiten Teil ihrer Laura-Salman-Trilogie vor: den Hexenroman »Amanda«. von Matthias Altenburg

Das Buch ist kaum faßbar, ein Monstrum. Sechshundertfünfzig Seiten, kann man noch so viel zu sagen haben?

»Was lesen Sie gerade - und wie gefällt es Ihnen?«

Wieder hat KONKRET einige Schriftsteller (und diesmal auch einen bildenden Künstler) noch dem Buch gefragt, das sie zur Zeit lesen. Die Antworten kamen spontan, am Telefon.

Bücher: Islamische Bordelle von Reinhard Hesse

Wer auf der Sachbuch-Bestsellerliste noch vor »Jane Fondas Fitness-Buch« rangieren will, muß mindestens so populär sein wie die Mainzelmännchen, oder versprechen, eine Bildungslücke zu schließen. Zwei Argumente für Peter Scholl-Latour.

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 05/83, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Der Staat muß wissen, wieviel Leute in der BRD gemeldet sind. Er weiß ja auch, wieviele Dioxin-Fässer nicht gemeldet sind.
Winfried Thomsen

Wer davon überzeugt ist, daß das Recht dem Staat dient, und nicht der Staat dem Recht, hat jetzt einen Beweis bekommen. Ich meine die Einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts zur Aussetzung der Volksbefragung. Der Beschluß mußte alle froh machen. Der Innenminister Fritz Zimmermann kann dankbar sein, weil ihm eine Riesenpleite erspart worden ist. Die Bürokraten können aufatmen, weil sie weder über Widersprüche noch Bußgelder entscheiden müssen. Die Sozialdemokraten können weiter in Deckung bleiben, weil einer ihrer vielen Fehler beim Umgang mit der Macht erstmal ohne Folgen bleibt. Die Grünen können sich bestätigt fühlen, weil ihr spätes Engagement gegen die Volksaushorchung ein guter parlamentarischer Start in Bonn war.

Uns darf der Spruch von Karlsruhe nicht zu der Annahme verführen, der Rechtsstaat sei gerettet und die Richter werden's schon richten. Die Spitzel-Gelüste sind nach wie vor da: Pünktlich zum Orwell-Jahr 1984 soll der computergerechte Personalausweis eingeführt, jeder eine Kennummer aufgedrückt bekommen, die Republik verkabelt werden. Die Konzerne installieren schon jetzt Personal-Informationssysteme, die auf Knopfdruck melden, wie oft man wieviele Minuten zu spät gekommen ist, wieviel Material man verbraucht und ob man mittags in der Kantine ein Bier getrunken hat. Bei Entlassungen wird künftig am Bildschirm aussortiert.

Das sind nur einige Beispiele, die Widerstand herausfordern. Notwendig ist jetzt, daß die VoBos nicht auseinanderlaufen, sondern den Druck verstärken. Wenn dies nicht geschieht, sind schnell auch noch die letzten Freiräume dahin.

Da hat der Stopper aus Karlsruhe vielen Mut gemacht. Wer noch schwankte, ob er sich dem Staat verweigern dürfe oder nicht, hat feststellen müssen, daß er so ängstlich gar nicht zu sein braucht. Courage ist künftig des Öfteren nötig: Nicht nur wenn es um die Erfassung unserer Daten geht, sondern auch wenn die Raketen im Herbst aufgestellt werden. In diesem Land muß man sich sein Recht und sein Leben ertrotzen.

Mit etwas mehr Widerstand läßt sich schon sehr viel Ärger machen. Unsere Titelgeschichte (»Boykott der Giftküche«) ist eine Anregung zum Thema. Der Schweizer Arzneimittel-Multi Hoffmann-La Roche tanzt allen auf der Nase herum - Regierungen, Ärzten und Patienten. Es geschieht in der stolzen Gewißheit, sich alles erlauben zu können. Doch niemand muß diese Arroganz hinnehmen. Denn Hoffmann-La Roche produziert nichts, auf das wir angewiesen wären.

Hilfreich ist auch individueller Widerstand: Mediziner haben uns beraten, wie sich Hoffmann-La Roche Produkte gleichwertig ersetzen lassen. Dabei sind wir uns durchaus bewußt, daß die anderen Chemie-Giganten dieselbe Haifisch-Mentalität haben. Bei den Eidgenossen hat sie nur ein Maß angenommen, das mit Schweinerei nur unzulänglich beschrieben ist. *Susanne Mersmanns* Bericht und Tips finden Sie ab Seite 22.

Kurt Ziesel, Schriftleiter des »Deutschland-Magazins« und als solcher im Kanzleramt Gesprächspartner von Helmut Kohl, hat beim Landgericht München I gegen KONKRET und den Autor *Michael Schilling* eine einstweilige Verfügung erwirkt. Darin wird uns verboten, zu behaupten und/oder zu verbreiten, »die Anzeige des Kurt Ziesel gegen seine ehemalige Köchin sei bei der Gestapo erfolgt«.

In seinem Antrag hatte Ziesels Anwalt Günter Ossmann, der auch Franz Josef Strauß vertritt, verlangt: Es solle KONKRET die Behauptung verboten werden, »Kurt Ziesel habe seine Köchin wegen defätistischer Äußerungen bei der Gestapo denunziert. Das erschien, angesichts der Tatsachen, selbst dem Gericht zuviel. Denn Kurt Ziesel hatte am 6. August 1943 an das Amtsgericht in Hainfeld geschrieben: »Ich erstatte in folgender Angelegenheit Anzeige und stelle Antrag auf Strafverfolgung, bzw. Aburteilung durch das Sondergericht: Die bei mir als Köchin beschäftigte Therese Kassis« habe »staatsfeindliche Äußerungen« getan, diese verrieten eine »Gesinnung.... die für das Konzentrationslager reif ist«. Deshalb fordere er »exemplarische Bestrafung«. Es sei »notwendig.... daß die Heimat rücksichtslos gegen solche gesinnungslosen Elemente einschreite«.

Ziesel hat also seine Köchin nur beim Amtsgericht denunziert, nur die Aburteilung vor einem Sondergericht und nur die Verbringung in ein Konzentrationslager verlangt. KONKRET bedauert, in einem Land zu leben, dessen Kanzler einen solchen Mann empfängt und dessen Richter sich um seine Ehre sorgen, anstatt ihn wegen Mißbrauchs der Rechtspflege zu belangen - etwa mit dem Hinweis, er solle doch täglich mit zwanzig Vaterunser dafür danken, daß er nicht am Nachmittag des 8. Mai 1945 an den nächsterreichbaren Baum geknüpft wurde.

Im Zentralorgan der SPD, dem Mitglieder-Magazin SM, wird darüber gemutmaßt, warum den Genossen »die Intellektuellen weglaufen«. Das Fazit ist überzeugend einfach: Die Intellektuellen sind selber schuld. Sie seien »weniger politisch als andere Gruppen«, ließen sich vom Gefühl majorisieren und denunzierten den Verstand, litten unter Opportunismus, Destruktionstrieb und Schuldgefühlen.

Autor dieses linientreuen Bekenntnisses ist mein Freund, der Grafiker Klaus Staeck. Doch weiter im Text: »Plötzlich wurden viele zu kleinen Parteistrategen und -taktikern, die sich eine starke grüne Fraktion im Nacken der SPD wünschten, um ihren linken Zielen näherzukommen. Kein Wunder, daß vielen Frustrierten dieses Angebot verlockend erschien, zumal sogar ein Mitglied der SPD-Grundwertekommission und der KONKRET-Chef diese Strategiespiele als einzige Möglichkeit anpriesen. In der Wirklichkeit lief voraussehbar alles ganz anders... Die sich heute noch rühmen, durch ihre grüne Entscheidung wenigstens die absolute Unionsmehrheit verhindert zu haben, werden ihren Irrtum bald bemerken.«

Nichts für ungut, Klaus, aber eins möchte ich Dir stecken: Wären die Grünen bei 4,8 Prozent gescheitert, hätte es für die Union zur absoluten Mehrheit gelangt, Strauß wäre die Schlüsselfigur im Kabinett und Außenminister. Was wäre daran besser? Kann man, die Intellektuellen als »kleine Parteistrategen« verhöhnen und ihnen »Sehnsucht nach klaren Verhältnissen, die Sehnsucht schließlich nach der CDU« vorwerfen, wenn man gleichzeitig Strauß und den absoluten Unions-Staat verhindern will? Right or wrong my party, man kann es nicht. Ich bin jedenfalls froh (und mit Heinrich Böll waren wir ja nicht in schlechter Gesellschaft), daß unsere »Strategiespiele« dazu beigetragen haben, eine Regierung Strauß/Kohl mit einer Opposition Vogel/Genscher zu verhindern. Wenn wir diese Konstellation gewollt hätten, hätten wir am besten gleich zur Wahl der CDU/CSU aufgerufen.

Und noch eins, Klaus, das Verhalten der Oppositions-SPD in der ersten Debatte des neuen Bundestages hat gezeigt, wie gut es ist, daß die Grünen im Parlament sitzen. Als es darum ging, das Volksbefragungs-Gesetz rückgängig zu machen, haben ganze zwei SPD-Abgeordnete nicht mit der CDU/CSU gestimmt. Einer davon war Hans-Ulrich Klose. Er scheint es auch in Bonn ernst zu meinen.

Das alles soll natürlich nicht heißen, daß wir uns im Besitz der absoluten Wahrheit wähnen. In diesem Heft sind es *Erich Kuby* (Seite 26) und *Wolfgang Pohrt* (Seite 42), die eigenwillige Meinungen vertreten. Und daß bei den Grünen auch nicht alles grün ist, beschreibt *Tom Schimmeck* auf Seite 12: »Aufbruch oder Psycho-Krieg?«

Die DDR macht es niemanden leicht, nicht einmal sich selber. Da hatte in Springers Üble-Nachrede-Organ »Welt« ein Joachim Seyppel eines der vielen Schriftsteller-Treffen zwischen Ost und West zum Anlaß genommen, Hermann Kant als Stasi-Spitzel anzuschwärzen. Beweise wurden nicht geliefert. Was also lag näher, als den Beschuldigten selbst zu hören. *Hartmut Schulze* kam nur bis zum S-Bahnhof Friedrichstraße. Dort wartete er eine halbe Stunde, bis ihm erklärt wurde, sein Paßbild sei zu blaß. (Der Ausweis hatte bisher zu zwölf Grenzübertritten gereicht). Die Bitte um ein Telefonat mit dem Präsidenten des DDR-Schriftstellerverbandes, der das Außenministerium von Schulzes Besuch informiert hatte, wurde abgelehnt. Nach weiteren zwei Stunden erklärten die Grenzer, Schulze könne mit einem Tagesvisum einreisen, müsse sich aber beim Internationalen Pressezentrum melden und dort eine Genehmigung für das Kant-Interview beantragen. Wenn er das Plazet habe, solle er zurückkommen und sein Tonbandgerät abholen. Außerdem habe er neue Paßbilder mitzubringen und eine provisorische Identitätsbescheinigung. Schulze machte es anders. Er kehrte nach West-Berlin zurück, rief Kant an und der war eine Stunde später da. So einfach kann es manchmal sein. Das Interview steht auf Seite 91.

Von einem der durchgekommen war, konnten Sie im letzten Heft lesen. *Michael Schilling* besuchte evangelische Christen in der DDR. Was er schrieb, mißfiel unseren Kollegen von der taz. Damit sich ihr Publikum ungestört eine eigene Meinung über die »KONKRET-Gesinnung« (Überschrift) bilden kann, verzichteten sie darauf, ein Wort über den Inhalt des Artikels zu verlieren.

Über die Untaten der Kommunisten und den Widerstand katholischer (Polen) und evangelischer (DDR) Christen ist alles geschrieben. »Spiegel«, »Welt«, FAZ und taz, Fernsehen eins und zwei informieren ebenso ausdauernd wie übereinstimmend. Einheits- und Einheizjournalismus ist nicht Sache von KONKRET. Daß uns deshalb die »Welt« als DKP-nahe denunziert und die taz als »flott geschriebenes« »Neues Deutschland«, gehört wohl zu den Eckpfeilern der Gemeinsamkeit aller Demokraten im 1038jährigen Kampf gegen die Roten. Konservative aller Blätter, vereinigt Euch!

Konkret 05/83, S. 6

An KONKRET

STUTZIG GEWORDEN

*KONKRET 4/83: »Eine Hexenjagd« - Interview mit der Regisseurin Margarethe von Trotta über die Verrisse ihres Films »Heller Wahn«*Als FR-Leser hatte ich mich von deren Kritik so beeindrucken lassen, daß mich erst der KONKRET-Artikel stutzig und in Trottas »Heller Wahn« gehen und sehen machte: ein mindestens beachtlicher, sogar bedeutender Film! Eben *darum* der Geifer der Männer!

CHRISTIAN HORZ

HAMBURG

Liebe Margarethe von Trotta!

Ich möchte Dir sagen, daß ich Deine Selbstzweifel nach der großen Zahl haßerfüllter, beleidigter Kritiken gut verstehen kann. Du hast einen sensiblen Film gemacht, der bestehende Tabus dieser Gesellschaft berührt. Ich bin Dir wie viele andere Frauen, dankbar für diesen Film, denn alle, die wir uns in diesem emanzipatorischen Prozeß befinden, haben Angst; Angst, die Sicherheiten in Frage zu stellen, die die patriarchalischen Strukturen auch für uns bedeuten. Wir zweigen ab von der breiten Straße der Kultur und Geschichte, die mann seit mehr als 2000 Jahren geht, auf einen schmalen Holperpfad, von dem frau nicht einmal weiß, ob es ein Weg ist, geschweige denn, wohin er geht. Aber wir merken, je weiter wir gehen, desto unmöglicher wird für uns die Umkehr zum alten Leben, zu alten Normen und Tabus. Viele Freunde, die wir auf diesem Weg verlieren, viele Männer, die wir nur noch mit Mühe ertragen können. Das einzige, woran wir uns festhalten können, um dem eisigen Wind, der uns gern niederreißen würde, zu widerstehen, ist unsere Solidarität. Nur unsere gemeinsamen Erfahrungen und Gefühle, die sich ja alle so furchtbar ähneln, können uns immer wieder zeigen, wie wichtig unser Weg ist.

MONIKA KILIAN-POBURSKI

HANNOVER

Ich habe mir »Heller Wahn« als gleichberechtigter Mann angesehen und war mir einer derartigen Kritik schon damals bewußt. Es wird wohl noch lange dauern, bis sich das sogenannte starke Geschlecht zu der Erkenntnis durchringt, daß sich *gemeinsam* mehr erreichen läßt.

DIETMAR HIRN

UNTERSCHLEISSHEIM

KEINE FREUDE

KONKRET 4/83: »Es muß knirschen und krachen« - Neues vom Volkszählungsboykott

Natürlich ist es ärgerlich, daß das Bundesverfassungsgericht nun den Volkszählungsboykott erst einmal gestoppt hat. Unser Ziel war ja, die Volkszählung am breiten Widerstand der Bevölkerung scheitern zu lassen. Dann wäre Herr Zimmermann vielleicht sogar seinen Posten losgeworden. Das Bundesverfassungsgericht hat auf jeden Fall eine politische Niederlage der Genscher/Kohl-Administration verhindert. Darüber können wir uns nicht freuen.

Dennoch ist dieses Urteil ein klares Ergebnis der demokratischen Protestbewegung gegen die Volkszähler. Für die Ausländer in der BRD bedeutet das erstmal, einer Bedrohung weniger ausgesetzt zu sein. Gerade weil die Boykott-Initiativen gegenüber den Ausländern soviel Unsicherheit gezeigt haben, bedeutet der Aufschub eine willkommene Entlastung.

Wir sollten aus unserem Herzen keine Mördergrube machen. Schließlich haben wir durch unseren ungeheuren Druck die Regierenden in eine Zwangslage gebracht: sie konnten nicht mehr eindeutig gegen uns entscheiden, sondern nur das für sie noch Schlimmere verhindern. Das ist also auf jeden Fall ein Teilerfolg. Im FAZ-Leitartikel schrieb F. K. Fromme unfreiwillig treffend dazu, der Baum sei halb gefällt und es komme darauf an, ihn ganz niederzulegen. Wir haben bereits damit begonnen, den Widerstand gegen weitaus bedrohlichere Projekte der Regierenden wie Bildschirmtext und Breitbandverkabelung, Melderecht und maschinenlesbare Personalkarte auszuweiten. Darüberhinaus werden wir den Kampf kritischer Kollegen in den Betrieben gegen die Personalinformationssysteme unterstützen, die uns ja schon weit voraus sind, und die in Hamburg jedenfalls die ganze Boykottbewegung aus der Taufe gehoben haben.

FRITZHANSENHAMBURG

AUSGERECHNET

KONKRET 4/83: Vorwort

Das ist ja zum Verrücktwerden! Da hat die »Frankfurter Rundschau« im Abstand von etwa einer Woche zweimal das Haus in Trier abgebildet, »in dem Karl Marx vor 100 Jahren geboren wurde«, und jetzt schlage ich KONKRET auf und lese da wieder, daß »der hundertste Geburtstag von Karl Marx« zwar in diesem Heft nicht stattfände... Habe mir jetzt tatsächlich ein Lexikon geholt, um mir zu bestätigen, daß es sich nur um seinen Todestag handeln kann.

Die Leserin muß heutzutage möglichst besser informiert sein als die Zeitung, die sie liest, weil sie aus Schlampigkeit wohl ebenso häufig belogen wird, wie aus Absicht. Ausgerechnet in KONKRET!

HELGA SOMMERRÖTHENBACH-Ausnahmsweise war's keine Absicht, sondern wirklich Schlamperei - d. Red.

VERLOGENHEIT

*KONKRET 4/83: »Ich bin kein Kamera-Voyeur« - Bericht über den New Yorker Fotografen Miron Zownir*Euer Foto und der dazugehörige Bericht sind harte Angriffe auf unseren jahrzehntelangen Kampf gegen Sexismus. Die Bildunterschrift »Meine Fotos sind Attacken gegen eine verlogene Moral« ist eine Unverschämtheit. Ich sehe keine Verlogenheit darin, wenn Frauen sich dagegen wehren, zum Objekt degradiert und halb entblößt und wehrlos, flankiert von zwei Bullen, die sowieso Symbol für allerwiderwärtigste Mackermacht sind, dargestellt zu werden.

Die Verlogenheit besteht vielmehr darin, den Kampf gegen sexuelle Unterdrückung und Moralismus so auszutragen, daß wir Frauen dabei auf der Strecke bleiben: Frauen sind nach wie vor Objekte chauvinistischer Männerphantasien. Davon aber kein Wort in Eurem Artikel.

Den absoluten Hohn bedeutet es, diesen Artikel auch noch im selben Heft mit dem Herrschafts-Artikel von Susanne Mersmann zu bringen, der damit, zumindest von der Intension her, ad absurdum geführt wird. Es ist in der endgültigen Konsequenz auch kaum ein Unterschied dazwischen vorhanden, ob Frauen von Pfaffen zum Objekt »Muttertier« oder von linken Männern zum Objekt »Sexsymbol« gemacht werden!

Euer Artikel ist eine Provokation an die falschen Leute.

AGNES WITTE

OLDENBURG/HOLSTEIN

EINGESCHNAPPT

*KONKRET 4/83: »Unter die Gürtellinie« - Leserbriefe zu den Liedermachern und BAP aus Heft 3/83*Auch das noch. Jetzt reden sich die mit Mulis paktierenden Leutchen Lindenberg und Rau schon ein, sie machen Kulturarbeit, und haben nichts besseres zu tun, als einen eingeschnappten Leserbrief an KONKRET zu schreiben. Also, was war denn an dem Artikel von M. Kröher unter der Gürtellinie? Nichts, einfach nichts.

Leute, Leute, seit der Grünen Raupe wissen nicht nur Insider Bescheid, wie mangelhaft euer politisches Bewußtsein ist. Es ist also völlig überflüssig, das nochmal durch einen Leserbrief zur Schau zu stellen.

HUBERT SAMLANDGÖTTINGENDie beiden Artikel, über die sich so viele Gemüter erregt haben, haben offensichtlich voll ins Schwarze getroffen. Da ist einigen Konkret-Lesern von der schreibenden Zunft kein Vorwurf zu langweilig und altbacken (Spaltung der Linken, haha), als daß man ihn in diesem Zusammenhang nicht noch mal vorkramen könnte.

Und die inhaltliche Seite dieser »kulturellen« Empörung? Liedermacher geben Denkanstöße und regen zum Träumen an, das andere ist Punk und kotzt. Na, wenn das der alternative »Kultur«-Begriff ist...

LUTZ ESSLER

MARBURG

HASSTIRADE

KONKRET 4/83: »Latzhosen-Kitsch« - Armgard Seegers über die »Verschenktexte« von Kristiane AIlert- Wybranietz

Alles in allem mag man die Texte von Kristiane Allert-Wybranietz gut oder schlecht finden - eine wirklich sachliche Auseinandersetzung damit hätte Euch besser zu Gesicht gestanden. Armgard Seegers hat - obwohl sie Sachlichkeit und Freiheit von Emotionen scheinbar hochhält, einen durch und durch emotionalen Verriß geschrieben, der mehr an eine

Haßtirade als an eine Kritik erinnert. Sie soll bloß aufpassen, daß sie von ihren unterdrückten Gefühlen nicht eines Tages hinterrücks (oder sogar von links) erschlagen wird.

LUCY und HEINZ KÖRNER, VERLEGER DER »VERSCHENKTEXTE«

FELLBACH

KLARSTELLUNG

KONKRET 3/83: »Ausgeschlossen« - Nachricht über die ÖTV, *die Aufnahmeanträge von Zivildienstleistenden und Arbeitslosen ablehnt.*

Das Zitat in KONKRET ist so nicht gefallen. Ich habe erläutert, daß sowohl Zivildienstleistende als auch Arbeitslose, die bereits Mitglied in der ÖTV sind, selbstverständlich ÖTV-Mitglied bleiben. Ich habe erklärt, daß Zivildienstleistende ebenso wie Wehrpflichtige aufgrund unserer Satzungsbestimmungen wegen eines fehlenden Arbeitsverhältnisses bei uns nicht aufgenommen werden können. Dies gilt auch für Arbeitslose. Von einem Wechsel der Gewerkschaftsmitgliedschaft im Zusammenhang mit Arbeitslosen war nicht die Rede.

ULRIKE MAYR-WULKOW, ÖTV-PRESSESTELLE

STUTTGART

VON GRÖKLAZ UND NAPFSCHNECKEN

KONKRET 4/83: »Die deutsche Krankheit« von Erich Kuby

Wenn die Napfschnecken im großen Volk der Schnecken die Mehrheit haben und mächtig genug sind, eine Napfschnecke zum Chef zu wählen und dies dann auch tun, dann sind die Napfschnecken glücklich. Nun sind die Kleinbürger hierin nicht mit den Napfschnecken vergleichbar, sind sie doch noch immer nicht glücklich, obwohl sie gerade den größten Kleinbürger aller Zeiten (im Folgenden der Einfachheit »Gröklaz« abgekürzt) zum Chef gewählt haben.

Doch in einem sind sich Kleinbürger und Napfschnecke zum Verwechseln ähnlich: So wie die Napfschnecke bisweilen ihr Geschlecht wechselt, so ändert der Kleinbürger von Zeit zu Zeit seine politische Ansicht, was ihm leichtfällt, da er nur seine Ruhe will. Genau das aber übersieht Erich Kuby.

Kuby gibt uns die Übelkeit kund, die ihn nach der Wahl befiel. Wenn er wüßte, wie übel ihm wirklich sein müßte, ginge es ihm sicher besser. Da heißt es, daß 55 Prozent der Deutschen sich schon wieder als Kälber entpuppt und ihre Metzger höchstselbst gewählt hätten. Da ist was dran. Aber ist das neu? 13 Jahre lang hat niemand von Metzgern geredet. Nur weil der Metzger hübscher war? Weil er das Kalb während des Schlachtens gestreichelt hat?

Klartext: »Die beiden Helmuts liegen nicht nur nicht gar so weit auseinander« - sie bedingen einander: Ohne Brandt kein Schmidt, ohne Schmidt kein Kohl. Die SPD hat ihren historischen Auftrag zum Erhalt des Systems erfüllt. Wie weit bewußt, wie weit nicht; das ist wurscht. 13 Jahre lang hat sie den Kälbern jene neuen Schlachtwerkzeuge mit einer Problemlosigkeit untergejubelt, wie es der damaligen CDU niemals so elegant gelungen wäre.

Nun sind die Werkzeuge da. Nun sollen sie auch benutzt werden. Das wiederum kann die CDU besser. Also: Die SPD hat ihre Schuldigkeit getan. Sie kann jetzt erstmal wieder gehen.

Das wirklich Fatale liegt ganz woanders als da, wo es Kuby vermutet. Und da steht er in einer Reihe mit Leuten, die er bestimmt nicht zu sich zum Kaffee einladen würde: Ob sie nun jubeln, oder ob ihnen übel wird, weil 55 Prozent so wie geschehen gewählt haben - in beiden Fällen (ich betone: in beiden!) wird stillschweigend so getan, als wären die restlichen 45 Prozent allesamt anders.

Haben tatsächlich »nur« jene 55 Prozent so überaus bildhaft ihr Kreuz gemalt, die Strauß, den Gröklaz oder Genscher gewählt haben? Hätte die SPD etwa nicht stationieren lassen? Aber hallo: sie hätte! Denn: Wer hat der ganzen Raketenkacke überhaupt erst die Energie geliefert, die sie zum ständigen Dampfen benötigt?

Der Kleinbürger ist ja eben nicht doof! Er opponiert - auch ein bißchen gegen sich selbst. Ja, er sitzt sogar auf grünen Parlamentsstühlen, steckt sich, wenn's sein muß, auch Blumen ins Haar. Denn was zeichnet ihn aus? Richtig, Erich Kuby: das Feindbild. Nur ist das Feindbild eben nicht das Grundgesetz des Kleinbürgers, sondern nur dessen notwendige Folge.

Warum hört Kuby in seiner schönen Analyse beim Gröklaz, seinen Freunden und Wählern auf? Werden bei den Grünen Konflikte ausgetragen?

Selbst die große Chance, die sich in Gestalt Werner Vogels bot, wurde als Bedrohung empfunden. Werner Vogel bedrohte als ehemaliger SA-Mann die schöne Harmonie, die es zwar nicht gibt, die es aber geben muß. Anstatt die Gelegenheit zu nutzen, nun endlich den fast 40 Jahre alten Teppich zu lüften, und im braunen Kehricht zu stöbern, wird noch ein bißchen

zugekehrt. Und als selbsternannte Galionsfigur schreit die ach so radikale »taz« nicht etwa nach Diskussion sondern nach Rücktritt. Schlamm drüber! Ordnung muß sein! Ruhe im Karton!

Jetzt kann es natürlich sein, daß ich mal wieder alles falsch verstanden hab'. Ich dachte nämlich, daß wir die alte Kneipe dichtmachen und nicht nur 'ne neue Bewirtschaftung kriegen wollten. Aber wenn das nicht so ist, dann sagt mir doch bitte Bescheid, damit ich nächstes Mal SPD wähle. Denn da weiß ich, was ich hab'.

KARL-HEINZ FARNI

Konkret 05/83, S. 8

Hermann L. Gremliza

Locker wie in Vietnam

An den Völkern von EI Salvador und Nicaragua - wenn diese geographische Abschweifung von den Brennpunkten unseres weltpolitischen Interesses: Grenzübergang Drewitz, Libyen, Danzig erlaubt ist - wird Mord geplant. Es ist möglich, daß irgendwo dort auf der Landenge Mittelamerikas die erste Neutronenbombe der Kriegsgeschichte fällt.

Die Lage ist einfach: Ließe man den Völkern dieser Region ihren Willen, dann käme das sandinistische Nicaragua zu Kraft, EI Salvador wäre bald befreit, die Nachbarstaaten würden den Beispielen folgen und die USA verlören ihre lateinamerikanischen Kolonien. Die Lage ist so einfach, daß sogar Ronald Reagan sie begreift. Die USA, sagt er, seien dann der letzte Dominostein in diesem Spiel. Das Universale System der Ausbeutung (USA) müßte fallen.

Jeder verständige Mensch versteht, daß es soweit nicht kommen darf. Das aber heißt: Die nicaraguanische Revolution muß umgewälzt, die salvadorianische zerschlagen werden. Der Streit, mit dem die Medien uns seit Monaten beschäftigen, gilt nur der Frage, welche Methode nützlicher Sei.

Reagan und seine Gang machen sich die Sache leicht: In Honduras sammeln sie die Nationalgardisten des früheren Diktators Somoza und andere Gegner der Sandinisten, bilden sie aus, kleiden sie ein, bewaffnen sie und geben ihnen die Einsatzbefehle. In EI Salvador rüsten die USA die Armee ihrer Marionetten-Regierung und die Killer-Kommandos des Faschisten d'Aubuisson auf.

In wenigen Wochen will die Regierung EI Salvadors damit beginnen, die von der Befreiungsbewegung besetzten Gebiete auszuräuchern. Das US-Magazin »Newsweek«: »Die Pläne sind in zweijähriger Arbeit in Washington und von der US-Botschaft in EI Salvador entwickelt worden... Sie lehnen sich, locker, an ein Programm an, das in Vietnam unter der Bezeichnung Civil Operations und Revolutionary Development Support (CORDS) gelaufen ist... Der, Plan verlangt von den Soldaten, killing any guerillas who stand and fight.«

Was Napalm für CORDS war, kann die Neutronenbombe für den neuen Plan werden. Militärtechnisch wäre sie einfach ideal - und wurde der Präsident nicht oft als großer Idealist beschrieben?

Reagans Politik, wir lesens täglich, findet auch Widerspruch. Da hat die demokratische Mehrheit im US-Kongreß der Regierung beispielsweise verboten, Geld auszugeben, »um die Regierung Nicaraguas zu stürzen«, und eine zusätzliche Militärhilfe für EI Salvador in Höhe von 50 Millionen Dollar verweigert. Die Begeisterung über diese Anfälle von Menschlichkeit wird leider dadurch gedämpft, daß der Präsident dennoch 30 Millionen Dollar zur Bewaffnung und Ausbildung der Somoza-Söldner ausgegeben hat, und ein Ausschuß des Kongresses eine bereits für andere Zwecke bewilligte Summe von 60 Millionen Dollar für (also gegen) EI Salvador »umwidmen« wird.

Nein, Reagans Gegner sind bestimmt keine Freunde des nicaraguanischen und salvadorianischen Volkes. Könnten sonst die ehemaligen Außenminister Vance und Muskie an ihrer Spitze stehen? Auch sie wollen, was Reagan will - nur ein bißchen anders. Sie fürchten, daß plumpe militärische Aggression den Haß aller Welt auf die Völkermörder ziehen würde. Als ob es nicht ausreichte, die Revolution in so armen lateinamerikanischen Ländern durch Infiltration, Propaganda, Sabotage, Boykott und militärische Bedrohung so zu deformieren, daß zuerst die wohlmeinenden Liberalen, dann die Sozialdemokraten, darauf die linken Sympathisanten und schließlich sogar die ungeduldigen Mitstreiter der Revolution sich von ihr abwenden - umso schneller und gründlicher, je erfolgreicher sich die Revolution ihrer Feinde erwehrt, je realer sie zu existieren beginnt. Was haben die USA mit der kubanischen Revolution und deren Bild in unseren Köpfen gemacht? Bei einem so aufrechten Mann wie Peter Paul Zahl kann man es nachlesen:

Der Analphabetismus ausgerottet, das Gesundheitswesen fast vorbildlich, die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in drei Kontinenten, der Hunger besiegt, revolutionäre und technische Intelligenz, Exportschlager undsoweiterundsofort. Gewiß. Das kennst du, das weißt du, das schätzt du. Das muß dein Urteil gerechter machen. Aber. Das kann doch nicht alles gewesen sein... Bittre Gedanken von jemand, der gewisse Aufsätze von Che einst mit Begeisterung gelesen hat,- Che ist wohl endgültig tot auf Kuba.

Aus der Traum. (Che Guevara ist wohl endgültig ermordet worden in Bolivien, von CIA-geführten Banditen.) Weiß Zahl, wie recht er hat? Daß der kubanische Mythos in seinem und vielen anderen Köpfen noch fortlebte, wenn die US-Landung in der Schweinebucht geglückt wäre? Und wenn die Sowjetunion nicht mit täglich einer Million Dollar aus Hunger und Not geholfen hätte? Noch sammelt die jungliberale »Tageszeitung« Geld für die salvadorianische Freiheitsbewegung, doch schon meckert sie über deren regierende Genossen in Nicaragua, »deckt ihre Schwächen als nationale Befreiungsbewegung auf« und beschwert sich, daß »die Sandinisten immer noch keine Journalisten ins Kampfgebiet lassen«. Überschrift: »Die bedrückenden Riten der Revolution«.

Kein »TAZ«-Leser, seid ehrlich, würde von selbst darauf kommen, daß dies *nicht* die Überschrift in seinem Blatt war. Sie stammt aus der Zeitung, die Papa sich hält: der »Süddeutschen«. Dort wird auch das Manifest der ehemaligen Sandinisten Alfonso Robelo und Eden Pastora vorgestellt. Die beiden forderten *vom Regime jedoch die Erfüllung der Urprinzipien der Revolution, also: tatsächliche Parteien und Gewerkschaftsfreiheit statt »Minimalpluralismus« und »fortschreitende Beschränkung andersdenkender Organisationen«, politisch neutrale Streitkräfte statt der sandinistischen Volksarmee, Abkehr von der pro-sowjetischen Außenpolitik und wirkliche Blockfreiheit, Pressefreiheit statt Zensur, Streikrecht für die Arbei*ter, *eine gemischte Wirtschaft, die allen, auch Privatunternehmern, Sicherheit gebe...*

Sie forderten, mit einem Wort: daß sich die regierenden Sandinisten am besten gleich selbst aufhängen sollten. Eden Pastora, der legendäre »Commandante Cero«, ist einer jener tollkühnen Revolutionäre, ohne die keine Revolution kämpfen und siegen, mit denen keine Revolution überleben kann. Che, der das von sich wußte, zog nach dem siegreichen Einzug in Havanna weiter - nicht nach Miami, wo sich die Konterrevolution sammelte, sondern nach Bolivien. Commandante Cero ziert sich noch, mit Somozas Offizieren direkt zusammenzuarbeiten. Aber Freunde, die deren Freunde sind, hat er schon. Die Mühen der Ebene sind nicht Sache der phantasievollen, genialen, unbeugsamen Kämpfer. Und auch nicht derer, die ihre Lieder singen. Umso erstaunlicher ist die Parteinahme der Schriftsteller Heinrich Böll, Günter Grass und Graham Greene: *Die gegenwärtige Regierung der Vereinigten Staaten hat einen Krieg gegen das Volk und die Regierung von Nicaragua begonnen... Es ist ein geheimer, irrationaler, reaktionärer, inhumaner, gefährlicher, verlogener, unmoralischer Krieg.*

Und wer hilft den so reaktionär, unmoralisch und inhuman Bekriegten? Mit Resolutionen noch so bedeutender Schriftsteller im Rücken sieht man gegenüber einem US-amerikanischen Schnellfeuergewehr nur moralisch gut aus (und nicht mal das). Wer tut wirklich was? Kuba. Und wer hilft Kuba?

An diesem Abend lasen sie nicht weiter, sagt der Dichter.

Konkret 05/83, S. 10

Nachrichten

Rent a Schmidt

Alt- und Großkanzler Helmut Schmidt macht wieder weltweit von sich reden: Er hält welche. Vor Big Bankern in den Staaten, vor japanischen Managern, vor saudiarabischen Ölhändlern. Wie Nicole (»ein bißchen Frieden«) und Franz Beckenbauer (»ein bißchen Fußball«) hat auch er einen Künstler-Agenten - den New Yorker Prominenten-Vermieter Harry Walker. Horst Tomayer erkundigte sich telefonisch nach den Bedingungen.

Hier spricht Garcia Stroessner. Ich bin der Speaker der »Liga für Freiheit, Business und Christentum« in Asuncion.

Hier ist Harry Walker, was kann ich für Sie tun?

Wir haben gehört, daß der honourable Ex-Kanzler der Bundesrepublik Deutschland von Ihnen gemanagt wird.

Yes

Unsere Liga ist sehr, sehr interessiert daran, den Herrn Ex-Kanzler einzuladen.

Sie möchten ihn nach Paraguay einladen?

Ja

Und Ihr Name ist Strass...

Nein, S-t-r-o-e-s-s-n-e-r.

Und Sie sind - wer???

Der Cousin des Herrn Präsidenten von Paraguay.

Aaah, der Cousin.

Ja, hören Sie, Mister Walker, unsere Mitglieder sind Großfarmer und Industriemagnaten. Viele Familien namens Schmidt sind Nachfahren deutscher Einwanderer, vielleich that de Herr Ex-Kanzler sogar einen Verwandten hier, jedenfalls wir möchten Ihn unbedingt einladen, ist das möglich?

Ja, das ist möglich. Haben Sie einen Telex-Anschluß?

Selbstverständlich. Aber sagen Sie: Wie teuer kommt die Show?

Well, das ist keine Performance, das ist ein Vortrag, eine Rede, und das kostet dreißigtausend Dollar.

Was ist denn der Inhalt seines Vortrags?

Well, Sie können ihm sagen, worüber er reden soll.

Wir hörten auch, Mister Schmidt soll ein exzellenter Piano-Player sein, viele unserer Mitglieder würden sich freuen, wenn Mister Schmidt ein paar Piano-Pieces spielen würde, in unserem Club im Hilton Asuncion verfügen wir über einen Bechstein-Flügel, wäre das möglich?

Sorry, das weiß ich wirklich nicht.

Auch nicht für ein Extra-Honorar?

Wenn er spielen will, okay, aber nicht für Geld. Und nun gebe ich Ihnen meine Telex-Nummer: 4-2-3-2-2-2.

Dieses Gespräch ist authentisch. Es wurde am 19. 4. geführt. Horst Tomayer stenografierte die Antworten mit. Bundesdeutsche SPD-Ortsvereine, die den Weltwirtschaftszampano auch mal zum small talk laden wollen, hier die Telefonnummer seines Agenten in New York: 00 12 12 56 30 700

Schwindel

Da haben die All-Chemisten der Pharma-Firma Dr. Karl Thomae wieder etwas Tolles gemischt. »Wollen Sie leicht einschlafen und gut erholt aufwachen?« werben sie für ihr neues Schlafmittel »Gittalun«.

Falls Sie wirklich schlafen wollen, sollten Sie diese Tablette auf keinen Fall schlucken. Denn im Kleingedruckten der Anzeige steht zu lesen: »In Einzelfällen sind Schwindel, Mundtrockenheit, Magen-Darm-Beschwerden, Nervosität, Reizbarkeit ' Desorientierung, Kopfschmerzen, Herzklopfen, Benommenheit sowie Müdigkeit am nächsten Morgen

möglich.«

Stütze (von) der Gesellschaft

Jetzt hat es geklappt: Freidemokrat Günter Hartkopf, Staatssekretär im Innenministerium wurde Mitte April in den »einstweiligen Ruhestand« versetzt. Lebenslängliches Arbeitslosengeld: Runde 10.000 Mark im Monat.

Hartkopf wollte bereits 1975 abheuern, um den hochdotierten Posten eines Hauptgeschäftsführers des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft anzunehmen. Doch sein damaliger Chef Maihofer mochte Ihn nicht auf Staatskosten pensionieren. Und selber kündigen wollte Hartkopf nicht, denn dann hätte er auf die üppige Frührente verzichten müssen.

Acht Jahre mußte er warten, bis sich schließlich CSU-Zimmermann erbarmte und ihn entließ. Zimmermann-Pressesprecher Hans-Günter Kowalski zu KONKRET: »Weil sich der Minister davon überzeugt hat, daß auf Dauer keine Übereinstimmung in politischen Fragen möglich gewesen wäre.« Eine interessante Formulierung, ist doch bekannt, daß Freidemokrat Hartkopf CSU-Zimmermann politisch näher steht, als seinen liberalen Ex-Chefs Maihofer und Baum.

Herr Hartkopf will sich jetzt »schriftstellerisch betätigen« und als erstes Werk eine »systematische Darstellung über den Umweltschutz in Deutschland« veröffentlichen. Die fehlt auch. In den Jahren, in denen Hartkopf als Staatssekretär für diesen Bereich zuständig war, haben Öko-Interessierte vergeblich danach gesucht.

Auch seine Stelle als Dozent an der »Fachhochschule des Bundes« in Köln - dort werden die Beamten ausgebildet - will er vorerst behalten. Gut so, denn er ist ein guter Lehrer, der nicht nur die Rechte der Beamten kennt, sondern besonders auch ihre Vorrechte.

Zitat

»Baum, so hieß es, habe Zimmermann auf das Problem der Homosexuellen aufmerksam gemacht und dabei von zwei Millionen Männern gesprochen, woraufhin Zimmermann trocken antwortete: 'Gell des wissen Sie vom Datenschutz.'«

Aus einem Bericht der »Welt« vom 21.3.83 zu den Koalitionsgesprächen zwischen CDU/CSU und FDP

Geistige Nachrüstung I

Daß der amerikanische Geheimdienst die Streikaktionen der polnischen Gewerkschaft »Solidarität« unterstützt, wurde bis zum 8. April immer heftig bestritten. An diesem Abend muß dem Amerikaner James L. Buckley der trockene Schweizer Wein beim Lunch des »America Club of Zuruch«, besonders gut geschmeckt haben. Anders ist es nicht zu erklären, warum der Direktor der beiden in München stationierten amerikanischen Propagandasender »Radio Free Europe« und »Radio Liberty« offenherzig zugab, daß ohne deren Sendungen die koordinierten Streiks der polnischen Gewerkschaft nicht möglich gewesen wären. 11 Millionen Polen, glaubt der konservative ehemalige Senator, hören seine Botschaften aus dem freien Westen.

Für Buckley sind die Münchner Sender mit ihren rund 2000 Angestellten ein »gezieltes Instrument zur Beeinflussung des politischen Denkens«. Und deshalb wird in 15 Sprachen die amerikanische Auffassung von Frieden und Gerechtigkeit in 21 östliche Länder gesendet. Obwohl die Polen und Sowjetbürger keine Rundfunkgebühren an die Amerikaner zahlen, geht es dem Sender gut. Er wird heute offiziell vom Kongreß finanziert und nicht mehr wie bisher vom Geheimdienst CIA, sagte Buckley.

Welch ein Unterschied!

Konkret 05/83, S. 11

Konrad Ege

Geistige Nachrüstung II

Nachrichten

»Reagan erleichtert«. »Westdeutscher Kanzler mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt«. Amerikanische Schlagzeilen nach Helmut Kohls Wahlsieg, der in den USA als allgemeine Zustimmung zur Stationierung der Pershing 2 und Cruise Missiles in der Bundesrepublik interpretiert wird.

Aber ganz so sicher ist sich die Reagan-Regierung nicht. Der Präsident ließ sich deshalb etwas einfallen, um Europa von den Raketen zu überzeugen: Eine öffentliche Kampagne (»public diplomacy«) soll für die US-Atomwaffenpolitik werben.

Reagan bestimmte auch schon den Mann, der diese Kampagne leiten soll: Peter Daily, US-Botschafter in Irland. Diese Entscheidung war naheliegend: Daily war im vergangenen Wahlkampf für Reagans Werbung zuständig. Ein Sprecher des Washingtoner Presseamtes meldete, daß die Mitglieder der »Daily-Gruppe« aus allen Abteilungen der »national security community«, das heißt, vom Pentagon, dem Weißen Haus, dem State Department, vom CIA und den anderen Geheimdiensten kommen.

Peter Daily ist ein erfahrener Werbemann. Er war auch im Wahlkampf 1972 Richard Nixons Public-Relations-Mann. Das »Komitee zur Wiederwahl des Präsidenten«, »CREEP« hatte die schwere Aufgabe, Nixon inmitten des Vietnamkrieges und des Watergate-Skandals der amerikanischen Öffentlichkeit als Saubermann zu präsentieren.

»CREEP«-Leute wurden damals auch vom Justizministerium verhört, als sie Unterlagen über Nixons Geldgeber vernichtet hatten. Donald Segretti, der Mann, der die Wahlkampfstrategie der Demokratischen Partei ausspionieren und »Sabotage«-Operationen machen sollte, wurde ebenfalls von »CREEP« bezahlt. Insgesamt eine schlagkräftige Truppe für den geistigen Feldzug in Europa.

Neben der »public diplomacy« soll ein »Project Democracy« die »Infrastruktur der Demokratie stärken«, kündigte der US-Außenminister George Shultz an.

Insgesamt wird die Reagan-Regierung 65 Millionen Dollar ausgeben, um »demokratische Organisationen« im Ausland - Parteien, Institute, Gewerkschaften und Zeitungen - zu finanzieren.

Zum »Project Democracy« gehören in diesem Jahr:

· 1,5 Millionen Dollar für ein »Transoceanic Leadership Project«, unter dem führende Persönlichkeiten in Europa und Japan, »die unsere Werte teilen« in die USA eingeladen werden;

· 1 Million Dollar für »europäische Organisationen, deren Ziel es ist, die atlantische Gemeinschaft zu stärken«;

· 1 Million Dollar für ein »Center for Free Enterprise«, das die Tugenden der freien Marktwirtschaft verkünden wird;

· 500.000 Dollar für ein Zentrum zum Studium der Sowjetunion, das »ein zentraler Anlaufpunkt für Einwanderer« werden soll;

· 4,5 Millionen Dollar zur Vertreibung von »Büchern mit demokratischen Inhalten«, da bisher nur »Bücher mit marxistischer dialektischer Philosophie billig zu kaufen sind«;

· mehrere Millionen Dollar für die Ausbildung von Journalisten aus der Dritten Welt.

Vergangenes Jahr wurden schon 20 Millionen Dollar für dieses Projekt ausgegeben. Das Geld ging unter anderem an das von CIA-Direktor William Casey gegründete »National Strategy Information Center« und wurde dazu verwendet, konservative Sozialdemokraten zu den Treffen der Sozialistischen Internationalen zu schicken. Außerdem wurde der USA-Aufenthalt von 14 Pressesprechern südamerikanischer Diktatoren finanziert, denen beigebracht werden sollte, wie sie die US-Medien besser manipulieren können.

Die Reagan-Administration betont, daß das »Project Democracy« nicht einseitig Gruppen finanziere. Trotzdem gab der Projektleiter, Direktor Charles Wick zu, daß CIA-Direktor Casey an der Vorbereitung des Projekts beteiligt war, und daß einigen Institutionen, deren Satzung die Annahme von Regierungsgeldern verbietet, die Gelder über Umwege zugespielt werden sollen.

Zahlreiche demokratische Kongreßabgeordnete haben sich bereits gegen die Demokratie-Mission ausgesprochen, weil ein Großteil der Gelder an extrem rechte Organisationen gehen wird. Die Abgeordneten befürchten, daß deren Tätigkeit vielleicht nicht sehr effektiv sein werde, da sie sofort mit der amerikanischen Regierung identifiziert werden. Besser sei es, so der demokratische Senator Paul Tsongas, das Projekt unabhängig von der Regierung laufen zu lassen, und die Stiftungen der einzelnen Parteien zu unterstützen. Die sollen dann die Arbeit tun. Zum Beispiel die Friedrich-Ebert-Stiftung in der

Bundesrepublik, sagt der Senator, die erfolgreich verhindert habe, daß die Kommunisten in Portugal an die Macht gekommen sind. Eine Organisation, die direkt von der amerikanischen Regierung finanziert wird, hätte so etwas nie machen können.

Konkret 05/83, S. 12

Tom Schimmeck

Aufbruch oder Psychokrieg?

»Jetzt ham 'mer die Kommunisten«,murmelt ein schon etwas ergrauter Journalist rechts oben auf der Pressebank des Plenarsaals. Der grüne Bundesgeschäftsführer Eberhard Walde sitzt auf der Zuschauertribüne und murmelt mit Blick in den Plenarsaal: »Da laufen sogar Vorbestrafte 'rum«. Er zeigt auf Peter Lorenz (CDU): »Der war doch mal im Volksgefängnis!«

Die Kommentare, die in den Tagen nach der ersten Bundestagssitzung bei der frischgebackenen grünen Fraktion eintreffen, haben einen deftigen Ton: Da ist von »Landstreichern« und »Pißbudenpennern«, von »linken Halbidioten« und von »grünen blöden Spinnern« die Rede. Ein selbsternannter »Grünenhasser« fordert: »Die Grünen müssen liquidiert werden« und aus Bayern kommt eine Postkarte: »Kasperl seid ihr alle, aber keine Mannsbilder!«

Am Morgen des 29. März waren die Grünen gemeinsam mit Freunden und Anhängern quer durch Bonn zur ersten Plenarsitzung gezogen. Ihre kleine Ansprache durch das Megaphon endete mit einem großen Versprechen an die Basis: »Wir werden sie niemals verraten.«

Was da zu verraten wäre, ist bei den Bundestags-Grünen jedoch bislang wenig klar. Fast ununterbrochen debattiert die 56köpfige Fraktion - außer den Abgeordneten sind auch diejenigen, die in zwei Jahren nachrücken sollen und je ein Vertreter der nicht mit Abgeordneten versehenen Bundesländer Bremen und Saarland dabei. Nur langsam bauen sie sich ihren neuen Apparat auf, erkämpfen sich die ihnen zustehenden 80 Räume im Hochhaus am Tulpenfeld, stellen erste Mitarbeiter ein. Da fangen die Probleme schon an: Für die wenigen zu besetzenden Fraktionsstellen sind bei der grünen Personalkommission inzwischen fast 2.000 Bewerbungen eingelaufen, es werden sich die Haare gerauft.

Doch all die tausend ungeklärten technischen Details sind nicht das Hauptproblem. Problematischer ist es, das, was die Grünen als »Vielfalt« preisen, politisch auf den Fraktionsnenner zu bringen.

Der parlamentarische Geschäftsführer Joseph »Joschka« Fischer, Alt-Sponti aus Frankfurt, weinte sich nach drei Wochen Fraktionsarbeit beim Szene-Magazin »Pflasterstrand« aus: »Für mich stellen sich die letzten drei Wochen wie ein permanenter Vereinigungsparteitag der verschiedenen K-Sekten, Spontifreaks, Ökofreaks und Feministinnen dar.« Fischer beklagte das »Nichtabreißenwollen eines Psychokriegs«, man bemühe sich »weniger um die Vereinigung programmatischer Linien«, statt dessen werde der Konsens ausgesessen. Fischer: »Nach zwei oder vier Jahren grüner Fraktionsarbeit sitze ich jeden in Brüssel aus.«

Für seine lockeren Worte über den Zustand der Fraktion bekam Joschka Fischer von seinen Bonner Mitinsassen heftige Prügel. Mancher Fraktionskollege fand dessen Frankfurter Ton »unverantwortlich, geschwätzig und unreif«. Als parlamentarischer Geschäftsführer, so hieß es in der Fraktion, habe er »Balsam auf die Wunden der Fraktion« zu schmieren anstatt diese zu kritisieren. Fraktionssprecher Otto Schily nahm ihn unter seine Fittiche, Ex-General Bastian sprang vermittelnd ein und die Sache war erledigt.

Ein anderer Konflikt, den der grüne Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann zur gleichen Zeit angeschoben hatte, gärt jedoch weiterhin in der Fraktion. Beckmann, der auch dort vorläufig die Geschäfte führt, hatte der Presse kundgetan, daß er das Rotationsprinzip, demzufolge die jetzigen Abgeordneten nach zwei Jahren gegen ihre Nachrücker auszutauschen sind, wenn nicht 70 Prozent ihrer jeweiligen Basis anderes beschließen sollten, »menschlich, politisch und sozial langfristig nicht für tragbar« halte. Überdies, so streute der Geschäftsführer weiter aus, würde durch die Rotation eine »Qualitätsminderung der Fraktion« stattfinden. Vor allem die Nachrücker fühlten sich ob dieser Worte beleidigt und »verarscht«.

Tatsächlich aber sind die Nachrücker, die derzeit per Arbeitsvertrag bei der Fraktion angestellt sind, für diese ein Problem. Denn während sich einige fachlich qualifizierte Nachrücker mühelos in die Arbeit einklinken, stehen viele andere ersteinmal ratlos herum. Schon ist das Wort »Nachrücker« zu einem - meist scherzhaft gebrauchten - Schimpfwort in der Fraktion geworden. »Geh doch zu Deinem Abgeordneten, Du blöder Nachrücker«, schallt es aus der Geschäftsstelle der grünen Fraktion im fünften Stock des Tulpenfeld-Hochhauses. Die Seele der Geschäftsstelle, Roul, hat bereits angedroht, einen »Verein gegen Nachrücker, Heilpraktiker und Tierschützer« aufzumachen.

Der Bundeshauptausschuß (BHA) der Grünen, ein knappes halbes Hundert Grüne aus den Landesverbänden, der zwischen den Bundesdelegiertenversammlungen Parteibeschlüsse zu fassen hat, setzte kurz nach der Bundestagswahl durch, daß die Nachrücker verpflichtet seien, in den nächsten zwei Jahren voll und ausschließlich in der Fraktion mitzuarbeiten und widrigenfalls ihre Rechte verlieren werden. Ihnen wurde eine Vier-Wochen-Frist eingeräumt, um sich dazu zu erklären.

Auch sonst wacht der BHA streng über das Treiben der Fraktion. Drei Wochen nach der Wahl gab es ersten Krach, weil sie eigenmächtig Stellenausschreibungen vorgenommen hatte. Zur »regelmäßigen Beobachtung der Arbeit in den grünen Gremien« setzte der BHA einen dreiköpfigen »ständigen Ausschuß« ein, der, wie es offiziell leutselig heißt, die Beschlüsse des BHA in den zuständigen Gremien einbringen soll«, in Wirklichkeit jedoch, so schimpfen Fraktionsangehörige, ein »Politbüro« ist, daß die Fraktion überwacht. Tatsächlich tauchte in der nächsten Fraktionssitzung Ausschußmitglied Ali Schmeissner auf, um abspenstigen Abgeordneten mit der grünen Beschlußlage heimzuleuchten.

Auch der zehnköpfige Bundesvorstand der Partei scheint über solche Beschlüsse nicht glücklich zu sein. Vorstandsmitglied Ulrich Tost fluchte in einer persönlichen Erklärung zum neuen Dreier-Gremium: »Diese Entscheidung dient allein den Funktionären im BHA, sich einen politischen und bürokratischen Machtapparat zu schaffen.« Der Vorstand fürchtet um seine Kompetenzen, woraufhin sich der Hamburger Abgeordnete Jürgen Reents veranlaßt sah, zusammen mit anderen im BHA folgenden Antrag einzubringen: » 1. Der BHA stellt fest: Bundesvorstand und Bundestagsfraktion sind abgehoben. 2. Der Bundesvorstand stellt fest: die Bundestagsfraktion ist abgehoben und der BHA nicht effektiv. 3. Die Bundestagsfraktion stellt fest: BHA und Bundesvorstand sind nicht effektiv. 4. Im Übrigen gilt, daß wir von gemeinsamen grünen Grundsätzen ausgehen.«

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.Doch damit waren die Streitpunkte der BHA-Sitzung in der Bonner Gaststätte »Harmonie« noch nicht erschöpft. Fraktionssprecherin Petra Kelly heizte die Stimmung an, indem sie erklärte, daß sie der Arbeit nicht mehr gewachsen sei und sich außerdem nicht vorschreiben lassen wolle, wen sie zu ihren Mitarbeitern ernennen dürfe. Für den Fall, daß ihr dennoch Vorschriften gemacht werden sollten, kündigte sie ihren Rücktritt oder den Austritt aus der Fraktion an. Kurz darauf zog sie sich zu einer Kur zurück, um »abzuschalten«. Zuvor hatte die Abgeordnete von Platz 1 der bayerischen Landesliste durch einen Aufmacher in der Münchner »Abendzeitung« in der Fraktion für Trubel gesorgt. Text der Balkenüberschrift: »Petra Kelly in Klinik: 'Die Grünen machen mich kaputt!'«

Der grünen Leitfigur eher freundlich gesinnte Mitstreiter argwöhnen hingegen, daß nicht die Grünen an sich, sondern vielmehr der Umstand Petra Kelly kaputtmacht, daß sie sich in der neuen Bundestagsfraktion mit einer ganzen Reihe grüner Prominenter zu arrangieren hat. In der Partei vermutet man, daß der »heiligen Johanna«, wie sie manchmal scherzhaft genannt wird, ihr eigener persönlicher Ehrgeiz schwer zu schaffen macht. Die 35jährige EG-Verwaltungsrätin mit der internationalen Biographie hat seit Gründung der Grünen an deren Spitze gestanden. Von März 1980 bis November 1982 war sie im Vorstand der Grünen, schon bei den Europawahlen deren Spitzenkandidatin.

Petra Kelly, für viele »Bewegte« eine charismatische Figur mit großer Anziehungskraft, könne sich, so sagen Mitstreiter, nur schwer damit abfinden, beiden Grünen jetzt eine unter vielen zu sein. Sie solle mal kürzer treten und sich nicht selber unter den Zwang setzen, ständig neue Ideen zu produzieren. Journalisten nervt sie bereits mit ihrem Redefluß ohne Punkt und Komma.

Die auch im Ausland sehr bekannte grüne Leitfigur steht für den fundamentalen Flügel der Partei. Die Grünen sind für sie »Vertreter der Minderheiten, der sozial Schwachen, der Kinder, der kommenden Generationen, der Tiere, der Pflanzen.«

Zuweilen ist das wenig greifbar. Die Meisterin der etwas zu großen Geste, die die Grünen im Auswärtigen Amt des Bundestages vertreten wird, geht manchen in ihrer Allgemeinheit zuweilen heftig auf die Nerven. Die Hauptthese der ehemaligen Sozialdemokratin, vorgestellt in ihrem im Februar erschienenen Buch »Um Hoffnung kämpfen«: »Das System ist bankrott.«

Bei den Grünen wird vielfach ganz fundamental gedacht. Bundesvorstandsmitglied Manon Maren-Grisebach machte sich im vergangenen Jahr ebenfalls in Buchform auf die Suche nach einer »Philosophie der Grünen«. Vorläufiges amtliches Endergebnis: »Die westlichen Menschen leben meist ungesammelt, im Inneren verworren und möchten doch sich finden. So rücken wir zusammen, in Wohngemeinschaften, abends in kleinen Gruppen, erdhockend oder im Gras, sind gerne still miteinander.«

»Wenn man mehr redete, würden vielleicht die Widersprüche deutlicher«, witzelte daraufhin der »Grüne Basisdienst« in einer Buchrezension.

Für Stilblüten sind die Fundamentalisten der Partei allemal zu haben, auch in der praktischen Politik. Walter Oswalt, Stadtrat der sehr fundamentaloppositionellen Grünen im Frankfurter Römer, demonstrierte dies unlängst im Wechselspiel von Dosentomaten und Autobahnen: »Die alte Logik der Industriegesellschaft: Wenn wir keine Autobahnen mehr haben, dann können wir keine sizilianischen Dosentomaten mehr essen, weil Autobahnen notwendig sind, um die Dosentomaten herzutransportieren. Die neue Logik der ökologischen Gesellschaft: Wenn die Autobahnen weg sind, dann brauchen wir weder Lastwagen für Dosentomaten noch Dosentomaten, weil dort, wo die Dosentomaten über den Beton transportiert wurden, jetzt im rekultivierten Boden Tomaten wachsen.«

Über solche Glanzstücke grünen Scharfsinns wird natürlich auch bei den Grünen selbst gelacht. Das ist eben »Vielfalt«. Während die Arbeitsgruppe »Ökologie und Umwelt« über einen Antrag an die Bundestagsverwaltung berät, in den

Kantinen vegetarische Kost zu reichen, diskutiert im Nebenzimmer die Arbeitsgruppe »Wirtschaft und Finanzen« internationale Kredit- und nationale Haushaltsprobleme.

Wenig diskutiert die Fraktion bisher. allerdings über den vermeintlichen oder tatsächlichen Gegensatz zwischen Basisdemokratie und Professionalisierung der Politik, der in grünen Debatten als Konflikt immer wieder aufblitzt. »Die Diskussion über den Parlamentarismus steckt in den Anfängen«, meint Fraktionssprecherin Marieluise Beck-Oberdorf. Tatsächlich ist der Konsens über die Frage, was sie denn als grüne Mandatsträger im Parlament zu suchen haben, in der Fraktion noch lange nicht ausgelotet. Frau Beck-Oberdorf: »Das muß sich im Gehen entwickeln«.

Die Aufträge, die die Partei ihren Abgeordneten mit auf den Weg durch die Institution gegeben hat, sind bislang eher allgemein gehalten. Die Beschlußlage sieht vor, daß der grüne Parlamentarier den außerparlamentarischen Widerstand ergänzt und unterstützt, den Zugang zu Informationen nutzt und diese an die Basis weitergibt, sich in die Materie einarbeitet, die parlamentarische Plattform betritt, um die Öffentlichkeit zu erreichen, das Machtkartell in Bonn verunsichert und aufbricht, neue Ideen in Gesetze gießt, im Ausschuß als »Ohr der Bewegung« fungiert und überhaupt »Megaphon« und »Radaranlage« der »Bewegung« zu sein hat.

In welche konkrete politische Strategie aber der Jahresetat der Fraktion von gut fünf Millionen Mark investiert werden soll, ist so klar noch nicht. Die Hamburger beispielsweise setzten auf die Wirtschaftspolitik. GAL-Bürgerschaftsabgeordneter Thomas Ebermann: »Solange Grüne und/oder SPD kein glaubwürdiges Konzept gegen die Wirtschaftskrise (vor allem gegen die Arbeitslosigkeit) und gegen die Interessen des großen Kapitals entwickeln und im Volk verankern, wird eine Bevölkerungsmehrheit aufs Kapital setzen.« Von der SPD erwartet er dabei wenig: »Vogel war in diesem Bundestagswahlkampf ja nicht einmal bereit zu gewinnen.«

Doch die Verknüpfung von Okonomie und Ökologie ist ein verzwicktes Geschäft. Ebermanns GAL-Kollege Kurt Edler hat unlängst in einem Aufsatz für die links-grüne Zeitschrift »Moderne Zeiten« die widerstreitenden Lager skizziert. Den »Ökologisten« der Partei attestiert Edler ein »mystisches Verhältnis zur Natur«: »Der Mensch ist demnach prinzipiell nicht mit der Natur versöhnbar, seine Gattung rasiert den Globus kahl, und also muß die Natur gegen den Menschen verteidigt werden. Wir sollen zurück zu vorindustriellen Produktionsformen, weil die Industrie naturzerstörend wirke... Die 'Ökologisten' vernachlässigen gern die Tatsache, daß beide Quellen des Reichtums, also nicht nur die Erde, sondern auch Arbeiterin und Arbeiter, durch den Kapitalismus zerrüttet werden, und zwar keineswegs nur deshalb, weil sie etwa so unnütze Produkte herstellen.«

Die Schwäche der »Ökonomisten« hingegen besteht laut Edler »vor allem darin, daß sie die ökologische Frage als Thema in ein linksreformerisches Programm einbetten und sich damit logischerweise von 'radikalen' Kritikern der Gegenrichtung Flickschusterei vorwerfen lassen müssen. Naturschutz wird bei den 'Ökonomisten' im wesentlichen zu einer Frage der Staatskontrolle über die privatkapitalistische Orgie.«

Dem Marburger Grünen-MdB Hubert Kleinert scheint es weniger bedeutend, ob der »Bahro-Fundamentalismus«, der »Hamburger Öko-Sozialismus« oder der »Schwäbische Pragmatismus« die Oberhand in der Fraktion gewinnen. »Knallharte inhaltliche Opposition oder eher nach außen gerichtete 'Regelverletzungen' im hehren Hause, das ist derzeit die Hauptfrage.« Und ebenso wie Marieluise Beck-Oberdorf ist Kleinert der Meinung, daß sich beides nicht gegenseitig ausschließen muß.

Ohnehin setzt Kleinert eher auf Optimismus. Da inzwischen die Arbeit in den fünf Arbeitskreisen der Fraktion - zunächst mit Blick auf die Regierungserklärung - begonnen hat, glaubt er, daß es mit dem endlosen Klein-Klein im Fraktionsplenum bald ein Ende haben wird. Das steht zu hoffen, denn selbst der disziplinierte Fraktionsantreiber Otto Schily ist es inzwischen leid. Schily, dem fast immer die Aufgabe zufällt, die lange und oft langweilige Tagesordnung der Fraktionssitzungen durchzuhecheln (»Wo ist die Anwesenheitsliste? Wo ist der parlamentarische Geschäftsführer?«), äußerte neulich zu vorgerückter Stunde: »Den Punkt Hausausweise streiche ich jetzt, das kotzt mich an.«

Anderen wieder ist kein Farbton düster genug, um damit Zustand und Aussichten der Fraktion zu malen. Dem Berliner Abgeordneten Dirk Schneider beispielsweise ist auch durch hartnäckiges Zureden und freundliche Mimik kein positives Wort über die Grünen im Bundestag zu entlocken. Einige Kollegen führen seine Griesgrämigkeit allerdings eher darauf zurück, daß in Berlin derzeit erbitterte und trickreiche Kämpfe zwischen Alternativer Liste und dem künstlich beatmeten grünen Landesverband toben.

Anderswo gibt sich die Basis friedlicher. Ein Kreisverband aus Baden-Württemberg schickte den Bonnern Schinken und Käse, damit sie sich bei einer Vesper entspannen könnten. Und ein »Mitglied der Basis« aus 7585 Lichtenau übersandte gar eine Blanko-Urkunde, mit der er den Grünen im Bundestag sein Vertrauen aussprach. Das scheint nicht die Regel zu sein. Für Fischer ist die Basisdemokratie »eine veritable grüne Hölle, gefährlich wie die Urwälder Amazoniens.«

Aber Joschka Fischer wäre nicht er selbst, wenn er nicht am Chaos »dieser seltsamen Verbindung des studentischen Missionars der proletarischen Weltrevolution mit dem kniebundbehosten, heimatliebenden Naturfreund« seine Freude hätte: »Kein Sack wird innerhalb der Grünen so ausdauernd gedroschen, wie die Basisdemokratie und meistens meint man

damit den Esel Macht... Da werden politische Linien- und Grundsatzentscheidungen getroffen, indem man ganz einfach so lange Technisches diskutiert, bis die erschöpfte Basis politisch Grundsätzliches auf die Schnelle hinnimmt. Da führt die Öffentlichkeit aller Parteiversammlungen und das damit einhergehende strikte Rauchverbot dazu, daß die Profis und was sich dafür hält die politischen Entscheidungen rauchend, flüsternd vor der Tür ausmachen, während sich die Basis bei gesunder Luft und nunmehr zwei Stunden erbittert über Plakatekleben streitet.«

Fischer plädiert für »grünen Radikalreformismus«, da »nunmehr die offene Schlacht um die Führung des Reformlagers in den achtziger Jahren begonnen« hat. Seine Analyse: »Für die Grünen geht es dabei um ihre Existenz als autonome politische Kraft, für die Sozialdemokratie um ihre Mehrheits- und damit Machtfähigkeit. Anders gesagt: Entweder entwickelt sich eine linke Öko-Partei mit 15 bis 20 Prozent der Wählerstimmen und den damit einergehenden Veränderungen in Politik und Gesellschaft, oder aber wir erleben ein ökologisches Godesberg der Sozialdemokratie mit den bereits einmal gemachten Erfahrungen.«

Doch bis die Träume des parlamentarischen Geschäftsführers von 15 bis 20 Prozent Wirklichkeit werden können, ist noch allerlei zu überstehen: der Mehrheits-Eifer der Kohl-Genscher-Regierung, die Selbstbehauptungsversuche der Sozialdemokraten, die Raketen, das Jahr 1984, viel innergrünes Mißtrauen und vier Jahre Arbeit in Bonn.

Konkret 05/83, S. 22

Susanne Mersmann

Boykott der Giftküche

Soveso ist nicht der erste Skandal des Pharma-Konzerns Hoffmann- La Roche, der weltweit Medikamente und Chemikalien für rund acht Milliarden Mark im Jahr umsetzt. Mit Höchstpreisen für Valium machten sie ihr Geld, heute beherrschen die Schweizer den Vitamin-Markt, nachdem sie andere Produzenten mit rüden Methoden an sich gebunden haben. Ärzte und Patienten haben nur eine Möglichkeit, sich gegen den Multi u wehren: Boykott.

Es war ein harmloser »Vorfall«. Warum regen wir uns bloß so auf? Die verschiedenen und komplexen Probleme« wurden von der Firma in Zusammenarbeit mit den Behörden gelöst. Mehr als 25.000 Zahlungen wurden geleistet. Es sind keine Mißbildungen aufgetaucht, auch bei Neugeborenen nicht. Die Fehlgeburtenrate lag innerhalb der Fehlgeburtenrate anderer Gebiete. Es ist derzeit nicht möglich, aus dem Auftreten von Tumoren... irgendwelche Rückschlüsse zu ziehen. Trotz der Vielzahl der Untersuchungen... liegen bisher keine Erkenntnisse über die Wirkungen auf das Nervensystem des Menschen oder von Tieren vor. Die Untersuchungen und Tests haben keinen Fall eines Rückgangs der immunologischen Reaktion ergeben... Vielmehr wurde eine Zunahme der Aktivität bei einigen immunologischen Reaktionen in einer Gruppe von Kleinkindern im Vergleich zu einer Kontrollgruppe festgestellt. Danke, Hoffmann-La Roche, danke! Für die Giftwolke von Seveso, den »Unfall«, der lediglich bei 193 Personen ein wenig Chlorakne hervorrief (»Das Krankheitsbild der Chlorakne ähnelt stark der jugendlichen Akne.« Aber keine Sorge: »Im allgemeinen handelte es sich um leichte Fälle. Nur in zwei Fällen entzündete sich ein Teil der hier auch zahlreicheren Pusteln. All diese Fälle waren Ende 1979 geheilt.«

Eine saubere Arbeit ist das, die uns die Frankfurter PR-Agentur »Hill and Knowlton« da in feiner Ausstattung ins Haus schickt. Rechtzeitig zum (inzwischen vertagten) Seveso-Prozeß am 18. April, sieben Jahre nach dem Unglück und noch vor dem Ende des bisher einmaligen Skandals. Denn: der Verbleib der 41 »ziemlich leichten« (der Transportunternehmer), braunen Fässer mit dem hochgiftigen Dioxin-Müll ist da immer noch nicht bekannt.

Während des Verfahrens wird die PR-Agentur als »Sprecher« fungieren, den Journalisten »gern für weitere Rückfragen zur Verfügung stehen«, »gern zusätzliches Material zur Verfügung stellen«, »täglich eine Zusammenfassung des Verhandlungsverlaufs herausgeben« und auch sonst behilflich sein: »Unsere Mailänder Kollegen bereiten für Sie auf Wunsch Besuche in Seveso vor«.

Der Chemiegigant Hoffmann-La Roche, führender Hersteller von Psychopharmaka (Valium, Lexotanil) und Alleinherrscher auf dem Vitaminmarkt, läßt wieder einmal beschönigen, verharmlosen, reinwaschen.

Doch langsam braucht der Schweizer Multi eher einen Wunderheiler als eine Werbeagentur. Denn wie könnte vergessen gemacht werden, daß es sich bei dem »Vorfall« vom 10. Juli 1976 um den bisher schlimmsten bekanntgewordenen Umweltskandal Europas gehandelt hat? Rund 1. 800 Hektar Land wurden von der weißen Dioxin-Wolke verseucht. 75.000 vergiftete Tiere mußten getötet, Bewohner für Jahre, einige für immer umgesiedelt werden. Viele erlitten schwere Hautausschläge. Die Zahl der mißgeborenen Kinder stieg von vier im Jahre 1976 auf 38 im Jahr 1977, die Zahl der Abtreibungen um 20 Prozent. Die Spätschäden des Supergiftes (siehe auch KONKRET 2/83 über die Dioxin-Folgen in Vietnam) sind noch längst nicht abzusehen. Statt sofort Giftalarm zu geben und die Icmesa-Fabrik zu schließen, wurden die Bodenproben zunächst in der Schweiz untersucht, die italienischen Behörden erst eine Woche nach der Explosion eingeweiht. Dabei wußten die Firmen-Fachleute von der Gefahr: Eine Frau, die knapp hundert Meter von der Fabrik entfernt gewohnt hatte, berichtete damals, daß Icmesa-Leute drei Tage nach dem Unglück bei ihr erschienen seien, um sich zu erkundigen, ob nicht »zufällig« einige ihrer Hühner eingegangen seien. Daß Hoffmann-La Roche auch sieben Jahre später noch halb Europa an der Nase herumführen konnte und nicht preisgibt, wo die Fässer gelagert sind, paßt nahtlos in die bisherige Konzern-Geschichte.

Denn es ist nicht das erstemal, daß »Hoffroche« (Branchenname) mit Skandalen und dunklen Geschäftsmethoden Schlagzeilen macht.

Im März 1972 werden Kleinkinder im Alter zwischen sechs Monaten und zwei Jahren mit einer rätselhaften Krankheit ins Spital des französischen Städtchens Pontoise bei Paris gebracht: sie haben Hauterkrankungen, Nervenstörungen, werden bewußtlos, sterben. Mehr als 200 Babies erkranken, 36 sterben, acht behalten bleibende Schäden, 170 waren zeitweise invalid. Im August wird endlich die Ursache gefunden: Hexachlorophen. Der Stoff wird von der französischen La-Roche-Tochterfirma »Givaudan« hergestellt und dient der Desinfektion von Chirurgen-Händen, frischoperierten Patienten, Neugeborenen und ihren Müttern. Doch wie sind die Kinder mit der in höheren Konzentrationen die Nervenzellen zerstörenden Chemikalie in Berührung gekommen?

Schließlich wird im »Talc Morhange«, einem Kinderpuder, eine Konzentration von 6,36 Prozent Hexachlorophen festgestellt (drei Prozent führten bei Versuchen mit jungen Pavianaffen am dritten Tag zum Tod). Das Puder, das normalerweise aus gewöhnlichem Talcum mit Lavendelparfüm und einem geringen antibakteriellen Zusatz besteht, war seit Januar 1972 von einem neuen »Hilfs-Präparateur« gemixt worden, der nur einen Tag eingearbeitet worden war und

nach einer Misch-Anleitung arbeitet, ohne die Qualitäten der Produkte zu kennen und ohne je kontrolliert zu werden. Givaudan versuchte, die Schuld auf die Puder-Hersteller abzuwälzen, verschleppte jahrelang den Prozeß und bemühte sich, die Familien ohne Gericht abzufinden. Das ließen sich die Hoffroche-Leute etwas kosten: sie offerierten den Familien 25.000 Francs pro Elternteil, Geschwistern legten sie je 2.000 Francs obendrauf. 26 Familien gingen darauf ein. Vier Millionen Francs machte der Pharma-Riese für die Besänftigungsaktion locker.

1974 begann für Hoffmann-La Roche ein Prozeß in der Bundesrepublik: das Bundeskartellamt verlangte, die Preise für Valium um 40 Prozent und für Librium um 35 Prozent auf dem deutschen Markt zu senken, weil der Konzern seine marktbeherrschende Stellung mißbrauche. Das Berliner Kammergericht setzte den Preis während des folgenden Rechtsstreits zunächst bei 72 Prozent, nachdem der BGH die Entscheidung aufgehoben hatte, bei 76 Prozent des bisherigen Preises fest. Doch Anfang 1980 gewann Roche erneut und endgültig vor dem Bundesgerichtshof. Der Konzern führte an, seine Preise für Valium und Librium 17 Jahre lang unverändert (hoch) gehalten zu haben, das bedeute angesichts der Geldentwertung eine Preissenkung um 50 Prozent. Da sich die Marktverhältnisse inzwischen entscheidend geändert hatten (Hoffroche hatte nur noch 32,6 Prozent des Psychopharmakamarktes), gewannen die Schweizer den Prozeß und können ihre Mittel nach wie vor so teuer wie möglich verkaufen.

Weil sie auf dem lukrativen Psychopharmaka-Markt wegen des Ablaufens der Patente für den jahrzehntelangen Kassenschlager Valium Boden verloren, suchten sich die La-Roche-Oberen rechtzeitig und rücksichtslos einen neuen Markt: die Vitamine.

Als größter Hersteller hatten die Schweizer bereits seit 1964 andere Produzenten regelmäßig zu Besprechungen nach Basel eingeladen. Dort einigten sich die Schein-Konkurrenten darauf, wer in Zukunft welche Vitamine liefert und zu welchen Mindestpreisen sie verkauft werden sollten. So wurden die Preise in die Höhe getrieben und kleinere Vitamin-Hersteller aus dem Markt gedrängt. Auf Druck von Roche stellten die deutschen Pharma-Konzerne Hoechst, Bayer und Merck, die französische Rhone-Poulenc und die britische Glaxo die Vitamin-Produktion ganz ein. Sie verpflichteten sich, die von ihnen gebrauchten Vitamine nur bei Hoffroche zu kaufen.

Natürlich nicht ohne Gegenleistung. Die Firmen erhielten Vorzugspreise. Große Kunden aus der Nahrungsmittel-, Futter- und Pharmabranche, darunter Unilever, Nestlé, Upjohn und Sandoz, bekamen »Treue-Verträge«. Sie verpflichteten sich, mindestens 90 Prozent ihres Bedarfs bei Roche zu decken, erhielten dafür einen Rabatt zwischen einem und zwanzig Prozent. Alle diese Verträge enthielten die »englische Klausel«: Wer woanders einen günstigeren Preis erhielt, konnte ohne Rabattverlust dort kaufen. Nur, wer das wirklich wollte, mußte das Konkurrenzangebot vorlegen, Roche hätte jederzeit Einsicht in die Kalkulationen der Konkurrenz gehabt.

Das Vitamin-Kartell funktionierte und funktioniert prächtig. Zum Segen des Säckels von Hoffmann-La Roche. So betrug im Jahr 1973 der Verkaufspreis von Vitamin H zehn Dollar pro Gramm - bei Herstellungskosten von 56 Cent. Vitamin B 2 kostet den Hersteller rund sechs Dollar je Kilo, den Kunden dagegen 33 Dollar.

Bekannt wurde die Mafia-Methode des Molochs Hoffmann-La Roche durch den ehemaligen Manager der Firma, Stanley Adams. »Persönlich & vertraulich« informierte er am 25. Februar 1973 brieflich den luxemburgischen EG-Kommissar Albert Borchette, der damals für die Abteilung Wettbewerb zuständig war. Adams, der nach eigenen Angaben die illegalen Methoden seines Arbeitgebers »aus Pflichtgefühl« an die EG verriet (die Schweiz hat einen Freihandelsvertrag und unterliegt im Wettbewerbsrecht den römischen EG-Verträgen), deckte die Machenschaften in einem Gespräch mit dem Borchette-Untergebenen Schlieder auf und lieferte die entsprechenden Dokumente gleich mit.

Für den Pharma-Riesen Hoffmann-La Roche endete die Sache wieder einmal besser als für seinen Widersacher Adams. Der Schweizer Konzern wurde im Februar 1979 vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg letztinstanzlich zu einer Geldbuße von 200.000 EG-Rechnungseinheiten (damals 732.000 Mark) verurteilt und verdient weiter an den Vitaminen. Adams, der bereits in Italien lebte, wurde Silvester 1974 an der Schweizer Grenze verhaftet, als er seine Schwiegereltern besuchen wollte. Hoffroche-Anwalt Alder hatte bei der Berner Bundesanwaltschaft Strafanzeige wegen wirtschaftlichen Nachrichtendienstes und Verrats von Geschäftsgeheimnissen gestellt. Die Schweizer Behörden beeilten sich denn auch, dem Wunsch des Konzerns nachzukommen und machten aus Adams kurzerhand den Schurken.

Ohne Anwalt und ohne Kontakt zu Angehörigen oder anderen Häftlingen, wurde Adams die ersten Wochen inhaftiert (was nach Schweizer Recht möglich ist). Seine Frau nahm sich, nach mehreren scharfen Verhören und der Drohung, ihr Mann werde mindestens für zehn Jahre ins Zuchthaus wandern, das Leben. Sie erhängte sich im Badezimmer ihres Elternhauses, ihr Mann durfte nicht einmal zu ihrer Beerdigung.

Erst als es ihm gelang, über einen Mithäftling, der entlassen wurde, eine Nachricht an die EG-Kommission zu schmuggeln, durfte ein Anwalt zu ihm. Nach drei Monaten Untersuchungshaft kam er. gegen 25.000 Schweizer Franken Kaution (gestellt von der EG) frei, ging wieder nach Italien und wurde später in Abwesenheit zu einer einjährigen Gefängnisstrafe mit Bewährung verurteilt. »Vergleichbar mit dem Dreyfus-Skandal« nannte der Belgier Ernest Glinne, Sozialist im Europa-Parlament, den Fall Adams.

Aber der größte Pharma-Konzern der Welt (1982 rund acht Milliarden Mark Umsatz) hat seine Affären bisher nahezu unbeschadet überstanden. Zwar purzelten die La-Roche-Aktien im Herbst 1976 zur Hoch-Zeit des Seveso-Skandals in den Keller, die Medikamente des Gift-Konzerns gehen aber nach wie vor in Milliardenzahlen über die Apothekertische. Der Vitaminmarkt wird weltweit von Hoffroche kontrolliert, im Psychopharmaka-Markt hat der Konzern eine dominierende Stellung: 40 Prozent aller Beruhigungsmittel (Tranquilizer) und 30 Prozent aller Schlafmittel kommen aus dem Baseler Konzern. Mit 500 Millionen Mark Umsatz ist Valium noch immer der Roche-Renner, es liegt in der Hitliste der weltweit verschriebenen Medikamente auf Platz 6. In der Bundesrepublik werden davon nur noch jährlich rund drei Millionen Packungen (Umsatz 1981: 15 Millionen Mark) verkauft. Valium wurde als Psychopharmakum in der Spitzenstellung von dem Roche-Produkt Lexatonil 6 abgelöst, eine noch stärker und noch schneller abhängig machende Beruhigungspille, von der 1981 rund acht Millionen Packungen (Umsatz: 70 Millionen Mark) über die Ladentische gingen.

In der Bundesrepublik werden täglich rund drei Millionen Tabletten, Kapseln, Ampullen, Salben, Dragees, Tropfen, Brausetabletten, Stäbchen, Streifen und Sirup aus dem Haus Hoffmann-La Roche geschluckt, gespritzt oder verabreicht. Das sind - rein rechnerisch - für jeden Bundesbürger 15 La-Roche-Pillen im Jahr. 35 Millionen Packungen der Produkte des Schweizer Riesen wandern Jahr für Jahr über bundesdeutsche Apotheken-Tresen. Nach verkauften Packungen steht Hoffroche damit an zweiter Stelle der bundesdeutschen Medikamenten-Hitliste, mit knapp 300 Millionen Mark Umsatz.

Das könnte sich schnell ändern, zumal uns die meisten Produkte, die Roche herstellt, nicht gesünder machen. Vitamin-Präparate, ob sie nun von Hoffmann-La Roche direkt oder aus einem anderen Konzern, der seine Bulkware (Rohstoff) dort beziehen muß, kommen, sind überflüssig. Denn Mitteleuropäer, die sich ausreichend und abwechslungsreich ernähren können, nehmen im Normalfall Vitamine in genügender Menge zu sich.

Überflüssig, ja gefährlich, sind in den meisten Fällen auch die Psychopharmaka, die heute allzu leichtfertig, allzu oft und über allzu lange Zeiträume von Ärzten verschrieben werden, weil es bequemer und profitabler ist, ein Rezept auszustellen als ein Gespräch mit Patient oder Patientin zu führen und Hilfen anzubieten oder zu vermitteln. Ein Hamburger Arzt: »Lexatonil, Valium, Mogadan oder Dalmadorm - das sind alles Medikamente, die ich nicht verschreibe. Sie machen die meisten Patienten eher krank, weil abhängig, als gesund.«

Nicht nur aus medizinischer Sicht mögen viele Ärzte neuerdings keine Roche-Produkte mehr verschreiben. Die Explosion in Seveso, die das bei der Produktion von TCP für das Desinfektionsmittel Hexachlorophen entstehende hochgiftige Dioxin freisetzte, ist bisher als unvorhersehbarer Unfall angesehen worden. Inzwischen wird aber klar, das es Konzernpolitik ist, möglichst billig zu produzieren und dabei auch schärferen Umwelt- und Sicherheitsbestimmungen auszuweichen. Da wurde lieber in Italien produziert, ohne Filter, ohne Überwachung des chemischen Prozesses, ohne Sicherheitsvorkehrungen oder Alarmeinrichtungen für Zwischenfälle. Klar wurde diese menschenverachtende La-Roche-Politik aber erst, als bekannt wurde, daß der Schweizer Konzern überhaupt nicht daran denkt, Konsequenzen aus dem Seveso-Unglück zu ziehen: mit den Fässern voller Dioxin-Schlamm wurde genauso verantwortungslos und schlampig verfahren wie vorher bei der Giftproduktion.

Greenpeace hat die Hauptverwaltung von Hoffmann-La Roche mit symbolischen Giftfässern blockiert. Unbekannte versuchten, mit einem riesigen Sprengsatz die Frankreich-Niederlassung in Neuilly-sur-Seine bei Paris in die Luft zu jagen. Die 20 Kilogramm Dynamit wurden rechtzeitig gefunden und entschärft.

In der Bundesrepublik weigern sich Ärzte, die Produkte von Hoffmann-La Roche weiter zu verschreiben. Der Verband der Niedergelassenen Ärzte (NAV) sieht einen Medikamentenboykott als eine rechtlich zulässige Protestform und »Privatangelegenheit« an. Karsten Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer, hat ein »gewisses Verständnis« für seine Boykott-Kollegen geäußert. Er warnte aber davor, den »Boykott auf dem Rücken der Patienten« auszutragen.

Das muß nicht sein. Denn bis auf wenige Ausnahmen gibt es für die Roche-Produkte Mittel von anderen Herstellern, die genauso gut, genauso wirksam und in vielen Fällen auch billiger sind.

Konkret 05/83, S. 26

Erich Kuby

Bauchredner und die Biedermänner

Obwohl er keinen Posten im Bundeskabinett abbekommen hat, ist Franz Josef Strauß beim Regieren dabei. In Bonn wäre er seiner Sache schädlicher gewesen.

Als es am 6. März vorübergehend so aussah, als seien die Grünen an der 5-Prozent-Hürde gestrauchelt, was die absolute Mehrheit der CDU/CSU und damit Franz Josef Strauß als Vizekanzler bedeutet hätte, erfaßte blankes Grausen alle diejenigen, die sich in 35 Jahren ein realistisches Bild von diesem Mann aus Bayern gemacht haben und ihn infolgedessen für den gefährlichen Unruhestifter halten, der er ist. Vorsichtig geschätzt, dürfte es sich dabei um ein Drittel der Bevölkerung handeln.

Nun hat er kein Amt in der Bundesregierung, und das erscheint mindestens jenem Drittel der bessere Zustand zu sein, gemessen an dem kurzfristig befürchteten. Ich habe starke Zweifel, ob diese Betrachtungsweise richtig ist und er nicht doch in Bonn schädlicher für seine Sache wäre. Ich habe diese Zweifel, obwohl ich seine allerersten Brüllreden im Saal des »Bräuwastel« im oberbayerischen Weilheim gehört habe, als der von den Amerikanern installierte Landrat Strauß von der Hand sprach, die abfaulen solle, falls sie nach einem Gewehr griffe. Mit einem Wort, ich weiß, von wem ich rede.

Und doch hätte ich ihn jetzt viel lieber als Vizekanzler in Bonn, und zwar genau aus dem Grunde, warum ihn Kohl, Genscher und Co. dort nicht hatten haben wollen. Zugegeben, wenn er nicht der Mann wäre, der mit dem Hintern immer wieder einreißt, was er mit dem Kopf gerade aufgebaut hat - Gottseidank! -, dann wäre er vor Jahr und Tag schon ins Bundeskanzleramt eingezogen. Unsere Demokratie ist nun einmal so beschaffen, daß geschicktes Gebrüll sogar ohne Leistung der Laufbahn dienlich ist. Und wenn er nicht auch profunde Fehler begangen hätte, seitdem Schmidt gekippt worden ist, dann hätte sich das gleich ihm rechtslastige Antistraußlager in Bonn - zu dem auch zwei oder drei Bayern gehören - seiner nicht erwehren können. Der Umkehrschluß ist jedoch nicht erlaubt: Kohl und Co. hätten ihn trotz seiner Fehlleistungen ohne weiteres ins Kabinett nehmen können, wenn sie ihn dort hätten haben wollen. Warum wollten sie nicht?

Eine Titelgeschichte des »Spiegel« (»Die Kraftprobe«) lief im wesentlichen darauf hinaus, daß Kohl den lästigen Rivalen nicht in der Nähe haben wollte. Der vom Wahlergebnis begründete Anspruch Genschers, Außenminister zu bleiben, ist ihm zupaß gekommen, um so tun zu können, als sei vor allem der FDP-Chef schuld daran, daß der arme Strauß auf seinen Münchner Latifundien sitzenbleiben mußte. Das kann man so sehen, und es ist eigentlich nichts daran falsch, außer der Tatsache, daß es sich um eine ganz oberflächliche Analyse handelt. Sie wäre überzeugender, wenn ein Kabinett Kohl ohne Strauß eine andere Politik einschlüge als ein solches mit Strauß, das aber ist gerade nicht der Fall. Wenn Strauß immer wieder betont hat, er brauche in Person gar nicht in Bonn präsent zu sein, damit dort seine Politik gemacht werde, dann hat er recht. Die Übereinstimmung in der politischen Marschrichtung ist ja, wie man weiß, in einer Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP festgeschrieben worden, zu deren ausführenden Personen Genscher gehört, ohne daß das Papier die Überzeugungen seiner ihm verbliebenen Anhänger wirklich zum Ausdruck brächte; umso mehr die von Strauß und seiner Partei.

Diese Marschrichtung, in der sich die Bundesrepublik jetzt vorwärtsbewegt, führt in ein politisches Minenfeld, ja, sie führt im Hinblick auf das atomkriegerische Vabanquespiel der amerikanischen Hysteriker zum Krieg hin. Würde diese »Wende«-Politik wenigstens kurzfristig eine deutliche Verringerung des Arbeitslosenheeres bewirken - ein reines Denkspiel, in Praxis ausgeschlossen -, so könnten Kohl und seine Leute mit einem solchen Erfolg im Inneren ihr verantwortungsloses außenpolitisches Treiben in beiden Richtungen, mit den USA und gegen die Sowjetunion, gewissermaßen abpolstern. Aber das können sie eben nicht, und deshalb werden in diesem Jahr 1983 selbst viele von denen, die glaubten, daß die SPD abgewirtschaftet hatte, aufwachen und erkennen, daß es nicht um mehr oder weniger Staatsverschuldung, sondern ganz buchstäblich um Kopf und Kragen geht.

Das ist ein Weg, auf dem man als Vorreiter noch niemand brauchen kann, der ein wandelnder Lautsprecher ist; Biedermann, geh du voran! Kohl ohne Strauß wird im Herbst Friedens- und Anti-Atomrüstungsdemonstrationen von einer (verstärkten) Polizei in Schach zu halten haben, die allenfalls in Bonn der Million nahekommen könnten, sonst aber »nur« um die Hunderttausend pendeln werden. Mit einem Strauß in Bonn, der den Inhalt des Koalitionspapieres als seinen späten Sieg im weltpolitischen Maßstab landauf, landab hinausposaunen würde (er wird es auch so tun, aber mit geringerer Resonanz!), entstünde eine außerparlamentarische Bewegung, deren Quantität in eine für die Bundesrepublik neue Qualität umschlagen würde.

Fazit: mit den jovialen Provinzlächlern Kohl und Genscher kommen Mr. President Reagan und Mr. Weinberger bei ihren treuesten Vasallen viel leichter zum Zuge als mit dem Mann, der unvermittelt nackt gleich jenen Amerikanern in seiner Angst vor den Sowjets immer mehr Raketen fordert. Deshalb sähe ich den zudem opportunistischen Bauchredner der kriegstreiberischen Amerikaner lieber in statt nur an der Regierung.

Konkret 05/83, S. 28

Warner Poelchau

Afghanistan: Kleines Land - große Brüder

Als die Kommunisten vor fünf Jahren an die Macht kamen, sollte für das mittelalterliche Land Afghanistan eine neue Zeit beginnen. Mit Hilfe der Sowjetunion wollte Parteichef Babrak Karmal die längst fälligen Reformen in seinem Land durchsetzen. Doch als »Marionette Moskaus« wird er von Rebellen bekämpft, die der Westen bezahlt und mit Waffen versorgt. Babrak Karmal nimmt noch heute vorsichtshalber nur als Foto an den Feierlichkeiten des jährlichen Revolutionstages teil.

Revolutionsfeierlichkeiten in Kabul. Auf dem Platz vor dem Zentralkomitee-Gebäude und dem »Volks-Palast« bemüht sich ein nervöser Dirigent, den Chor seinen Vorstellungen entsprechend aufzubauen. Es dauert lange, bis der hektische Maestro die Schülerinnen, Kadetten und Soldaten akkurat vor dem Hintergrund des Märtyrer-Denkmals und des Revolutionspanzers arrangiert hat. Da pfuscht ihm fast unbemerkt jemand dazwischen. Ein traditionell gekleideter Afghane geht auf einen der Soldaten am Rand des Chors zu und zieht ihn zur Seite. Nach einem kurzen Disput ist die geplante Revolutionslaudatio zumindest für den jungen Luftwaffen-Soldaten beendet. An der Hand des wild gestikulierenden Kumpels verschwindet er in Richtung Kabuler Altstadt. Einzige Reaktion der anwesenden Offiziere - ein Achselzucken und ein verlegenes Lächeln in Richtung der ausländischen Beobachter.

Doch solche unerwarteten Regiefehler fallen nicht ins Gewicht, dafür sorgen schon die »Planer« - die Herren in Regenmänteln und Anoraks. Als einzige mit Walkie-Talkies ausgerüstet informieren sie sich ständig über den Stand der Demonstration der über 100.000 Kabulis, die extra für diese Veranstaltung freibekommen haben. Je näher der Demonstrationszug - der erste in dieser Größenordnung seit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen, der »brüderlichen Hilfe des begrenzten Truppenkontingents« - dem Kundgebungsplatz kommt, desto eifriger werden die sowjetischen Regisseure: Propagandaplakate mit glücklichen Arbeitern vor einer neuen Druckmaschine werden plaziert und bewaffnete Jugendliche der »Brigade zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung« als Wegschutz postiert. Als der Demonstrationszug endlich ankommt, allen voran Regierungs- und Parteichef Babrak Karmal, allerdings nur als Foto auf einem Panzerfahrzeug, laufen sowjetische Fotografen und Berater zwischen die Reihen und versuchen, den Demonstranten vorzumachen, wie man »mediengerecht« in die Kamera jubelt.

»Fahnenflüchtige« Jubler, sowjetische Puppenspieler, die alle Fäden im afghanischen Marionettentheater in den Händen haben - Szenen, wie sie sich Berichterstatter über eine »Sowjetrepublik Afghanistan« passen der gar nicht ausdenken können. Und »Ausdenken« gehört - nicht nur im Westen - bei der Berichterstattung über Afghanistan zum Geschäft. Nach dem »New York Times«-Motto: »All the news that fits to print», wird gedruckt, was ins Weltbild paßt.

Die afghanische Partei- und Regierungsführung konnte trotz dieser verkorksten Optik mit dem Ablauf der Feierlichkeiten ganz zufrieden sein. Obwohl die Massen auf den Straßen waren, die gesamte Parteiführung sich in Kabul versammelt hatte und die Karmal-Gegner, die islamischen Fundamentalisten, durch das rote Fahnenmeer provoziert wurden, kam es zu keinen Aktionen oder Anschlägen der konservativen Moslems. Dennoch meldete die Nachrichtenagentur Reuter, daß »trotz der scharfen Maßnahmen der Regierung Anschläge und Attentate der Widerstandskämpfer nicht verhindert werden konnten.« Das war zwar falsch und erfunden, aber es paßte ins Weltbild.

Dabei müßten Anschläge nicht erfunden werden. Sie haben auch nach den Revolutionsfeierlichkeiten stattgefunden. Und die Regierung verschweigt das auch gar nicht. Im Oktober 1982 veröffentlichte der afghanische Revolutionsrat eine Erklärung, wonach seit der Revolution am 27. April 1978 in dem Land mit einer Analphabetenrate von über 90 Prozent 230 höhere und 1438 Grundschulen von den Rebellen oder »Freiheitskämpfern«, wie sie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« nennt, zerstört worden sind.

Solche Aktionen sind nicht unbedingt ein Zeichen der Stärke der konservativen Mujahedin. Denn einzelne Terroraktionen auszuführen, ist einfacher, als einen breiten zivilen Ungehorsam oder einen Massenstreik gegen die neuen aus- und inländischen Machthaber zu organisieren, wie es noch im Februar 1980 möglich war.

Dreimal bin ich seitdem in Afghanistan gewesen. Als ich 1980 in den Touristenbasar, den »chicken street«-Basar, gegangen bin, konnten dort die Sowjets in Uniform oder Zivil nur mit einer Kalaschnikow bewaffnet einkaufen. Angeblich sind dabei tatsächlich einige ermordet worden. Damals sagte mir ein Teppichhändler: »Die einzig richtige Art, sich mit einem 'schurawi', einem Russen, zu unterhalten, ist die Kalaschnikow.«

Heute sieht man die Sowjets dort ziemlich locker entlanggehen, einkaufen und verhandeln. Das Warenangebot ist bereits auf die neue Kundschaft umgestellt. Wo früher schönster Schmuck und Antiquitäten auslagen, sieht man heute die typischen Waren sowjetischer Konsumträume: Westliche Jeans, T-Shirts und Elektro-Rechner. Viele Geschäfte haben inzwischen kyrillische Inschriften. Und mein rabiater, kompromißloser Teppichhändler meint heute: »Bewaffneter Kampf, diese ewige Schießerei, das bringt doch nichts.« Ob er inzwischen etwa ein Anhänger der Kommunisten geworden sei? Nein, das ganz bestimmt nicht, aber »das Geschäft und das Land gehen doch sonst kaputt.«

Gespannter ist die Stimmung im alten Kabuler Basar. Dort sieht man keine Russen. Zwar wird man dort nicht umgebracht oder angegriffen, wie einem Exil-Politiker in Europa weismachen wollen, aber die Menschen zeigen durch Ausspucken, Grimassenschneiden und Schimpfworte, daß sie von den »schurawi« nicht sehr viel halten. Erst der Hinweis, daß man aus »aleman kharb«, aus Westdeutschland, kommt, lockert die Stimmung.

»Auf dem Land wären Sie nicht mehr dazugekommen, das zu erklären«, meint ein junger Mann, den ich in der Altstadt kennenlerne. »Die Rebellen kontrollieren die Busse. Parteifunktionäre und Ausländer holen sie raus und bringen sie um.«

Dr. Anahita Ratebsad, Gründerin der Demokratischen Frauenbewegung von Afghanistan und Mitglied des Politbüros der Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA), meinte mir gegenüber dazu: »Natürlich haben wir noch eine ganze Menge von Problemen. Aber das ist für eine Revolution in einem sehr rückständigen' Land wie Afghanistan völlig normal. Das Alte existiert eben noch, und seine Repräsentanten wollen nicht aufgeben.«

Das Alte, das Rückständige, die sozialen Verhältnisse, die teilweise noch nicht einmal das Niveau des Feudalismus erreicht hatten, sondern noch Strukturen von Stammesverfassung aufzeigten, hat Afghanistan zu einem der fünfzehn rückständigsten Länder der Welt gemacht.

Weder die britische »Schutzmacht« Ende des 19. Jahrhunderts, noch die radikalen Reformversuche des Königs Amanullah - er wurde wegen zu extremer Reformversuche in Frauen- und Erziehungsfragen von den Fundamentalisten vertrieben -, noch die verschiedenen Ansätze monarchistischer und zuletzt republikanischer Regierungen hatten an diesem Zustand Entscheidendes geändert. Es war lediglich eine bürgerlich-feudale Elite in den großen Städten entstanden, die sich in ihrer Orientierung an westlichen oder auch sozialistischen Zivilisationsvorstellungen immer mehr von der Bevölkerung ihres Landes - nur 15 Prozent leben in der Stadt - entfernte. Ihre Herrschaft in den Städten konnte sie nur aufrechterhalten, weil sie den Stammesältesten. weitgehende Autonomie zugestand. Eine einflußreiche Zentralregierung, die wichtige Reformprogramme hätte durchsetzen können, hatte es mit Rücksicht auf die Herrschaftssicherung der kleinen Führungselite, der verwestlichten Städter, nie gegeben. Der Afghanistan-Kenner Jan-Heeren Grevemeyer faßte die Entwicklung so zusammen: »Was die Beatniks, Hippies, Freaks unter anderem an Afghanistan begeisterte, war genau die minimale staatliche Kontrolle, die Entwicklungsexperten zur Verzweiflung trieb, die sechzig Jahre Gesetze und Fortschrittsprogramme der afghanischen Regierungen immer wieder nur Papier bleiben ließ ... « Was die Freaks 1978 übersehen haben, waren 95 Prozent Analphabetentum, ein *jährliches,* Durchschnittseinkommen von 160 US-Dollar, so gut wie keine medizinische Versorgung auf dem Land, völlige Unterdrückung der Frau, regionale Hungersnöte.

Die Reformversuche der am 27. April 1978 neu an die Macht gelangten DVPA scheiterten, als sie bei ersten Widerständen das einfache Gegenteil ihrer Vorgänger in der Regierung versuchten: Sie wichen nicht zurück, sondern übten blutigen Zwang aus, versuchten die Afghanen zum Fortschritt zu zwingen.

»Es bestand damals die Gefahr einer direkten ausländischen Einmischung in unser Land. Aber wir hatten keine Erfahrung, wir wußten nichts über die Reaktion der Bevölkerung« sagt Suleiman Laeq, einer der bekanntesten Schriftsteller seines Landes. Er wurde von den sowjetischen Truppen aus dem Gefängnis »pole-charki« befreit. Über ein Jahr hatte er dort unter dem von Karmal gestürzten Diktator Hafisullah Amin eingesessen. Heute ist der 52jährige Minister für Stammesfragen. Und er ist der erste afghanische Politiker, der mir gegenüber indirekt zugibt, daß sich die Revolutionäre um Karmal Illusionen über die Reaktionen der Bevölkerung gemacht haben, als man die Sowjet-Führer um die brüderliche Hilfe bat. »Wir hatten gehofft, daß die Menschen denken würden, daß die Truppen zur Rettung unseres Landes und unserer Unabhängigkeit kommen.« Dabei hatten sie außer acht gelassen, was ein Stammesführer dem britischen Unterhändler Sir Mountstuart Elphinstone schon Anfang des 19. Jahrhunderts ins Stammbuch geschrieben hatte: »Wir können alles ertragen, Uneinigkeit, Bruderkrieg, Blutvergießen, nur keinen eingesetzten Herren.« Als von den Sowjets eingesetzt ist Babrak Karmal aber vielen erschienen, erscheint er ihnen noch heute.

So weit will Suleiman Laeq dann doch nicht gehen. »Wer die Verbrechen der Amin-Zeit nicht richtig analysiert, wird nie den Widerstand des Volkes gegen die Revolution verstehen.«

Bei den Paschtunen, die die Hälfte der afghanischen Bevölkerung ausmachen, habe man das Mißtrauen gegen die Sowjets inzwischen auch schon ziemlich abbauen können. Die Regierung in Kabul taktiert gegenüber den Paschtunen mit dem afghanisch-pakistanischen Konflikt. Sie unterstützt die Forderung der Paschtunen, deren traditionelles Siedlungsgebiet beiderseits der von den Briten festgelegten »Durand-Linie« liegt, nach einem großpaschtunischen Reich. Wie tiefverwurzelt der Paschtunistan-Gedanke auch bei den Parteimitgliedern ist, wurde mir bei einem Gespräch mit dem ältesten Mitglied der DVPA deutlich. Mussa Jan, der angeblich 107 Jahre alt ist und jedem stolz sein nagelneues Parteibuch zeigt, ist Paschtune vom Stamm der Ahmazahi in Paktia. Auf die Frage, warum er für Karmal und gegen den pakistanischen Diktator Zia ul Haq ist, bekomme ich keine auswendig gelernten Parteiparolen zu hören, sondern kurz und knapp: »Zia ul Haq ist ein Panjabi, und ich bin ein Paschtune. Deshalb wird Zia immer mein Feind sein.«

Auch andere traditionelle Lösungen greift die Karmal-Regierung wieder auf. So waren die meisten Paschtunenstämme seit Jahrzehnten von der Wehrpflicht befreit. Heute sind sie es wieder. Und die Volksdemokraten machen den Stammesfürsten,

den Khans und Maliks, noch ein weiteres Angebot. Wenn die Stamme es übernehmen, dafür zu sorgen, daß keine »ashra« (Banditen) von Pakistan über die Grenze nach Afghanistan kommen, dann erhalten sie wieder ihre Waffen und auch ausreichend Munition. Außerdem wären dann die ausländischen Truppen überflüssig. Suleiman Laeq: »Einige Stämme haben das akzeptiert, und die sowjetischen Truppen sind aus ihrem Gebiet abgezogen.« Wenn in einigen Regionen, wie Nuristan, auch jetzt noch Transporte nur im militärischen Konvois möglich sind, so funktioniert der Waffenstillstand zwischen den Paschtunen und der Regierung offenbar doch ganz gut. So kamen im letzten Winter mehrere Holztransporte aus Paktia und Lagham wieder ungehindert nach Kabul. Die vorherigen Winter hatten die Rebellen regelmäßig und recht erfolgreich versucht, den Transport des dringend benötigten Heizmaterials zu verhindern.

Auf jeden Fall sind die meisten »befreiten« Gebiete, von denen die aus der pakistanischen Stadt Peshawar nach Europa entsandten Rebellensprecher berichten, orientalische Phantasieprodukte. Politbüromitglied Dr. Anahita weist darauf hin, daß die Sicherheitslage inzwischen so sei, daß man die sowjetischen Truppen nur noch zur Verteidigung gegen die von Pakistan aus operierenden Rebellen braucht. Doch diese Angaben lassen sich nur schwer überprüfen.

Zu den am besten informierten Ausländern in der afghanischen Hauptstadt gehören - außer den Sowjets - traditionell die Inder. Es gibt eine relativ große indische Bevölkerungsgruppe in Afghanistan, und deshalb haben die Inder als einzige auch noch Konsulate in den beiden Provinzhauptstädten Jalalabad und Kandahar. Außerdem verfügen sie als traditionelle Gegner der Pakistani über gute Kontakte zu den Kabuler Regierungsstellen. Der indische Botschafter J. N. Dixit bestätigt, daß die afghanische Armee wieder funktioniere und fast wieder ihre Sollstärke von 80.000 Mann erreicht habe.

Probleme gibt es trotzdem noch: »Einheiten der Armee und deren Maßnahmen gegen die Konterrevolution machen deutlich, daß einige Kompanien ihre Kampfhandlungen sehr schwach ausführen. Dadurch erhielten die Rebellen Gelegenheit, ihre Kräfte in verschiedenen Regionen des Landes zu konsolidieren«, kritisierte Babrak Karmal das Verhalten besonders der Generäle und Offiziere.

Die Rebellen schwächen sich aber auch selbst. Oft verlangen sie von den paschtunischen Dorfbewohnern Lebensmittel mit Gewalt, und laufen so immer wieder Gefahr, von ihren Opfern an die Regierungstruppen verraten zu werden.

Das Gefängnis von »polecharki« ist schon wieder überbelegt. Ein Zeichen, daß Karmal und die Sowjets, im Gegensatz zu den »Freiheitskämpfern«, wenigstens noch Gefangene machen. Trotzdem gibt es Todesurteile und Hinrichtungen. Die afghanische Regierung veröffentlicht selbst solche Angaben. Auch die Berichte der etablierten Medien über Todesurteile sind sicherlich nicht erfunden. Aber sie sind unvollständig. In dem Bericht von amnesty international für das vergangene Jahr heißt es: »... daß auch die fortdauernde Anwendung von Gewalt im Lande niemals die Tötung friedlicher Demonstranten oder die Todesstrafe rechtfertigen könnte, und zwar weder durch die Regierung noch durch die bewaffneten Widerstandsgruppen«.

Erfolge bei der Bevölkerung stärken das Selbstbewußtsein der afghanischen Politiker. So meinte Dr. Anahita, daß es nur einer schriftlichen Garantie aller beteiligten Kräfte bedürfe, in der festgelegt sei, daß es den Rebellen in Pakistan und im Iran nicht mehr möglich sein werde, von diesem sicheren Hinterland aus Mujahedintrupps über die Grenze zu Einsätzen nach Afghanistan zu schicken. Dann wäre der internationale Konflikt um Afghanistan gelöst: »Am nächsten Tag würde der Genosse Karmal eine Sondersitzung des Politbüros einberufen, das die Regierung beauftragen wird, die Sowjetunion aufzufordern, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Und sie werden abziehen.«

Dabei weiß die erfahrene Politikerin allerdings genau, daß nicht so bald die Gefahr oder Chance besteht, die Probe aufs Exempel zu machen. Der Westen ist weit davon entfernt, die Demokratische Republik Afghanistan in Ruhe zu lassen. In der Bundestagsdebatte um den von »his Excellency cowboy Mr. Reagan« (Dr. Anahita) initiierten »Afghanistantag« sprach dies der CDU-Scharfmacher Jürgen Todenhöfer offen aus: »Das Fortbestehen des Widerstandes des afghanischen Volkes ist eine wesentliche Voraussetzung für die Chance einer politischen und friedlichen Lösung des Afghanistan-Problems.«

Wie diese »Lösung« aussehen soll, kann man erahnen, wenn man sich anschaut, wer da alles dafür sorgt, daß der »Widerstand des afghanischen Volkes« fortbesteht: Die Militärdiktatur des Pakistani Zia ul Haq bietet die logistische Basis; die Amerikaner liefern Geld, Training und Waffen; die Sowjet-Hasser aus Peking liefern Waffen und gewähren nach Absprache mit dem ehemaligen US-Verteidigungsminister Brown Überflugrechte für Waffentransporte; Ägypten bildet Rebellen aus und liefert oft noch ungebrauchte Waffen sowjetischer Bauart; die islamischen Ultras von Saudi Arabien finanzieren, und der CIA koordiniert das Ganze.

Sinn und Zweck dieser reaktionären Allianz, neben der materiellen und finanziellen Absicherung der konservativen Mujahedin, beschreibt Carl Bernstein, einer der Watergate-Enthüller, am Ende seines Artikels, aus dem auch diese Angaben sind: »Die Widerstandskämpfer wissen nur selten, wo ihre Ausrüstung herkommt. Einiges kommt von den vielen Fahnenflüchtigen der Armee. Doch von den Waffen, die in den Guerilla-Lagern ausgegeben werden, wird oft nur behauptet, daß sie von Deserteuren stammen, während sie in Wirklichkeit aus den Kanälen der geheimen CIA-Operation stammen. « Der Afghanistan-Spezialist der »Washington Post« und der »International Herald Tribune«, Aernout Van Lynden, schilderte letzten Dezember, daß allein an einem der vielen Waffenumschlagplätze alle drei Tage ein Lastwagen

mit neuen, zusammenlegbaren chinesischen Kalaschnikows, chinesischen Minen, englischen Granatwerfern, verschiedenen Luftabwehrwaffen und Panzerfäusten ankommt. Und der den Rebellen sehr wohlgesonnene Autor meint: »Die Erhöhung der Menge und vor allem der Qualität der Waffen, die den Guerillas zur Verfügung gestellt werden, waren mit Sicherheit der wichtigste Faktor für das Überleben der Widerstandsbewegung und für die Eskalation des Krieges in den letzten drei Jahren.«

Damit hatte die Mär von den Freiheitskämpfern, die sich ihre Waffen von ihrem Feind holen, ein Ende. Von der bis dahin noch geheimen Lieferung aus den CIA-Kanälen berichtete mir in Kabul ein Militär-Attaché: »Seit kurzem haben die Rebellen nun tatsächlich Boden-Luft-Raketen, um die sie ihre Lieferanten schon seit langem anflehen. Mit den SAM-7, die die Ägypter liefern - aus der Zeit der ägyptisch-sowjetischen Freundschaft haben sie noch genügend, werden die Aufständischen jetzt wohl die ersten MI24 Hubschrauber herunterholen. Das wahrscheinliche Einsatzgebiet wird Kandahar sein.« Womit für eine neue Eskalation der Kampfe in Afghanistan gesorgt ist. Ganz im Sinne der »politischen und friedlichen Lösung« des Dr. Jürgen Todenhöfer und des US-Präsidenten Reagan.

Dagegen bestätigten mir Diplomaten in Kabul, auch die westlichen, daß gerade die Anfänge einer Stabilisierung der Regierung Karmal die Verhandlungsbereitschaft der Afghanen und der Sowjetunion sehr verstärkt hat. Doch den moslemischen Rebellen und vor allem ihren Sponsoren in den westlichen Metropolen geht es offenbar gar nicht um den Abzug der sowjetischen Truppen. Sie wollen, als Ausgleich für den Verlust des Irans, den Sturz der Regierung Karmal. Darüber sind allerdings keine Verhandlungen möglich. Dr. Anahita im März in Kabul: »Dies ist die gesetzliche Regierung von Afghanistan. Das hat das Volk bereits entschieden, ob das Iran oder Pakistan oder sonst jemandem nun paßt oder nicht.« Deshalb werden die sowjetischen Truppen wohl noch lange in Afghanistan bleiben.

eit der Revolution im April 1978 bemühen sich die Re.gierungen, die Analphabetenrate von über 95 Prozent zu senken. Seit dem 5. September 1981 gibt es das erste Kinderheim in Afghanistan. Das »Watan-Nursery-Center« in Kabul wird von Mahbuba Karmal, der Frau des Parteichefs, die laut »Hamburger Abendblatt« zu ihrer eigenen Sicherheit nach Moskau »geflohen« ist, geleitet.

er zentrale Punkt der notwendigen Veränderungen in Afghanistan ist jedoch die Landreform. Sie wurde als erstes nach der Machtübernahme durch die Demokratische Volkspartei in Angriff genommen. Tausende wurden ohne Rücksicht auf besondere Traditionen enteignet, Land wurde verteilt ohne Klärung der Wasserrechte und der Versorgung der neuen Landbesitzer mit Düngemitteln und Saatgut. Landwirtschaftsminister ist Abdul Ghaffar Lakanwal - immer noch, auch wenn die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua ihn schon ein Jahr vor unserem Gespräch für verhaftet erklärt hatte. Er hat seit August '81 den Auftrag, herauszufinden, was von den Anfängen der Landreform überhaupt übriggeblieben ist. In 19 der 26 Provinzen hat er Untersuchungsteams geschickt, teilweise in entlegene Gebiete wie den »afghanischen Finger« im Nordosten. Und die Gruppen sind mit positiven Ergebnissen zurückgekommen. Für Lakanwal, der in Stuttgart promoviert hat, ein deutlicher Beweis, daß in den letzten zwei Jahren Fortschritte gemacht wurden. »Wir krebsen nicht nur in Kabul herum.«

In den nächsten Jahren will er ein ehrgeiziges Reformprogramm verwirklichen. Das reicht von der - teilweisen - Neuverteilung des Landes über die Gründung verschiedener Formen von Produktions- und Konsumgenossenschaften, Einrichtung von Musterbetrieben bis hin zur Neubewässerung von 1 Million Hektar bebaubaren Landes im Norden von Afghanistan. »Dann können wir uns nicht nur selber versorgen, sondern können sogar Lebensmittel exportieren.« Er fügt allerdings sich selber zügelnd im nächsten Satz gleich hinzu: »Aber wir wollen nichts überstürzen.« Um des lieben Friedens willen werden einige Personengruppen von der Landreform erst einmal verschont: Alle Geistlichen - immerhin gibt es 260.000 Mullahs in Afghanistan - und die Stämme, »die die Revolution verteidigen.« Dennoch zählen Anschläge gegen die landwirtschaftliche Produktion zu den »Spezialitäten« der Rebellen: »Die Bildung von Genossenschaften würde vielen Feudal- und Stammesherren ihre Macht entziehen und wäre eine schwere Niederlage für die Konterrevolution«, meint Lakanwal.

Durch ihren eigenen sozialrevolutionären Anspruch gefährdet die Regierung jedoch immer wieder die realpolitischen Erfolge, die Arrangements, die sie mit den Stammesfürsten - in Tradition aller Zentralregierungen - getroffen hat. Aber Landreform, Alphabetisierung oder Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, und nur durch diesen Anspruch hat die jetzige Regierung Existenzberechtigung, muß automatisch zum »Sicheinmischen« der Zentralregierung in die Stammesangelegenheiten führen.

Babrak Karmal hatte seinen Genossen im Zentralkomitee der DVPA ins Gewissen geredet: »Angesichts der anstehenden Aufgaben haben wir die Pflicht, die Disziplin zu erhöhen.« Er eröffnete eine neue Front innerhalb der afghanischen Auseinandersetzungen: »Wir erklären einen regelrechten Krieg gegen jede Art von Verantwortungslosigkeit und Anzeichen von Fraktionismus.« Ein großes Wort angesichts einer Partei, deren Geschichte davon geprägt ist, daß viele führende Mitglieder den Kampf um die eigene Machtposition mindestens genauso wichtig genommen haben, wie den Einsatz für die Ziele der Partei.

Oft war es nur Druck des »großen Bruders« (Karmal) Sowjetunion, der die Parteimitglieder daran hinderte, mit der Selbstzerfleischung fortzufahren. Durch den Diskussionsprozeß soll das Mißtrauen unter den führenden Genossen nun abgebaut worden sein. Dr. Anahita beschreibt den Einheitsgrad der Partei heute so: »In den unteren Reihen wird vielleicht noch hier und da etwas geschehen, aber die Führung ist vereint.« Auch habe man sich um das Problem gekümmert, wie die Genossen sich als Mitglied einer Regierungspartei zu verhalten haben. Anahita: »Sie müssen lernen, daß sie anleiten müssen und nicht nur anweisen. Solche Angewohnheiten sind entstanden, weil wir erst am Anfang stehen mit unserer Tätigkeit.« Karrierismus nennt man das. Für den die mittleren Kabuler Funktionäre, meist in Europa ausgebildete Söhne aus besseren Familien, offenbar besonders anfällig sind. Erkennungszeichen der Karrieregenossen ist der gepflegte Nadelstreifen-Anzug. Ihnen merkt man an, daß sie es genießen, jetzt zur herrschenden Klasse in Afghanistan zu gehören.

Nauruz, ein Übersetzer aus dem Außenministerium, der mir während meines Kabul-Aufenthaltes geholfen hat, ist da aus anderem Holz. Er hat seine einträgliche Basartätigkeit aufgegeben, um für »mein Land und den Fortschritt zu arbeiten.« Und er setzt bei dieser Arbeit nicht nur auf seine Parteigenossen. Als ich ihn fragte, ob es denn wirklich nötig sei, daß die Sowjets nun auch noch die Demonstration zur Feier des Parteitages organisieren müssen, das müßte die Partei nun nach so langer Regierungstätigkeit doch selber können, antwortete er: »Das ist wie bei einem vierjährigen Jungen. Der kann zwar schon alleine laufen, aber es ist noch besser, wenn er einen großen Bruder hat, der auf ihn aufpaßt und an die Hand nimmt, wenn es gefährlich wird.« Und auch nach seinem fünften Geburtstag wird er noch diese schützende Hand des großen Bruders brauchen.

Konkret 05/83, S. 38

Werner Heine

Verkungelt

Ein unfähiger Manager und eine gefügige Gewerkschaft haben das Großunternehmen Howaldtswerke - Deutsche Werft in den Ruin getrieben. Tausende von Arbeitern müssen jetzt dafür büßen. Sie werden auf die Straße geschickt.

Zur Pressekonferenz der IG Metall im »Holländischen Zimmer« des Hamburger Hotels »Atlantic« kamen nicht nur Journalisten. Vor den Portalen der feinen Absteige an der Alster forderten 1000 Schiffbauer in Helm und Blaumann lautstark: »Das Konzept muß weg! « Drei Stunden vorher hatten sie draußen im Werk am Roßhafen erfahren, was der Aufsichtsrat der HDW (Howaldtswerke - Deutsche Werft AG) soeben beschlossen hatte: Einstellung des Schiffsneubaus in Hamburg, Massenentlassungen in Hamburg und Kiel, Lohnkürzungen für die Verbleibenden.

Bis zu diesem Nachmittag des 28. März hatte ihnen die Gewerkschaft noch Hoffnung vermittelt. »Den Schiffbau erhalten und Neues gestalten« lautete die IGM-Parole gegen das Konzept der Betriebssanierung durch Arbeitsplatzvernichtung, das der HDW-Vorstand unmittelbar nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vorgelegt hatte. Und der Widerstand schien nicht aussichtslos.

Im 20köpfigen mitbestimmten Aufsichtsrat der Staatswerft (Besitzer: die bundeseigene Salzgitter AG zu 74,9 Prozent und das Land Schleswig-Holstein zu 25,1 Prozent) galt eine Mehrheit gegen das Vorstandskonzept als gesichert. 11 zu 9 sollte die Entscheidung ausgehen, denn die IGM-verbundene Hamburger SPD hatte gegen die »Werftenlüge der CDU« gewettert, und die Hamburger SPD-Regierung hatte ihren Vertreter auf der Kapitalseite, den Ex-Senator Jürgen Steinert, beauftragt, mit der Arbeitnehmerbank den HDW-Plan niederzustimmen.

Nun war es anders gekommen. Die 1000 vor dem »Atlantic« wußten noch nicht, wer ihnen bei der Abstimmung in den Rücken gefallen war, ihr Mißtrauen schloß auch die IGM-Funktionäre im Aufsichtsrat nicht aus. Als sich Frank Teichmüller, zweiter Mann der Bezirksleitung der IG Metall, durch die Mauer der Kollegen ins Hotel zwängte, gaben sie ihm eine Abordnung mit in den Konferenzraum: »Wir wollen hören, was du da erzählst.«

Daß Mißtrauen nicht nur gegenüber den Fähigkeiten der Geschäftsleitung, sondern auch gegenüber dem Geschick der IGM-Führung angebracht ist, haben die Arbeiter bei HDW in den Jahren des Niedergangs der einst florierenden Großwerft gelernt. Denn der wäre ohne die Mitwirkung von sozialpartnerschaftlich getrimmten IGM-Funktionären in Betrieb und Bezirksverwaltung nicht so ungebremst verlaufen.

Die jetzt beschlossenen Kündigungen - 1.500 in Kiel, 2.400 in Hamburg -, mit denen die Gesamtbelegschaft von knapp 11.000 auf 6.900 Beschäftigte reduziert werden soll, sind vorläufiger Tiefpunkt eines Abstiegs, der Mitte der 70er Jahre begann und dem bereits jahrzehntelanges Personaleinsparen vorausgegangen war. 1960 arbeiteten in den noch getrennten Unternehmen Howaldtswerke und Deutsche Werft 21.500 Mann allein in Hamburg. 1968, nach der Fusion, waren es in Hamburg noch 11.000, jetzt sind es noch 4.400.

Ende 1976 wies die HDW-Bilanz an Gewinnen, Reserven und Rücklagen ein Polster von 500 Millionen Mark aus. Etwa die gleiche Summe wurde allein in den vergangenen vier Jahren zugebuttert. »Bei immer mehr verfallenden Preisen sind die Reserven durch Auftragsverluste und Unterbeschäftigung inzwischen aufgezehrt«, klagt der Vorstand in der Begründung zum Entlassungskonzept. 1982 mußte erstmals ein Verlust von 31,4 Millionen Mark offen ausgewiesen werden, im laufenden Geschäftsjahr wird er höher sein.

Es liegt in der Logik der neuen Bonner Wirtschaftspolitik, daß der Eigentümer Staat die Menschen, die ihm einmal viel Geld erarbeitet haben, in schlechten Zeiten an die Arbeitslosenversicherung überweist. Viele der HDW-Arbeiter, die jetzt entlassen werden, waren auch schon in den guten Jahren dabei. In den Docks steht man treu zum Unternehmen, das Durchschnittsalter liegt bei 43 Jahren. Der Maßnahmen-Katalog des Konzepts - Personalabbau, Kündigung der Betriebsvereinbarungen, Erhöhung der Produktivität - entspricht den Gesundschrumpfungsparolen der Minister Lambsdorff und Stoltenberg. Die Werftarbeiter fürchten aber, daß eine so geschrumpfte HDW nicht überlebensfähig sein wird.

Sicherlich machte die weltweite Krise des Schiffbaus der HDW seit 1974 zu schaffen, aber ebenso sicher liegt darin nicht der einzige Grund für den Niedergang der Werft. Als in den 60er Jahren der Welthandel wuchs und die Frachtraten stiegen wie nie zuvor, orderten die Reeder immer mehr und immer größere Schiffe. Und die Werften reagierten darauf mit einer Erweiterung ihrer Produktionsanlagen, als ob die Konjunktur ewig währte. Zwischen 1970 und 1975 stieg die Schiffbauproduktion weltweit um 63,6 Prozent.

Der Kapazitätsausbau der Werften dauerte auch noch an, als die Nachfrage nach Schiffen 1974 einbrach. In Obersee taten sich bei dieser Fehlplanung Brasilien und Südkorea hervor, für die Bundesrepublik besorgte das der HDW-Chef Norbert Henke. Der Jurist aus Bayern, dem die »Welt« gutes Aussehen und eine Doktorarbeit über »Das Bierbraugewerbe in

Regensburg, Augsburg und München« nachsagte, bestellte Ende 1973 ein Baudock für 700.000-Tonnen-Tanker - gestützt auf »unverbindliche Aussagen einiger Ölmultis« (»manager magazin«) und vier Schiffsbestellungen aus Norwegen.

Nur einen Monat später explodierten die Ölpreise, und alle Welt zerbrach sich den Kopf über die Zukunft des Transportgeschäfts - bis auf Henke. Der stoppte den Bau des 250-Millionen-Docks auch nicht, als die Reederei Oldendorff zwei Großtanker stornierte und 1975 die Norweger wieder abbestellten. In dem 1976 eingeweihten »größten Schwimmbad Europas« (Branchenname) in Kiel wurden seither ganze zwei Schiffe gebaut, für deren Herstellung diese Dockgröße notwendig war.

Durch den Ausfall an Aufträgen geriet HDW bald in eine Klemme, die nur noch durch die Unternehmenspolitik von Norbert Henke zu steigern war. HDW galt in der Branche bald als »der deutsche Japaner«. Wo immer um Aufträge gefeilscht wurde, unterbot Henke die Konkurrenz und ließ Schiffe zu Preisen verkaufen, die unter den Herstellungskosten lagen. So wurden bei der in Kiel gebauten »Frankfurt Expreß«, einem Containerschiff für Hapag-Lloyd, bei Vertragsabschluß bereits 40 Millionen Mark Verlust eingeplant - ein Drittel des Verkaufspreises. Weil weitere Bauauflagen zu berücksichtigen waren, lag er hinterher bei stolzen 80 Millionen.

Versuche, mit de Fertigung neuer Produkte Gewinn zu machen, scheiterten. Der Bau von Müllverbrennungsanlagen in Lizenz brachte der Werft »eine blutige Nase« (Henke), weil HDW vergessen hatte, die Lizenz-Geber vertraglich an der Mängelhaftung zu beteiligen. Beim Erwerb von Patenten passierten Reinfälle. Der Vorstand kaufte zum Beispiel für zwei Millionen ein unbrauchbares Wärmepumpenmodell - gegen den Rat der Fachabteilung. Der Bundesrechnungshof stellte1982 fest: »Die Fehleinschätzungen nahmen eine Größenordnung an, die für ein ordnungsgemäß geführtes Unternehmen unerklärlich, unentschuldbar und untragbar ist.«

Nur eines funktionierte in all den Jahren wirklich gut. Das war Henkes Zusammenarbeit mit einer stabilen Betriebsratsmehrheit. Der langjährige Hamburger Betriebsratsvorsitzende, Aufsichtsrats-Vize und IGM-Funktionär Werner Peters hielt dem Chef den Rücken frei. »Demonstrationen sind für Werner Peters kein Mittel gegen die Schiffbaukrise«, lobte die »Zeit« 1978, als erstmals angedrohte Massenentlassungen 5.000 Werftarbeiter und den Hamburger Bürgermeister Klose auf die Straße brachten.

»Radikalisierung ist das letzte, was wir jetzt gebrauchen können«, hatte Peters zum Protestmarsch der Kollegen gesagt. Was Peters unter Radikalisierung verstand, wurde im Betriebsrat niedergekämpft.

In dieser Zeit hatte auch der Verfassungsschutz besten Zugang zum Werk auf der Pirsch nach politischen Abweichlern. HDW ließ in den Jahren 1975/76 alle Auszubildenden vom Landesamt überprüfen. Sogenannte Erkenntnisse wurden an die Geschäftsführung weitergegeben.

Die Betriebsratsmehrheit weigerte sich, die Herausgabe Schwarzer Listen von der Geschäftsleitung zu verlangen, auf denen diese geplante Rationalisierungsentlassungen sortierte. Und Peters Zustimmung zu Entlassungen wegen Fehlens war leicht zu haben. In einem Fall wollte Peters der Kündigung eines Kollegen nicht widersprechen, obwohl der 30 Betriebsjahre auf den Buckel hatte. Für »faule Säue« sei kein Platz in der Firma. Es stellte sich dann heraus, daß der Mann nur zweimal wegen Magengeschwüren gefehlt hatte. Der Fall war von Peters gar nicht geprüft worden.

Schwerwiegender als Unternehmergehabe und Verstöße gegen Betriebsrats-Regeln waren die nicht überprüfbaren »privaten« Treffen von Peters und Henke. Da wurde, so fürchteten Betriebsratskollegen, Betriebspolitik außerhalb der Gremien gemacht. Die Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat blieb trotz Henkes Versagen ruhig. Das »manager magazin« schrieb später: »Die Mitbestimmung war durch permanente Kungelei zwischen Henke und Peters praktisch außer Kraft gesetzt.« Wie gut die Kungelei klappte, erwies sich im Fall des Arbeitsdirektors Heinz Scholz. Der war zu Beginn der Krise bei HDW mit Reorganisationsplänen bei Henke gescheitert und hatte schließlich der desolaten Lage nicht mehr nur zuschauen mögen. Über politische Verbindungen verschaffte er der Werft den Bauauftrag von zwei Fährschiffen für Nigeria, wofür nigerianische Kaufleute in Lagos ordnungsgemäß eine Provision in Höhe von fünf Prozent der Bausumme erhielten. Das waren fünf Millionen Mark für den 100-Millionen-Auftrag.

Aber irgendwie mischte sich Norbert Henke in den Abschluß des Geschäfts ein und reklamierte hinterher nochmal Provision für seine Verhandlungspartner - weitere 15 Millionen Mark. Als Scholz darauf im Hause Krach schlug, und sich auch die Revision der Salzgitter AG an der doppelten Provision stieß, verlangte Henke die Ablösung von Scholz, und Peters deckte diese Forderung im Aufsichtsrat ab. Die beiden mag auch gestört haben, daß kurz zuvor aus dem Büro Scholz ein vertraulicher Hilferuf mit einer Schilderung der HDW-Interna an den IGM-Kollegen und damaligen Finanzminister Matthöfer nach Bonn gegangen war. Das Ergebnis: Die Hamburger IG Metall ließ den Kollegen Scholz fallen. Im August 1980 verließ er »aus gesundheitlichen Gründen« die HDW.

Widerstand gegen den Peters-Filz regte sich erst bei der Betriebsratswahl 1981. Damals wollten opponierende IG-Metaller um den Betriebsrat Holger Mahler sicherstellen, daß sie auf der Gewerkschaftsliste angemessen vertreten sein würden. Aber der IGM-Sekretär und SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Johann Müllner würgte eine Vorwahl um die Listenplätze ab. Daraufhin kandidierten Mahler und seine Freunde auf einer eigenen Liste »Aktive Metaller«. Sie erreichten aus dem Stand

56 Prozent der gewerblichen Stimmen und stellen seither 14 von 27 Betriebsräten. Statt bei der Funktionärs-Crew nach Fehlern zu suchen, schloß die IG Metall Mahler und seine Freunde aus der Gewerkschaft aus.

Peters und seine Mannen räumten nach der verlorenen Wahl die Akten aus dem Betriebsratsbüro und genehmigten sich ihre Versetzungen auf Posten im Personalwesen. Werner Peters wurde bis zu seiner Pensionierung Abteilungsleiter beim Vorstand. Werftchef Henke mußte seinen Sessel erst im November 1982 räumen. Die IGM-Aufsichtsräte votierten bis zuletzt gegen seine Entlassung.

Den neuen Betriebsrat begleitet die IG Metall mit kleinen Schikanen. Da wird mal die Bitte um Rechtsschutz nicht beantwortet, mal wird Mahler von der Konferenz der Werft-Betriebsratsvorsitzenden ausgesperrt. Und auch der Informationsfluß zwischen der Gewerkschaft und den Schiffbauern im Hamburger Hafen läßt zu wünschen übrig. Während am 28. März das Abstimmungsergebnis im Aufsichtsrat bei den Arbeitern wie eine Bombe einschlug, war die Entscheidung bei der IGM seit Tagen bekannt. Der leitende Angestellte Clüver von der Arbeitnehmerbank hatte auf einer Vorbesprechung angekündigt, er werde mit der Kapitalseite für die Entlassungen stimmen. Als die wütenden Schiffbauer Aufklärung verlangten, wies die IGM-Bezirksleitung darauf hin, daß sie Clüver versprochen habe zu schweigen.

Zumindest das kann sich nicht wiederholen. Zwei Tage nach dem Marsch zum »Atlantic« wählte die HDW-Belegschaft den neuen Aufsichtsrat. Die »Aktiven Metaller« erhielten diesmal 65 Prozent der gewerblichen Stimmen und stellen nun zwei Aufsichtsräte. Zu spät für die Kollegen, die jetzt entlassen werden.

Kasten »Vergesellschaftung tut not« auf Seite 40

Hohe Überkapazitäten und anhaltende Nachfrageschwäche: das ist die Ausgangslage, vor der die deutsche Werftindustrie steht. Nach Berechnungen der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik«, einer Vereinigung von Hochschullehrern um den Bremer Wirtschaftsprofessor Rudolf Hickel, reichen gegenwärtig allein die Werftkapazitäten von Brasilien, Japan und Südkorea aus, um den Weltbedarf an Schiffen zu decken. Gemessen an den gebauten Schiffen, ist die Nachfrage von 34,2 Millionen Bruttoregistertonnen im Jahr 1975 auf 11,9 Millionen BRT im Jahr 1982 zurückgegangen.

Um dennoch den Bestand der nationalen Werftindustrie zu sichern, weitere Massenentlassungen und die Zerstörung bestehender Kapazitäten zu verhindern, empfehlen die Wissenschaftler in ihrem soeben vorgelegten Jahresgutachten zur Gesamtwirtschaft (»Memorandum '83«) die Vergesellschaftung der fünf deutschen Großwerften. Das Beispiel HDW zeige, so das Gutachten, daß bloße Verstaatlichung ein untaugliches Mittel zur Rettung von Werften sei. Solange Verstaatlichung nichts anderes bedeutet, als daß lediglich der Eigentümer wechselt, der dann oft mit denselben Leuten die alte Betriebspolitik fortsetzt, ist nichts gewonnen. Die staatliche HDW ist mit ihrer kapitalorientierten, auf betriebswirtschaftliche Gewinne ausgerichteten Politik, gescheitert. HDW hat - wie ihre private Konkurrenz - Schiffe unter den Produktionskosten verkauft in der Hoffnung, die Nachfrage werde wieder steigen. Die Verluste der deutschen Werftindustrie sind zudem durch staatliche Subventionen gemildert worden, die keiner Erfolgskontrolle unterlagen. Nach Berechnungen des IFO-Instituts betragen diese Subventionen inzwischen über 30 Prozent der Wertschöpfung, das sind alle Produkte und Dienstleistungen, der Branche.

Der einzige Ausweg, den die privaten Werften wie die HDW bisher gesehen und verfolgt haben, war die verstärkte Beteiligung am Rüstungsgeschäft. Der Bau von Kriegsschiffen wirft »garantierte« Gewinne ab. Bei Blohm und Voss macht der Anteil der Rüstung inzwischen 70 Prozent des gesamten Umsatzes aus. Die Rüstungsproduktion sichert aber langfristig nicht die Beschäftigung.

Durch die Vergesellschaftung der Werften werden kurzfristig Betriebsschließungen und Massenentlassungen verhindert. Staatliche Mittel können gezielt und kontrolliert eingesetzt werden. Vor allem kann damit aber die dringend notwendige Umstellung auf andere Produkte erfolgen, die betriebswirtschaftlich noch nicht gewinnträchtig sind, deren Märkte aber in der Zukunft wachsen werden. Das Gutachten empfiehlt Produktbereiche, die die Betriebsräte der Bremer Großwerften als sinnvoll und möglich ansehen: Schiffe und Anlagen im Bereich der Meerestechnologie und -Forschung; Absaugschiffe, die verschmutzte Flüsse reinigen; Bau von Kläranlagen; Entwicklung und Bau von Fernwärmesystemen; Bau von Müllverbrennungsanlagen sowie technische Systeme zur Ausnutzung der Windenergie.

Das Gutachten schlägt vor, zu diesem Zweck eine nationale »Werft AG« zu gründen, in der die fünf Großwerften als Betriebsgesellschaften erhalten bleiben und dezentral Investitionsentscheidungen treffen. Kapitaleigner sind zu je 50 Prozent der Bund und die Küstenländer. Forschungs- und Entwicklungsarbeiten werden konzentriert und koordiniert. Ein Werft-Rat, der aus der mitbestimmten »Werft AG«, den Geschäftsführungen der Betriebsgesellschaften, der IG Metall und den einzelnen Betriebsräten zu bilden ist, entscheidet über langfristige Investitionsplanungen. Kurzfristig sichert diese Konstruktion die Beschäftigung und die Weiterbildung der unterbeschäftigten Teile der Belegschaft.

Konkret 05/83, S. 42

Wolfgang Pohrt

Übers Ohr gehauen

Nach der Wende in Bonn müssen sich auch die deutschen Intellektuellen umstellen. Der bequeme Umgang mit der Macht ist dahin.

Mit 300.000 Kundgebungsteilnehmern gleich zu Beginn war die Friedensbewegung auch schon am Ende. Der spektakuläre Anfangserfolg bestärkte die Leute danach nur im ohnehin dominierenden Lebensgefühl, die beste Zeit hinter sich zu haben.

Seit dem Hamburger evangelischen Kirchentag ist es drei Minuten vor zwölf. Wenn es zwei Jahre lang drei Minuten vor zwölf ist, liegt eine Zeitdehnung vor. Die letzten Sekunden beim historischen Countdown werden die längsten sein, und vielleicht hören sie nie auf.

Ist nerventötende Warterei der Grund, weshalb sich neuerdings kalte Blicke unwillkürlich an Kehlen und Schläfen heften? Seit zwei Jahren wartet man auf das Ende der sozialliberalen Koalition, auf die erste Hamburger Wahl, auf die Hessenwahl, auf die zweite Hamburger Wahl, auf die Bundestagswahl, auf die neuen Arbeitslosenzahlen, auf die Konjunkturbelebung, auf den Weltuntergang und auf besseres Wetter. Dabei ist immer schon vorher klar, daß sich nachher wieder nichts ändert. Stagflation auch bei den neuen Patrioten: Die Bewegung wird breiter und lahmer.

Der Schriftstellerverband ist zerstritten, linke Liedermacher werden in linken Blättern gehänselt (KONKRET 3/83), Premieren von Kluge, Handke, B. Strauß, v. Trotta usw. sind kein Ereignis mehr, sondern ein Ärgernis. Hat das Koalitionsklima nach einjähriger Inkubationszeit auf die Kulturszene übergegriffen?

In v. Trottas von der Kritik einmütig verrissenem neuen Film beispielsweise steht - nach Zeitungsberichten zu urteilen - hochsubventionierter Mittelstand mal wieder vor dem alten Problem, nicht auf die Weihnachtstage oder den Jahresurlaub angewiesen zu sein, um den lieben Nächsten zu quälen. Gemeinsam mit seinesgleichen, die man nicht leiden kann, fährt man in ein möglichst abgelegenes Ferienhaus, um dort ohne störende Milderung durch äußere Einflüsse noch mal das berühmte Buch »Schizophrenie und Familie« Kapitel für Kapitel gründlich durchzuspielen.

Zwar ist das ein langweiliger Zeitvertreib, weil alle Beteiligten ihr Pulver längst verschossen haben. Die mit Beziehungskrisen verbundenen Hormonausschüttungen sind ein Sparprogramm oder ein Schongang in Relation zu den Adrenalinmengen, die der Kampf um die Pfründe verschlungen hat.

Früher hatten Mordlust und Gier in den Augen gefunkelt, doch seit die Jagd vorbei ist, sitzen alle herum wie der Cockerspaniel auf dem Sofa: Hängeohren, Sorgenfalten, Kummerspeck, Blick wie Biermann, wenn er in die Kamera singt. Aber gerade weil das Muster so fad ist, war es eine Epoche lang so erfolgreich. Die Lehrer wollten einen standesgemäßen Zeitvertreib, im Kino und im Theater fanden sie, wonach sie suchten: problembewußte Langeweile mit Niveau. Es ging nicht mehr um die Wurst, denn die hatte man schon, und mehr wollte man nicht. Ist es der drohende Verlust derselben, das rauher gewordene Subventionsklima, welcher v. Trottas nach der alten Erfolgsmasche ge strickten neuen Film jetzt auf Ablehnung stoßen läßt?

Ein guter Partner ist - das gehört zum Begriff, zu seiner Herkunft aus der Sphäre des Übervorteilens und Beschwatzens - einer, den man übers Ohr hauen kann statt umgekehrt von ihm übers Ohr gehauen zu werden. Für den hiesigen Kulturbetrieb war die Sozialdemokratie in diesem Sinn ein Traumpartner gewesen. Zu Wissenschaft und Kunst aufblickend, weil nicht sonderlich damit vertraut, ließ diese Partei sich immer wieder ein Friedensforschungsinstitut andrehen, eine Schulreform oder ein neues Theater. Ihr freilich auch vorhandenes Mißtrauen half ihr nicht besser als dem Rentner das seinige an der Haustür. Er weiß, daß der Staubsauger- oder Zeitschriftenvertreter ihn leimen wird und instinktiv fühlt er es auch, aber er ist machtlos dagegen, und am Ende ist der Vertrag unterschrieben.

Fühlen die Theaterregisseure, Filmemacher, Institutsdirektoren nun umgekehrt instinktiv, ihrem Steckenpferd, ihrer Spielzeugeisenbahn drohe Gefahr durch die neue Regierung? Die Angst davor, demnächst stempeln zu gehen, war jedenfalls Leitmotiv eines im März gesendeten TV-Interviews mit Schlöndorff. Er lobte zunächst den Kulturprotektionismus der bei Friedensfreunden sonst nicht so beliebten französischen Regierung, natürlich ohne den Zusammenhang zwischen Verteidigung, also Subventionierung nationaler Kultur und Force de frappe zu erkennen, meinte dann - ein Wink mit dem Zaunpfahl, adressiert ans Ministerium für inner- und gesamtdeutsche Angelegenheiten - gerade ein Land ohne richtige Hauptstadt sei auf Kultur als nationales Bindemittel oder Spachtelmasse besonders angewiesen, und sagte dann wörtlich: »Mit Videorecordern können wir nicht konkurrieren, aber mit Kultur... Was für die Araber das Öl ist, ist für uns die Kultur... in Jahrhunderten ist das aufgestaut worden und angewachsen, wir müssen das verwalten und bewahren.«

Man muß fortschrittlicher Filmemacher sein, um im Fernsehen der Öffentlichkeit zu verkünden, was sich die Spießbürger sonst am Stammtisch erzählen: daß die Ölscheichs nur Öl und keine Kultur besäßen, also nicht die den Reichtum erst

legitimierende sittliche Reife, während in Deutschland die Leute mit Goethe im Kopf und Beethoven auf den Lippen durch die Kaufhäuser trotten. Man muß ein dummdeutscher Jungfilmer sein, um den Hauptexporteur von Videorecordern mit deutscher Filmkunst schlagen zu wollen - als kämen Filme der Nachkriegszeit, die wirklich zum Repertoire aller Cineasten zählen, aus Deutschland und nicht aus Japan. Man muß ein Verhältnis zur Kultur besitzen, wie es nur der neudeutsche Film besitzt, um das Banner der Kultur schwingen und sie gleichzeitig verachten und verraten zu können, indem man sie als Äquivalent zum Rohöl, als diesem Gleichrangiges und Gleichwertiges betrachtet, als gewinnbringender Ramsch, den man verhökern kann. Weil Dummheit wie Wahrheit unteilbar ist, ist es bisweilen sogar mit geschäftlichen Nachteilen verbunden, wenn man im vaterländischen Überschwang nicht mehr Paul Tillichs Erkenntnis erinnert, wonach mit einer Kultur, die einen Hitler hervorgebracht habe, etwas nicht stimmen könne. Doch niemand wird ewige Jungfilmer wie Schlöndorff daran hindern können, blanke Dämlichkeit und Unfähigkeit wieder als Opfer zu betrachten, welches ein selbstloser Idealismus und ein unbeirrbarer Glaube auf dem Altar der Doppelgottheit kulturelle Erbe & fortschrittliche Gesinnung bringt. Mit der einen Hand die Pfründe eisern umklammernd, die andere Hand ausgestreckt, um Plunder feilzubieten und Almosen entgegenzunehmen, den jeweiligen Regierenden dabei schöne Augen machend, und in der Mitte ein volltönender großer Mund, der gegen Verflachung, Amerikanisierung, Kommerzialisierung wettert - in dieser Kampfhaltung hat sich der Kulturbetrieb für die SPD geschlagen. Ob dies nun der Tropfen war, der das Faß zum Überlaufen brachte oder nicht - jedenfalls haben die Kulturschaffenden zur Niederlage kräftig beigetragen. Zwar nicht die Selbstkritik, aber die Suche nach Sündenböcken wird durch die Niederlage gefördert, und besonders dann, wenn sie mit eigener Perspektivlosigkeit, Wirtschaftskrise, ideologischer Flaute und der midlife crisis zusammenfällt. In den letzten 10 Jahren war der Kulturklüngel, das linke Unterschriftenkartell, ein Verein für wechselseitige Bewunderung gewesen, nicht minder verkrustet als der BDI.

Wir wollen dabeistehen und das Schauspiel genießen. Es wird uns ein Ohrenschmaus sein, zu hören, was Bahro und Böll, was Albertz und Gollwitzer, was Naturfreunde und Friedliebende einander zu sagen haben, wenn keine gemeinsam genossene Protektion durch Glotz und Eppler und keine gemeinsame Aussicht, ins Parlament zu kommen oder den Kanzler zu zwicken sie einen. Der Wahrheitsfindung kann das nur nützen.

Konkret 05/83, S. 45

Lutz Liebelt

Konkret-Extra:
Spiel mit der Wahrheit: Der 40jährige Propagandakrieg für die Atomrüstung

Als einzige deutsche Zeitschrift dokumentiert KONKRET das Skript eines Films, den die kommerzielle britische Fernsehgesellschaft ITV am 28. Februar zeigte. John Pilgers »The Truth Game« war im November letzten Jahres vom Programm abgesetzt worden, weil die zuständige Kontrollbehörde IBA (Independent Broadcasting Authority) den Film »nicht genügend ausgewogen« fand. Die Sendeerlaubnis wurde schließlich an die Bedingung geknüpft, daß die Fernsehgesellschaft einen zweiten Film zum gleichen Thema mit entgegengesetzter politischer Tendenz in Auftrag gab. Der ITV-eigenen Programmzeitschrift »TV Times« wurde die Veröffentlichung einer Titelgeschichte über Pilgers Film schlichtweg untersagt

John Pilger ist heute Chefkorrespondent Ausland der Londoner Zeitung »Daily Mirror«. Für seine journalistische Arbeit, vor allem als Auslandskorrespondent in Vietnam und anderen Krisengebieten der Welt, erhielt er vierunddreißig nationale und internationale Auszeichnungen. 1970 wurde er zum »Internationalen Reporter des Jahres« gewählt. In der Begründung der Jury hieß es: »Mit der einzigartigen Mischung aus harter Tatsachenreportage und Suche nach menschlicher Gerechtigkeit hat sich John Pilger für seine internationale Berichterstattung erneut nationale Anerkennung verdient. Seine Arbeit ist den höchsten Grundsätzen eines Auslandskorrespondenten verpflichtet.«

»The Truth Game« ist der Versuch einer Analyse von Propagandamethoden, die nicht nur in Osteuropa, sondern - wie Pilger anhand von Zeugen und Dokumenten nachweist - auch im Westen seit Jahren zur herrschenden Praxis gehören. Pilger beschreibt sie als »Spiel mit der Wahrheit«. Wir im Westen seien darauf »konditioniert«, die Propaganda der Sowjets für Lügen zu halten, die Lügen der westlichen Propaganda hingegen im großen und ganzen für die Wahrheit. Der US-amerikanische General Gene La Roque, heute Direktor des Zentrums für Information über Verteidigungsfragen in Washington, Paul Warnke, früher einer der führenden Gesprächspartner bei den Genfer Verhandlungen über Rüstungskontrolle, und andere prominente Rüstungsexperten des Westens werden zu Kronzeugen der These, daß die Vereinigten Staaten seit den 50er Jahren bemüht waren, der Doktrin ihres Außenministers John Foster Dulles zu entsprechen: es komme darauf an, künstlich Angst vor einer Bedrohung von außen zu erzeugen, damit die Bevölkerung die hohen Rüstungsausgaben zu tragen bereit sei.

Was vielen seit langem bekannt ist, viele nur ahnten und fürchteten, viele noch immer nicht wahrhaben wollen, findet in den Worten des Admirals La Roque als schlichte Selbstverständlichkeit Ausdruck: Die USA rüsten für den nächsten Weltkrieg, ihre Atomwaffensysteme sind für den militärischen Erstschlag konzipiert, für einen Angriffskrieg des Westens; im atomaren Rüstungswettlauf sind die Amerikaner den Sowjets zu allen Zeiten, so auch heute, mindestens drei bis fünf Jahre voraus gewesen; die Behauptung, die Sowjets hätten einen waffentechnischen Vorsprung, den es einzuholen gelte, ist eine von der westlichen Propaganda seit Jahren wiederholte Unwahrheit; die Regierung der USA hält einen Atomkrieg für gewinnbar; und das Schlachtfeld eines dritten Weltkrieges soll auf Europa begrenzt bleiben.

Dem Versuch einer Gegendarstellung zur hinlänglich bekannten offiziellen Version der Wahrheit mußte am 21. April dieses Jahres die von der Kontrollbehörde IBA verlangte Gegendarstellung zur Gegendarstellung folgen. Der amerikanische Vizepräsident George Bush, der britische Verteidigungsminister Michael Heseltine und andere Befürworter der amerikanischen Rüstungspolitik hatten Gelegenheit, das alarmierte Publikum zu beruhigen und das Spiel mit der Wahrheit fortzusetzen.

Konkret 05/83, S. 45

John Pilger

KONKRET-Extra: Spiel mit der Wahrheit

Margret Thatcher: Wir brauchen Atomwaffen, weil ihr Besitz den Frieden sicherer macht.

Ronald Reagan: *Es ist an der Zeit, daß wir mit dem Aufbau bzw. mit der Wiederherstellung der militärischen Macht Amerikas beginnen. Es ist an der Zeit, daß wir diese Macht so ausbauen, daß keine Nation dieser Welt es wagen wird, die Hand gegen uns zu erheben. Auf diese Weise werden wir den Weltfrieden erhalten - wir sind die einzigen, die dazu in der Lage sind.*

Am 7. August 1945 gab Präsident Truman den Abwurf der Atombombe auf Hiroshima mit folgenden Worten bekannt: »Das Experiment«, so sagte er, »war ein überragender Erfolg. « Drei Tage später wurde die Zerstörung von Nagasaki offiziell mit »guten Resultaten« beschrieben. Diese Aussagen, und besonders die dabei benutzten Wörter »Experiment«, »Erfolg«, »gute Resultate«, die den einzigartigen und schrecklichen Massenmord durch den Einsatz von Atomwaffen beschreiben, sind die ersten öffentlichen Beispiele einer neuen Art von Propaganda. Durch den Gebrauch einer beruhigenden, ja besänftigenden Sprache, einer Sprache, die es sowohl Politikern als auch uns gestattet, sich von den Schrecken eines Atomkriegs zu distanzieren, durch diese Art von Propaganda wurden akzeptierbare Vorstellungen vom Krieg geschaffen und außerdem die Illusion, daß wir mit Atomwaffen sicher leben können. Den beiden ersten Bomben, die auf Japan fielen, gab man niedliche Comic-Book-Namen: »Little Boy« und »Fat Man«. Und bald waren Bomben gar keine Bomben mehr, sondern nur noch Geräte und Eisenwaren mit Namen wie »Esel«, »Sau« und »kleines Bambi«. Immer größere und schrecklichere Vernichtungswaffen wurden »modernisierte Systeme« genannt. Vor allem aber wurden wir dazu gebracht, eine Atomwaffenstrategie, genannt »Abschreckung«, zu akzeptieren, die niemand vernünftig erklären konnte.

In 15 Jahren atomaren Wettrüstens, bis 1980, hat das britische Parlament nicht einmal über Atomwaffen diskutiert, so groß war die Geheimhaltung, die sich weniger gegen einen potentiellen Feind als vielmehr gegen das britische Volk richtete. Es war alles ganz einfach: Auf unserer Seite gab es nur die guten Jungs des Westens, auf der anderen Seite die bösen Jungs, eine dunkle Bedrohung, die selten mit menschlichen Begriffen erklärt wurde.

Heute ist für viele von uns das Unvorstellbare, ein Atomkrieg, denkbar geworden, und dabei haben wir gar nicht wahrgenommen, daß man uns über diese Schwelle geführt hat. Heutzutage werden wir mit neuen beruhigenden Begriffen wie »regionaler« Atomkrieg und »begrenzter« Atomkrieg gefüttert, was bedeutet, daß ein Atomkrieg auf Europa zu begrenzen ist, ein Atomkrieg, bei dem ein Sieg möglich ist. Aber ein Sieg für wen? Für die Guten oder die Schlechten?

Das atomare Wettrüsten begann mit dem Krieg gegen Deutschland. 1939 beschwor der Physiker Albert Einstein Präsident Roosevelt, die Uranforschung beschleunigen zu lassen. Er befürchtete den Bau einer deutschen Atombombe. Unter J. Robert Oppenheimer versammelten sich Wissenschaftler in Los Alamos, New Mexico. Ihre Aufgabe: Der Bau einer Atombombe. Das war das »Manhattan-Projekt«. 1944 hatten alliierte Spezialagenten (Code-Bezeichnung »Alsos«) zweifelsfrei nachgewiesen, daß Deutschland keine Atomwaffe besaß. Diese lebenswichtige Information wurde als »top secret« eingestuft. Das bedeutete tatsächlich, daß es gar keine Notwendigkeit mehr für den Bau der Bombe gab. Aber der militärische Leiter des Manhattan Projekts, General Leslie Groves, war von einer nagenden Angst besessen: Daß der Krieg beendet sein könnte, bevor seine Bombe fertiggestellt wäre. Selbst nachdem Deutschland schon kapituliert hatte, sagte Groves noch: »Wir dürfen keinen Tag verlieren«, denn es gab ja noch Japan. Zwischen den führenden Wissenschaftlern entzündete sich ein Streit. Einstein und Leo Zillard schickten ein Schreiben ans Weiße Haus, in dem sie verlangten, daß die Bombe nicht benutzt werde. Aber das Schreiben der beiden Wissenschaftler lag noch auf Roosevelts Schreibtisch, als er im April 1945 starb.

Die Zerstörung von Sprache, Gedankengut und Kultur war schon fortgeschritten. Das Wort »Bombe« wurde nicht benutzt. Offiziell war sie ein »Gerät«; und die erste Explosion sollte als »Dreieinigkeit« bezeichnet werden. Bei Erfolg wollte man diese. Bombe einen »Jungen«, bei Mißerfolg ein »Mädchen« nennen. Um nun die wachsende Kritik Einsteins, Zillards und anderer abzuwehren, die eventuell das Atomzeitalter hätten aufhalten können, ließ man Oppenheimer und seine engen Mitarbeiter im Manhattan Projekt als Werbesprecher auftreten. Im folgenden bemerkenswerten Propagandafilm spielen sie die letzten Minuten vor der ersten Test-Explosion.

J. Robert Oppenheimer: *Die automatische Kontrolle ist jetzt klar. Roby, diesmal geht es um die Wurst.*

Roby: *Es wird schon alles klar gehen, Robert, ich bin sicher, daß wir's nie zu bedauern haben.*

Lautsprecherstimme. *Minus 10 Sekunden. Minus 5 Sekunden. Null.*

Musik.- »In the Mood«

Unglaublich, man spielte Tanzmusik! Und im offiziellen Bericht an Präsident Truman stand: »Die Explosion war von unbeschreiblicher Schönheit, einer Schönheit, von der große Dichter träumen«. 21 Tage später startete das Flugzeug »Anola Gay« nach Hiroshima, obgleich die Amerikaner nach Entschlüsselung des japanischen Code gewußt hatten, daß der Krieg so gut wie vorüber war. Der militärische Geheimdienstchef Alfred McCormack sagte später: »Wir hatten heimlich ihre Häfen vermint, wir beherrschten ihren Luftraum.« Trotzdem wurde die Bombe abgeworfen. Wilfred Burchett, Korrespondent des »Daily Express«, erreichte als erster westlicher Journalist Hiroshima, nachdem 80.000 Menschen durch die erste Atombombe umgekommen waren.

Wilfred Burchett: *Ich hatte ja schon viele zerbombte Städte während des 2. Weltkrieges gesehen. Aber dies war einfach gespenstisch. Zuerst dachte ich, daß nichts übriggeblieben sei. Es sah so aus, als sei eine Stadt mit der Dampfwalze dem Erdboden gleich gemacht. Es gab aber keinen Schutt, wie es normalerweise der Fall ist. Da war nur Staub, pulverisierter Staub. Wo Ziegel gewesen waren, gab es nur noch roten Staub, und aus Beton war grauer Staub geworden. Mir kam es so vor, als gäbe es überhaupt keine Überlebenden, weil es da nur noch eine große Wüste gab.*

Burchett war allein unterwegs, während andere Reporter von Beamten für Öffentlichkeitsarbeit begleitet wurden. Opfer wurden gemieden, Krankenhäuser waren tabu.

Wilfred Burchett. *Eine Gruppe von Korrespondenten kam an, sie waren aus Washington eingeflogen, und man versicherte ihnen, daß sie die ersten Besucher Hiroshimas seien. Ich begegnete dieser Gruppe, und der zuständige PR-Beamte war wütend, daß es einen Reporter gab, der schon umhergewandert war. Der PR-Beamte hielt tatsächlich eine Pressekonferenz ab, eine Presse-Instruktion für seine Kollegen, in der Präfektur in Hiroshima. Erließ sich ausschließlich über den großen Erfolg der Bombe aus und über ihre Stärke. Er sprach über die physischen Auswirkungen der Bombe, doch keiner dieser Korrespondenten besuchte ein Krankenhaus, nicht einer von ihnen. Sie waren nicht interessiert, das heißt, sie waren angewiesen worden, sich nicht für das zu interessieren, was den Opfern tatsächlich zugestoßen war. Auf diese Weise wurde die Frage der atomaren Strahlenkrankheit total unterdrückt.*

Es überrascht nicht, daß Burchetts Geschichte öffentlich bestritten wurde. Denn 5 Jahre nach dem Abwurf der Bombe auf Hiroshima starben dreimal so viele Menschen wie am Tage der Explosion, die meisten von ihnen aufgrund von radioaktiver Strahlung. Wir im Westen bekamen immer nur die Zerstörung Hiroshimas zu sehen, Filme über die Opfer wurden unterdrückt. Ein Film wurde von japanischen Kameramännern in den wenigen in Betrieb befindlichen Krankenhäusern aufgenommen. Der japanische Film wurde konfisziert und nach Washington weitergeleitet. Dort wurde er als geheim eingestuft und 23 Jahre lang nicht zu öffentlichen Vorführungen freigegeben.

Wilfred Burchett: *Der stellvertretende Leiter des Krankenhauses, Doktor Katsubi, erklärte mir: »Wir wissen nicht, womit wir es zu tun haben. Die Leute kommen hierher, ihre Symptome sind Standardsymptome wie Schwindelgefühl, Appetitlosigkeit, starke Blutungen, innere Blutungen, Durchfall. Später sind sie mit Flecken übersät, und das Endstadium vor dem Tod ist Haarausfall, Nasenbluten, Bluten aus dem Mund, und die Symptome sind ähnlich denen, die es bei akutem Vitaminmangel gibt. Was wir zur Verfügung hatten, gaben wir ihnen. Wir fingen an, ihnen Vitaminspritzen zu geben, doch wo wir die Nadel einstachen, fing das Fleisch an zu verfaulen. «*

Das erste Ziel in Japan - so entschied ein geheimes Manhattan-Projekt-Komitee - sollte eines sein, daß von früheren Bombardierungen verschont geblieben war, so daß die Wirkung einer einzelnen Atombombe präzise kontrolliert werden konnte. Die offizielle Wahrheit: Die Bombe wurde eingesetzt, um den Krieg zu beenden. Die inoffizielle Wahrheit: Es war ein Experiment. In Tokio hielt das US-Militär eine Pressekonferenz ab, um Burchetts Geschichte über die neuen Gefahren von radioaktiver Verseuchung zu widerlegen.

Heute sterben sie in Japan immer noch. Zum Beispiel im Atombomben-Krankenhaus in Hiroshima, wo im letzten Jahr, wie in jedem Jahr, einige Tausend Menschen an Krebs starben, einer Krankheit, die von jener einen Bombe herrührt. 1945 war das Undenkbare vollzogen worden. Als Resultat ist vielleicht eine Viertelmillion Asiaten gestorben, oft einen langsamen und schrecklichen Tod. Das wirklich Undenkbare ist, daß es uns jetzt passieren könnte.

Filmszenen aus den USA und der Sowjetunion am Ende des Kriegs.

Dies war Amerika nach dem 2. Weltkrieg, siegreich und wohlhabend und unberührt vom Krieg. Dies war Rußland zur selben Zeit, siegreich und völlig zerstört. Die Vereinigten Staaten haben zwei Milliarden Dollar für die Entwicklung einer Atombomben-Industrie ausgegeben, die jetzt einen akzeptablen Namen bekommen hat: »Atome für den Frieden«. In der Sowjetunion hat der Wettlauf damit begonnen. Eine russische Bombe explodierte, und die Waffentechnologie beherrschte bald die amerikanische und die sowjetische Wirtschaft.

Die Rüstungsindustrie in Amerika sichert heute 22.000 Großbetrieben die Existenz. Neue Waffen unterstützen den endlosen Kreislauf von Wettbewerb und Profit. In der Sowjetunion stellt das Militär die modernste und anerkannteste nationale Einrichtung dar. Dafür müssen die meisten nationalen Ressourcen herhalten. In beiden Ländern verbindet die

öffentliche Meinung Atomwaffen und Weltraumtechnologie mit nationalem Prestige und Fortschritt.

Fümszene: Führung durch ein US-Raketen-Museum.

Fremdenführerin: *Hier auf dem Boden sehen Sie eine Poseidon-Rakete. Sie ist gerade von der Firma James Madison geliefert worden. Und diese hier wird durch die neue Trident ersetzt werden. Sie befindet sich gerade im Bau. Sie hat eine viel größere Reichweite als die Poseidon hier. Sie wird eine Reichweite von ungefähr 4.000 Meilen haben, glaube ich. Wenn Sie jetzt bitte hier herüber kommen wollen - ich möchte Ihnen zeigen, wie wir Menschen auf den Mond befördern.*

Dieser Prozeß der Konditionierung, durch den wir Atomwaffen und atomares Wettrüsten akzeptieren lernten, wurde durch eine Lüge hervorgerufen, genannt die Raketen-Lücke. Die Raketen-Lücke beherrschte die Schlagzeilen in den späten 50ern und 60ern, besonders nach dem Abschuß des russischen Sputnik im Oktober 1957, dem ersten Satelliten im Weltraum. Eine Hysterie überflutete die drei amerikanischen Militärverbände. Sie behaupteten, der Sputnik beweise, daß die Russen ihnen in der Raketentechnologie voraus seien. Aber dies war nicht wahr. Die bloße Idee einer Raketen-Lücke war lächerlich, Wie jeder amerikanische Wissenschaftler, der sich mit Raketen beschäftigte, heute zugibt. Dr. Herbert York, eine der Schlüsselfiguren in der frühen Entwicklung von Atomwaffen, in seinem Buch »Race to Oblivion«: »Bis 1955 war der Hauptkampf zwischen den Verteidigungsverbänden zu einem Machtkampf darüber geworden, wer die saftigsten und attraktivsten Rollen und Aufgaben bei Langstreckenraketen bekommen würde. Nachdem Sputnik gestartet worden war, erhoffte sich jeder der Verbände einen Vorteil von der öffentlichen Verwirrung und Bestürzung über diesen Sputnik.«

Herbert York: *Sputnik stellt nicht wirklich einen großen technologischen Vorsprung auf Seiten der Sowjets dar. Die beiden Basisprogramme, das heißt, das amerikanische Raketen- und Weltraumprogramm und das sowjetische Raketen- und Weltraumprogramm, waren ziemlich ausgewogen. Tatsächlich war das amerikanische Programm umfangreicher und in technologischer Hinsicht entwickelter, jedoch haben die Russen den ersten Satelliten abgeschossen. Dies zählte für den Mann auf der Straße. Detailliertere Fragen über den Stand der Entwicklung von Technologien beider Länder waren uninteressant für ihn.*

Als Folge hiervon begann ein beispielloses Raketenbauprogramm in den Vereinigten Staaten. Dieses Wettrüsten wurde durch Geheimdienst-Berichte vorangetrieben, in denen den Russen alle möglichen technologischen Wunder zugesprochen wurden, einschließlich eines unglaublichen atomgetriebenen Bombers. Um nochmals Dr. York zu zitieren: »Heute ist es ganz klar, daß ein solcher Atombomber in der Sowjetunion nie existiert hat. Solche Geschichten dienten einfach nur als Mittel zum Zweck. «

Admiral Gene La Roque von der US-Navy war Nummer 2 der strategischen Planungsabteilung im Pentagon. Das heißt, er war ein alter Atomstratege, bevor er als Admiral die Atomspezialeinheit im Mittelmeerraum kommandierte.

Admiral La Roque. *Wir waren der Sowjetunion in der Entwicklung jedes strategischen Waffensystems drei bis fünf Jahre voraus, und das, seit wir die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki entwickelt und gezündet haben und seit der Wasserstoffbombe. Wir hatten als erste die Interkontinental-Raketen, wir hatten den ersten Düsenbomber für den Bombentransport in die Sowjetunion, die ersten atomgetriebenen U-Boote, die ersten massiven Torpedos in unseren U-Booten. Wir hatten bereits 10 Jahre lang Mehrfachsprengköpfe, als die Russen mit ihren ersten Mehrfachsprengköpfen ankamen.*

Wenn Sie sagen, daß die Vereinigten Staaten der Sowjetunion drei bis fünf Jahre voraus sind, dann widerspricht das allem, was wir je vom Weißen Haus, von White Hall und von allen Regierungen gehört haben.

Admiral La Roque: *Sie müssen den Tatsachen ins Gesicht sehen. Wir haben mehr strategische Atomwaffen als die Sowjets. Wir haben heute 9.200, die Sowjets nach höchsten Schätzungen unserer Regierung 7. 000 strategische Atomwaffen. Wir haben eine Kapazität von ca. 4000 strategischen Bombern alles sehr schnelle Düsen*

Die Sowjets haben nur 140 strategische Bomber, und davon sind 100 noch alte Propellermaschinen. Die meisten unserer Atomwaffen befinden sich auf See, wo sie sicher sind. Wir besitzen 5. 000 Atomwaffen in unseren U-Booten, und 3.000 Atomwaffen befinden sich rund um die Sowjetunion, tagaus, tagein, das ist so seit 20 Jahren. Dagegen haben die Sowjets nur 1. 000 Atomwaffen in allen ihren U-Booten, rund 200 Atomwaffen vor der US-amerikanischen Küste. Unter jedem Kriterium, das man sich nur denken kann, sind die Vereinigten Staaten der Sowjetunion voraus. Und wir bauen weiter so, daß wir an der Spitze bleiben, ganz gleich, was die Sowjets tun werden.

Das Internationale Friedensforschungsinstitut in Stockholm genießt aufgrund seiner unparteiischen Analysen einen außerordentlich guten Ruf. In einem Bericht aus dem Jahre 1982 heißt es, daß Amerika Rußland um fünf Jahre voraus ist.

Filmszene aus dem 2. Weltkrieg. In Birmingham spricht Lord Beaverbrook.

Lord Beaverbrook: *Wir glauben an die russische Armee. Wir glauben an die Fachkompetenz der russischen Generäle. Und wir glauben an Stalins Führerschaft.*

Englischer Soldat: *Ich bin sehr sehr froh, Sie getroffen zu haben. Wirklich sehr froh.*

Russischer Soldat: *(antwortet auf russisch).*

Die offizielle Wahrheit, die Propaganda, hängt oft von dem Willen unserer Regierung ab, welches Volk wir als unseren Feind betrachten sollen, damit sie ihre eigene Außenpolitik rechtfertigen kann. Lord Beaverbrook machte das klar, als er zu Kriegszeiten Minister unter Churchill war: Die Russen waren damals gute Russen.

Nehmen wir zum Beispiel jetzt einmal die Deutschen. Sie waren schlechte Deutsche, obgleich sie die gleichen Leute waren wie Willy Brandts gute Westdeutsche, die Tür an Tür mit ihren kommunistischen Landsleuten lebten, die wiederum offiziell schlechte Deutsche sind. Dies mag lächerlich scheinen, und das ist es auch. Aber es ist nun einmal lebenswichtig, uns so zu konditionieren, daß wir eine ganze Nation fürchten, ihr mißtrauen und sie als Bedrohung ansehen.

Erinnern Sie sich einmal an die schlechten Chinesen, die Roten Garden, die Gelbe Gefahr. Waren sie nicht damals die Verkörperung der bösen Bedrohung - und was sind sie heute? Heute sind sie die guten Chinesen. Als ich 1977 das letztemal in der Sowjetunion war, interviewte ich eine Reihe von sogenannten Dissidenten, von Leuten also, die es wagten, in einem Polizeistaat die Wahrheit zu sagen. Einfache Demokraten, so mag man sie nennen, wie zum Beispiel die mutige Valodga Schlepak, die jetzt im Gefängnis sitzt, oder Irena Ginsberg, die jetzt mit ihrem Mann, Alexander Ginsberg, im Westen lebt. Von diesen Leuten lernte ich folgendes:

Wenn internationale Spannung nachläßt, also während der Entspannung, fällt es der sowjetischen Bürokratie schwerer, offene Unterdrückung zu rechtfertigen. Das Resultat ist ein Dialog über Krieg und Frieden. Der Dialog findet in einem Land statt, das stets daran denken muß, daß 22 Millionen seiner Menschen im letzten Krieg gestorben sind. Irgendwann findet dieser Dialog ein Echo in der sowjetischen Führung. Bei der großen Belastung durch Militärausgaben und aufgrund der Unfähigkeit, das eigene Volk ohne importiertes Getreide aus den USA zu ernähren, gewinnen reformerische Elemente während der Entspannungszeit an Einfluß. Das Ergebnis waren zum Beispiel ein partieller Atom-Test-Sperrvertrag und eine Begrenzung strategischer Waffen. Aber wenn der Westen seine Raketen ins Spiel bringt, gibt es weder einen Dialog noch ein Echo, sondern nur den Belagerungszustand, nur Gefahr.

In den 50er Jahren, auf der Höhe des Kalten Krieges, sagte John Foster Dulles, der damalige amerikanische Außenminister: »Um den Menschen die Last erträglich zu machen, müssen wir eine emotionale Atmosphäre schaffen, die ähnlich ist, wie das Gefühl des Kriegszustandes. Wir müssen das Phantom einer äußeren Gefahr schaffen.« Die Manipulation von Daten und Ereignissen, bekannt als »Desinformation«, ist eine Möglichkeit, dieses Gefühl hervorzurufen.

Interview mit Dan Smith, Sprecher der Anti-Atom-Bewegung, und Joan Ruddock, Sprecherin der Bürgerinitiative von Greenham Common, wo Cruise Missiles stationiert werden sollen:

Dan Smith: *Wenn man eine Erklärung des amerikanischen Verteidigungsministers über die Anzahl von sowjetischen Divisionen in Ost-Europa liest, nimmt man das wahrscheinlich für bare Münze. Und wenn man eine im selben Monat herausgegebene Erklärung des Vorsitzenden des amerikanischen Militärführungsstabes über die Anzahl der sowjetischen Divisionen in Ost-Europa liest, nimmt man das wahrscheinlich für bare Münze. Wenn man aber herausfindet, daß der Verteidigungsminister behauptet hat, es handelt sich um 31 sowjetische Divisionen, und der Vorsitzende des amerikanischen Militärführungsstabes gibt 27 an, dann wird einem klar, daß es gar keine übereinstimmenden Faktoren gibt.*

Kann man dies alles denn den Schaubildern entnehmen, in denen die Panzer gegeneinander aufgelistet sind? Was hat man ausgelassen?

Dan Smith: *Das Alter der Panzer, zum Beispiel. Einige der Warschauer-Pakt-Panzer sind fast 30 Jahre alt, also viel älter als die NA TO-Panzer.*

Heißt das, sie sind nicht so tauglich?

Dan Smith: *Ja, das stimmt. Sie sind nicht so tauglich. Sie brechen leichter zusammen. Sie haben nicht so starke Kanonen. Ihre Kanonen sind auch nicht so genau. Sie können auch nicht während der Fahrt feuern. Auch die Panzer-Abwehrwaffen werden ausgelassen. Die NA TO besitzt ca. 114 Million Panzer-Abwehrwaffen. Sie hat außerdem zahlreiche andere Waffensysteme, mit denen Panzer auf ganz außergewöhnliche und ziemlich effektive Art und Weise zerstört werden können. Wenn man sich also den Vergleich von Panzern ansieht, ergibt sich schon die erste Frage: Sind das überhaupt Fakten? Nehmen wir zum Beispiel einmal die Anzahl der Panzer. Eigentlich liegt hier schon eine Halbwahrheit, weil man auf jeden Fall die Anzahl der Panzer-Abwehrwaffen mit in diesen Vergleich hineinbringen muß. Ja, und von Halbwahrheiten geht man weiter zu Verzerrungen, und von Verzerrungen geht's weiter bis zu richtigen Lügen.*

1979 beschloß ein Geheimkomitee der NATO, 572 amerikanische Marschflugkörper und Pershing Raketen in Europa zu stationieren. 160 davon sollten nach Großbritannien, die meisten nach Greenham Common, in der Nähe von Newbury. Nach offiziellen Angaben sollten die Marschflugkörper das Gegengewicht zu den russischen SS 20 Raketen darstellen, die

auf Westeuropa gerichtet sind. Die inoffizielle Wahrheit lautet, daß die Marschflugkörper für einen Atomkrieg in Europa entworfen worden sind und durch die Vereinigten Staaten kontrolliert werden sollen. Das Parlament wurde nie hinzugezogen, auch nicht die dort tätigen Leute, die diese Broschüre des Verteidigungsministeriums erhalten hatten.

Der Film zeigt die offizielle Broschüre »Cruise Missile«.

Joan Ruddock: *Das nennt man argumentative Verkaufstechnik für Atomwaffen.*

Francis Pym, der damalige Verteidigungsminister, versicherte im Januar 1980 den Leuten, die in der Nähe der Basen lebten, daß die Marschflugkörper in keiner Weise Gefahr bergen. Aus der Luft kann man allerdings ganz klar sehen, wie dicht die Gefahr sein könnte. Im September 1980 wurde eine zivile Verteidigungsübung durchgeführt die auf dem basierte, was der britische Geheimdienst sich unter einem atomaren Angriff vorstellt. Die ersten drei Atombomben fielen hier. Greenham Common und Newbury wurden ausgelöscht.

Dan Smith: *Mir fiel zuerst der Untertitel auf.- »Ein wesentlicher Teil der Lebensversicherung des Westens«. Und mir wurde plötzlich klar, daß man mir eine Lebensversicherungspolice verkaufen wollte. Ich glaube, hier kann man nur das tun, was man auch mit jeder anderen Werbung tun würde. Man denkt sorgfältig darüber nach, ob man überhaupt eine Lebensversicherungspolice kaufen will. Vor allem fängt man an, intensive Fragen zu stellen und die ganze Angelegenheit von allen Seiten zu beleuchten. Zum Beispiel lautet die Überschrift: »Das Gleichgewicht der landgestützten atomaren Langstreckenwaffen«. Ich möchte wissen, warum nur von landgestützten Streitkräften die Rede ist. Großbritannien hat seine Polaris-U-Boote. Die Franzosen verfügen über ihre U-Boot-Raketen. Die Amerikaner haben 40 bis 45 Raketen bereitgestellt, die 400 Sprengköpfe zur Verwendung durch die NA TO umfassen. Die gehören ebenfalls in diese Kategorie.*

Joan Ruddock: *Nun, ich glaube, das ist alles ganz einfach. Man erwartet, daß der normale Bürger sich diese hohen rosa Blöcke ansieht, die UdSSR, und die niedrigen blauen Blöcke, die NATO, und dann zu dem Schluß kommt, daß die NATO meilenweit hinter der UdSSR zurückliegt. Aber hier handelt es sich ja nur um eine Kategorie von Waffen. Und somit ist dies eine außerordentlich unehrliche Darstellung.*

Dan Smith: *Und wenn ich mir ansehe, daß man sich auf der NA TO-Seite nur auf zwei Flugzeugtypen bezieht, während in West-Europa tatsächlich ein halbes Dutzend Typen zum Abwurf von Atomwaffen auf die Sowjetunion vorhanden sind, dann handelt es sich hier doch wohl um eine absolut nutzlose Werbung. Ich halte dies für ziemlich miese Propaganda.*

In der Broschüre heißt es weiter: »Atomwaffen werden schon seit vielen Jahren in diesem Land gelagert. Und zu keiner Zeit ist eine davon in einen Unfall verwickelt worden. «Im Juli 1956 stürzte eine amerikanische B 47 auf ein Atomwaffenlager in Lakenheath in Suffolk. Die Straßen waren verstopft mit Menschen, die in Panik den Stützpunkt verließen. Präsident Eisenhower befahl einen sofortigen Nachrichtenstop über Atomwaffenunfälle.

Admiral Gene La Roque. *Wir können die Cruise Missiles in den Vereinigten Staaten nicht benutzen. Wir können die landgestützten Marschflugkörper nur in Europa einsetzen. Der 1. Weltkrieg wurde in Europa ausgetragen. Den 2. Weltkrieg haben wir in Europa ausgetragen. Und die meisten Amerikaner würden den 3. Weltkrieg ebenfalls lieber in Europa austragen, wenn es schon einen weiteren Weltkrieg geben sollte.*

Die USA haben seit vielen Jahren, genauer gesagt seitdem 2. Weltkrieg, ein Konzept der vorgeschobenen Stützpunkte. Wir wollen dieses System in Großbritannien, Europa, Südeuropa, überall, beibehalten. Wenn wir dann tatsächlich in einen Krieg mit den Sowjets hineingezogen werden, können wir den Krieg dort und nicht in den Vereinigten Staaten austragen.

Großbritannien hat mehr ausländische Stützpunkte auf seinem Boden als die meisten Länder, und alles sind amerikanische Stützpunkte. Nach britischen und sowjetischen Informationen sind viele davon sowjetische Atomangriffsziele. Zum Schutz des amerikanischen Personals vor radioaktivem Staub sind die Wände in Lakenheath zwei Fuß dick, versehen mit speziellen Luftfiltern. Kaum einer dieser amerikanischen Stützpunkte ist direkt für die Verteidigung Großbritanniens da. Sie dienen einzig und allein dazu, Amerikas Fronten zu versorgen.

Nun wollen wir ein neues Fernseh-Spiel spielen. Es nennt sich: »Sucht die fehlenden Stützpunkte«. Bob Cryer, Parlamentsmitglied der Labour Party, bat im Juni 1980 den damaligen Verteidigungsminister Francis Pym um eine vollständige Liste der amerikanischen Stützpunkte in Großbritannien. Mister Pym nannte ein ganzes Dutzend. Unser Punktestand ist also 12. Aber, so fügte er hinzu, es gebe da noch einige Lager, Nachschubdienste, Fernmeldeeinrichtungen. Daraufhin wurde Mister Pym einen Monat später gebeten, diese zusätzlichen Stützpunkte aufzulisten, und mit einemmal wurde aus dem Dutzend die Zahl 53. Dann einen Monat später, bat man Mister Pym, alle Auslassungen in seinen beiden früheren Aufstellungen nachzuliefern. Nun, da gab es dann noch drei weitere Stützpunkte, einschließlich, zufälligerweise, des größten amerikanischen Unterwasserspionagestützpunktes. Es ist der größte der Welt. Das ergibt 56. Aber das war noch nicht alles. Der Journalist Duncan Campbell vom »New Statesman« fand heraus, daß es noch weitere 47 Stützpunkte gibt. Das macht dann 103. Und das ist ein weiter Weg von den 12 Stützpunkten, die Mister Pym genannt hat.

Gezeigt wird Fylingdales Frühwarnstützpunkt in Yorkshire, wo das Training für eine Frühwarnung vor einem Atomangriff stattfindet. Dreimal die Woche findet hier ein Spiel statt, das die Leute in Fylingdales die »All Singing, All DancingShow« nennen. Wenn das Spiel Wirklichkeit wäre, würde genau jetzt in acht Minuten die erste Atombombe auf Großbritannien fallen.

Noch fünf Minuten bis zum Einschlag. Jetzt ist es nur noch eine Minute bis zum Aufschlag. Ein Kind aus Hiroshima schrieb: »Es war ein schöner Tag, ich spielte draußen als ich plötzlich einen Blitz sah. Oberall brach Feuer aus. Unser Haus und das Tor waren runtergebrannt, bevor ich es überhaupt richtig gewahr wurde. Dann liefen wir unter eine Brücke. Dort waren ganz viele Leute. Sie starben an Verbrennungen. Als ich zurückkam, war mein Vater tot. Ein paar Tage später starb meine Mutter auch. Meine Schwester und ich weinten still vor uns hin.«

Ein Schaubild, entstanden nach dem Buch »London nach der Bombe«, zeigt sekundengenau, wie London zerstört würde. Gleich nach der Detonation wird ein Lichtblitz jeden erblinden lassen, der ihn ansieht. Innerhalb von drei Sekunden werden die Kleider verbrennen. Die unbekleidete Haut wird schwarz. Innerhalb von zwölf Sekunden wird der Wind bis zu 200 Meilen Geschwindigkeit erreichen. Autos werden wie Spielzeuge durcheinandergewirbelt werden und Menschen wie Puppen. Überlebende werden erdrückt oder in ihren Häusern eingesperrt sein. In einer Entfernung bis zu acht Meilen werden Menschen erblinden und Verbrennungen zweiten Grades erleiden. Dies ist die Wirkung einer Bombe von nur einer Megatonne. Es wurde berechnet, daß eine so kleine Bombe einen so großen Krater verursachen kann, der zehn Wembley-Stadien verschlucken würde. Natürlich dienen uns als einziger Nachweis die Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki.

Japanisches Opfer *Die ganze Stadt brannte. Die Gesichter waren so schwer verbrannt, daß es unmöglich war zu unterscheiden, ob es sich um Männer oder Frauen handelte.*

Zweites Opfer: *Ich bemerkte, wie mein Gesicht anschwoll, es wurde so groß, daß ich nicht sehen konnte, meine Hände schwollen an wie Ballons. Ich konnte nichts greifen, ich konnte nicht nach den Kindern greifen.*

Drittes Opfer: *Wir suchten nach überlebenden, zerrten sie aus den Trümmern, aber ihre Haut war so schlimm verbrannt, daß sie tatsächlich geschmolzen war. Gliedmaßen glitten uns unter den Händen weg.*

Der Atomkrieg wird das große Geschäft, mit absoluten Wachstumschancen. Man bekommt heute schon Bausparkassenhypotheken für Luftschutzräume gegen radioaktiven Niederschlag. Leider gibt es keine Garantie dafür, daß sie wirksam sind. Natürlich benötigen einige Leute keine Hypothek, weil wir ihnen die Luftschutzräume bereits bezahlt haben.

Unter diesen Wohnungen in Süd-London befindet sich ein Atombunker, der typisch ist für gemütliche Bunker in ganz Großbritannien. Er ist aber nicht gebaut für die Benutzung durch Leute, die in diesen Wohnungen leben. Die Wohnungen werden bei einem Atomangriff zusammenbrechen. Selbstverständlich ist der Bunker so entworfen worden, daß er nicht zusammenbricht. Er ist nur für die Polizei, für das Militär und Angestellte des öffentlichen Diensts.

Die von der Regierung herausgegebenen Zivilen Verteidigungspläne, genannt »Schützen und Überleben«, raten uns, die Hähne in unseren Toiletten festzukleben, eine Menge Dosensuppen einzukaufen und unseren Kopf in eine Tüte zu stecken. Ein Atomkrieg hört sich genauso lustig an wie Weihnachten eingeschneit zu werden. Jedoch gibt es keine Evakuierungspläne. Das bedeutet, daß der größte Teil der Bevölkerung geopfert und daß das Establishment das Volk überleben wird. Der Zynismus, der hierin liegt, wird zweifellos in Asche zerfallen, wenn die ersten drei Megatonnen-Bomben auf London niedergehen. Was hier jedoch sichtbar wird, ist, daß zivile Verteidigung nur ein Propagandawort ist, und daß das wahre Ziel darin besteht, daß man uns auf den Krieg vorbereiten will.

Kommentar aus einem Zivilschutz-Fibn des Britischen Innenministeriums:

Bleiben Sie, wo Sie sind. Wenn Sie ihre Wohnung verlassen, können die örtlichen Behörden diese beschlagnahmen und wohnungslosen Familien zuweisen. Denn wenn Sie umziehen, können Ihnen die Behörden am neuen Ort nicht helfen, weder bei der Nahrungs- noch beider Wohnungsbeschaffung oder anderen Notwendigkeiten. Sie sind besser dran, wenn Sie in Ihrer eigenen Wohnung bleiben. Bleiben Sie dort.

Ein Rundschreiben des Innenministeriums an örtliche Behörden besagt, daß das erste Ziel ziviler Verteidigung die Kontrolle öffentlicher Unzufriedenheit sei. Bei einem nahe bevorstehenden Atomangriff wird das Kabinett dem Befehl Nummer 2 der Königin zustimmen: Der Auflösung von Parlament und Demokratie. In der Polizeianweisung für Heimatverteidigung - ein Geheimdokument - liegt die Priorität vor einem Angriff auf »Behinderung oder Verbot der Bewegung aller subversiven oder potentiell subversiven Menschen«. Letzter Punkt auf der Liste ist der Rat, wie die übrige Bevölkerung überleben kann.

Dies hier ist ein Handbuch der Taktiken für Landschlachten der britischen Streitkräfte aus dem Jahre 1960. Auf Seite 12 steht folgendes: »Atomwaffen verschiedener Stärke werden in großen aber nicht unbegrenzten Zahlen verwendet werden«.

Mit anderen Worten: Die Planung für einen begrenzten Atomkrieg in Europa begann mindestens schon vor 22 Jahren.

Aber hat man uns nicht glauben lassen, daß ein Atomkrieg als eine praktische militärische Lösung erst eine jüngere Entwicklung ist? Und hat es je eine Debatte im Parlament oder in der Presse dazu gegeben? Nein, hat es nicht. Es heißt hier: »Geheim. Der Inhalt dieses Dokuments darf weder direkt noch indirekt an die Presse oder an irgendeine unbefugte Person weitergegeben werden.« Und dies gilt für fast jeden, außer natürlich für die Generäle, die jeden Herbst Krieg spielen.

Filmszenen von den Herbstmanövern der NATO 1981 in der Bundesrepublik:

NATO-Oberbefehlshaber General Rogers vor Soldaten: *Sie sind die Feuerwehr der NATO. Sie müssen bereit sein, sich kurzfristig zu sammeln und sich an alle Flanken zu begeben. Sie haben in schwierigen Zeiten wachsender Spannung als die gemeinsame Abschreckungsstreitmacht unserer Allianz zu handeln. Wenn Sie und Ihre Kameraden von Ihren Stützpunkten zurückkehren, sollten Sie mit Stolz zurückblicken können. Mit Stolz auf Ihre Leistung, mit Stolz auf die Errungenschaften Ihrer Einheit und mit Stolz, daß Sie und die Militäruniform Ihres Landes der höchsten Sache gedient haben - der Erhaltung von Frieden und Freiheit für Ihre Landsleute. Viel Glück, Männer, ich wünsche Ihnen eine gute und sichere Übung.*

Willkommen auf dem einheitlichen Schlachtfeld, dem neuen verbesserten Kriegskonzept. Wenn Sie jetzt nicht wissen, was das bedeutet, so kann ich nur sagen: ich auch nicht. Gemäß den Militärs muß es das Schlachtfeld in Deutschland sein, wo ein begrenzter atomarer und chemischer Krieg zur Zeit ausgefochten wird. Und denken Sie daran, es ist nur ein begrenzter Atomkrieg. Natürlich ist der Feind dieses schlimme Nicht-Volk, die Russen, und dazu gehören die Warschauer-Pakt-Verbündeten einschließlich der schlechten Deutschen. Sie werden in diesem Krieg als die orangen Streitkräfte bezeichnet. Auf unserer Seite sind die Amerikaner und ihre NATO-Verbündeten, einschließlich der Briten und der guten Deutschen. Diese nennt man die blauen Streitkräfte.

In diesem begrenzten Atomkrieg hat man die **schrecklichen, altmodischen Begriffe wie Tod und Zerstörung über Bord ge**worfen, und zwar zur rechten Zeit. Schreckliche Bomben sind jetzt »Systeme«, Soldaten sind »menschliche Aktivposten«, Zivilisten - das sind die unschuldigen Zuschauer - nennt man jetzt »Unterstützungsstruktur«. Tote Zivilisten - stets ein sehr gefühlserregender Begriff - wurden ersetzt durch »zusätzlicher Schaden«, ein alter Lieblingsbegriff aus Vietnam.

Heute morgen wurden die atomaren und chemischen Systeme ohne Unterschied aktiviert, das heißt, sie wurden reibungslos abgeschossen. Alle menschlichen Aktivposten, das sind die Soldaten, zogen ihre Schutzanzüge an, genannt »noddy suits«. Dies ist ein weiterer militärischer Begriff. Leider waren für die Unterstützungsstruktur, das sind die Zivilisten, keine »noddy suits« verfügbar.

Die letzten Punktzahlen in diesem begrenzten Atomkrieg liegen noch nicht vor, aber es sieht so aus, als hätte unsere Seite gewonnen. Womit bewiesen ist, daß ein Atomkrieg geführt werden kann und auf Europa begrenzbar ist. Glücklicherweise ist alles ein Spiel, ein NATO-Kriegsspiel, aber solche Atomspiele werden regelmäßig in Europa gespielt. Sie sind entmenschlichte Proben für die Art von begrenztem Atomkrieg, wie er im Dezember 1979 von der NATO gebilligt wurde, als beschlossen worden war, amerikanisch kontrollierte Marschflugkörper und Pershing-Raketen zu akzeptieren. Das Undenkbare ist jetzt das Geplante und das Geübte.

Ein Mittel, um Sie, die Öffentlichkeit, dahingehend zu konditionieren, daß Sie ein nukleares Wettrüsten akzeptieren, sind Geheimhaltung und Doppelzüngigkeit. Das heißt, die Regierung erzählt Ihnen eine Sache, und genau das Gegenteil geschieht heimlich. Als 1974 die Labour-Party wieder an die Macht kam, beinhaltete ihr Manifest ganz klar einen Punkt: »Wir haben«, hieß es darin, »auf jede Absicht verzichtet, in eine neue Generation strategischer Atomwaffen einzusteigen«. Als Mister Callaghan Premierminister wurde, versprach er tatsächlich eine umfassende und informative Debatte über Atomwaffen.

Im Jahre 1978 fand eine Reihe von außergewöhnlichen Treffen im Kabinett in White Hall statt. Diese Treffen wurden von Mister Callaghan einberufen. Teilnehmer waren Außenminister David Owen, Finanzminister Dennis Healy, Verteidigungsminister Fred Mulley und höhere Staatsbeamte des Außen- und des Verteidigungsministeriums. Das Parlament wußte nichts von diesen Treffen. Die übrigen Kabinettsmitglieder ebenfalls nicht. So geheim war dieses Komitee, daß es weder einen Namen noch eine Nummer trug. Es fällte die Entscheidung, eine Milliarde Pfund für eine massive Erhöhung des britischen Atomwaffenarsenals auszugeben. Man nannte das »The Chevaline Programme«. Diese Milliarde Pfund verschwand spurlos imEtat, und niemand fragte danach. Natürlich wußte die Bevölkerung auch nichts darüber.

Szenen aus einem Propagandafilm des US-Verteidigungsministeriums über die neue Trident-Atomrakete:

Filmkommentar: *Trident One, eine neue kraftvolle dreistufige Rakete, mit einer Reichweite von 4.000 Seemeilen sowie Mehrfachsprengkörpern für weit auseinanderliegende Ziele.*

Großbritanniens neue, sogenannte unabhängige Abschreckungsmittel entstanden aus dem Chevaline Programme. Sie basierten auf der amerikanischen Trident-Rakete. Wie die Marschflugkörper ist die Trident keine atomare Abwehrwaffe. Sie ist eine Angriffswaffe. Die Trident wird ungefähr acht Milliarden Pfund kosten. Der Beamte des Verteidigungsministeriums, der mich informierte, sagte: »Mit Trident kriegt man mehr fürs Geld.« In den achtziger Jahren kann die Sowjetunion sich nicht mehr selbst ernähren. in den Vereinigten Staaten beträgt die Arbeitslosigkeit in Städten wie Detroit und in den schwarzen Gettos mehr als die Hälfte der Erwachsenenbevölkerung. Unterernährung wird jetzt offiziell als Krankheit anerkannt. In Großbritannien werden viele Menschen dieser Generation vielleicht niemals Arbeit finden, und die Schließung von Krankenhäusern und Schulen ist längst keine Neuigkeit mehr. Mit dem Besitz von Nuklearwaffen bekommt man 1980 »mehr für sein Geld«.

Admiral Gene La Roque: *Ich glaube, wenn Großbritannien keine Atomwaffen hätte, wäre es in einer viel stärkeren Verhandlungsposition. Jetzt ist es ein gefesselter Anhang zu den amerikanischen und anderen strategischen Waffensystemen, ein kleiner Anhang in der gesamten atomaren Maschinerie der Vereinigten Staaten.*

Im November 1981 enthüllte der amerikanische Außenminister Alexander Haig einen NATO-Plan, wonach ein atomarer Warnschuß in Zeiten von Spannungen abgegeben werden solle. Bei NATO-Übungen im Jahre 1977 gab General Haig, der damals Oberkommandeur war, den Befehl zu einem ersten Atomwaffenangriff. Nur eine Trockenübung, versteht sich.

17. August 1982: Die Zeitung »The Guardian« berichtet, daß das Pentagon einen allumfassenden strategischen Plan fertiggestellt habe, der die Vereinigten Staaten in die Lage versetzt, einen langwierigen Atomkrieg zu gewinnen. 23. August: Verteidigungsminister Caspar Weinberger schreibt an die verschiedenen Zeitungen und beklagt sich, daß die Medien die amerikanischen Kriegspläne völlig falsch verstanden hätten.

Mister Weinberger schrieb: »Die Politik atomarer Abschreckung wurde durch politische Entscheidungsprozesse der demokratischen Nationen bestätigt, die hierdurch seit 195Ö beschützt werden.« Dies ist ein schönes Beispiel offizieller Wahrheit. Sie gibt vor, daß die Atompolitik des Westens aus ganz normalen demokratischen Prüfungen und Prozessen hervorgegangen ist, während diese Politik tatsächlich unter äußerster Geheimhaltung ausgearbeitet worden ist. Typisch für diese Geheimhaltung ist die Anweisung für Pläne, einen ausgedehnten Atomkrieg zu führen. Dieses sei, so der Bericht im »Guardian«, Teil eines Dokuments vom Herbst 1981, eine Entscheidung der Staatssicherheitsbehörde mit äußerstem Geheimhaltungscharakter. Präsident Reagans strategische Doktrin geht so weit, einen Atomkrieg als praktische Lösung zu akzeptieren. Seine Doktrin hat ausdrücklich zum Ziel, einen ausgedehnten Atomkrieg zu gewinnen.

Admiral Gene La Roque., *Die Entscheidung, in Europa Atomwaffen einzusetzen, ist allein eine US-amerikanische Entscheidung. Eines der in Europa am weitesten verbreiteten Märchen ist, die NATO-Länder, Kanzler Schmidt oder Premierministerin Thatcher hätten darüber mitzubestimmen, ob die USA Atomwaffen einsetzten oder nicht. Sie haben nicht mitzubestimmen. Wir können sie natürlich alle konsultieren, und wir. können vielleicht einen Rat annehmen oder auch nicht, aber wenn wir beschließen, Atomwaffen einzusetzen, dann gibt es niemanden in Europa, der uns daran hindern kann.*

Filmszenen - ein Mann schreit...

Dieses sind Bilder aus einem BBC-Film mit dem Titel »Das Kriegsspiel«. Der Film wurde 1965 gemacht und für das Fernsehen verboten. Fast die gesamte Presse unterstützte den offiziellen Grund für das Verbot: Der Film sei zu schrecklich. Die inoffizielle Wahrheit enthüllte ein Brief von Lord Normanbrook, der damals Vorsitzender der BBC-Leitung war. Er schrieb, daß das »Kriegsspiel« im Fernsehen womöglich bedeutende Auswirkungen auf die öffentliche Haltung gegenüber der Politik atomarer Abschreckung haben könnte. Viele Jahre danach schleppte sich die Atomdebatte nur so dahin. Aber in diesem Jahr haben die größten Friedensdemonstrationen seit dem 2. Weltkrieg in Europa und in den Vereinigten Staaten stattgefunden. Im letzten Juni hat fast eine Million Menschen New York verändert. Eine Umfrage besagt, daß 72 Prozent aller Amerikaner einen Atomwaffenstop wollen. Diejenigen, die europäische Atomwaffengegner als anti-amerikanisch bezeichnen, müssen jetzt dieselbe Anklage gegen Millionen von Amerikanern erheben.

Paul Warnke war einer der ranghöchsten Unterhändler bei den SALT-Gesprächen (Strategic Arms Limitation Talks). Herr Warnke, Sie gehören zu denen, die eine lange Zeit mit den Russen verhandelt haben. Können Sie uns einen Eindruck geben über das, was die russische Führung denkt?

Paul Warnke. *Ich glaube, daß sie sehr daran interessiert ist, Atomwaffen zu kontrollieren. Nicht aufgrund von Menschenfreundlichkeit oder ähnlichem, sondern weil sie selber wirklich Angst vor einem Atomkrieg hat. Tatsächlich ist es so, daß für sie ein Atomkrieg wahrscheinlich eine realistischere Bedrohung und Gefahr ist als für uns.*

Warum ist das so?

Paul Warnke. *Nun, einmal deshalb, weil es eine Tatsache ist, daß auf amerikanischem Territorium Militäraktionen bereits 120 Jahre zurückliegen. Und damals standen Amerikaner gegen Amerikaner mit Musketen und Kanonen, während die Russen die Hauptopfer des 2. Weltkriegs waren.*

Sowjetische Annäherungsversuche an uns werden ohne Unterschied immer als Propaganda beschrieben. Glauben wir ihnen, oder sind sie meistens tatsächlich Propaganda? Wie sehen Sie das?

Paul Warnke: *Meiner Meinung nach müssen wir eben herausfinden, ob die Vorschläge ernst sind oder nicht. Wenn es sich um einen Bluff handelt, müssen wir's auch so benennen. Es kann sich aber auch ebensogut herausstellen, daß es sich nicht um einen Bluff handelt.*

Will denn die US-Regierung wirklich verhandeln?

Paul Warnke: *Sicherlich gibt es einige in der heutigen Regierung, die wahrhaftig ernste und wirkungsvolle Rüstungskontrollverhandlungen wollen. Bedauerlicherweise gibt es andere, die denken, daß es eine Zeitverschwendung sei, und daß unsere einzige Möglichkeit darin liegt, die Sowjets durch Wettrüsten niederzuringen. Nun, ich kenne keinen ernsthaften Kenner der Sowjetunion oder der russischen Geschichte, der daran glaubt, daß dies eintreten könnte. Die Russen werden alles tun, was nötig ist, um Schritt zu halten. Damit ist der Wettlauf um strategische Überlegenheit ein Rezept für die Katastrophe. Wir werden entweder bankrott gehen oder ausgelöscht werden.*

Übersetzung: Liane Uecker

Konkret 05/83, S. 58

Horst Tomayer

Wunderwasser

Weil ein Thema hermußte, riefen zwei »Bild«-Papierschinder ein Wallfahrtsbrünnlein zur »Wunderquelle« aus. Und Hunderttausende strömten hin.

Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde und Ranschbach an der südlichen Weinstraße, im französischen Zonenrandgebiet, einen Kanonenschuß entfernt von der US-Besatzerstadt Landau. Und Ranschbach war ein Flecken mit gut sechshundert Seelen; die das Wahlalter hatten, kreuzten die Schwarzen an. War ausgezählt, war kein Roter darunter, nur ein Dutzend Grüne, und die Sozis sahen alt aus. Auf zwei Ranschbacher Nasen kam ein Hektar Rebenacker und die Ranschbacher hießen die Lage »Seligmacher«, denn außerhalb der Gemarkung in den Wäldern springt ein Wasser aus dem Berg seit Menschengedenken. Und dieser einst Keltenkehlen erfrischende, dann dem Marien-Ritus geweihte Quell ist benannt »Zu unserer Lieben Frau von Kaltenbrunn«.

Und der Gemeinde- Ruhm hielt sich in deren Grenzen und gedieh vom Ruf ihres Weins.

Im Herbst '81 durchschreitet Gerhard Ritter, Autor des Zürcher Verdämlichungsverlags Ferenczy, für die im Hamburger Pressehaus Bauer erscheinende Illustrierte »Neue Revue« jene Grauzone, »wo die Kunst der Ärzte endet«. Ritter klopft auch in Baden-Baden beim. Handaufleger und »Magnetopathen« Otto Ferdinand Schaber an. Der lokalisiert die Leiden seiner Patienten mit der Wünschelrute und therapiert anschließend, egal ob Asthma, Migräne oder Stottern, durch Handauflegen, alias Übertragung »neuer Energie auf kranke Zellen«.

In Schabers Klientenkartei ist der betagte und pensionierte Pfarrer Josef Keiser, der sich seit mehreren Jahren im pfälzischen Ranschbach um die Wallfahrtsstätte »Zu unserer Lieben Frau von Kaltenbrunn« kümmert. Als Schaber ihn auf heilmagnetische Weise vom Hodenkrebs kuriert hat, kommt Keiser die Idee: »Wenn Sie diese Kraft, diese Energie, die mich geheilt hat, auch auf unsere Quelle übertragen könnten, dann würden vielleicht noch sehr viel mehr Menschen mit Hilfe des Wassers gesund werden.«

Der Magnetopath »weiß selbst nicht so recht, was er von dem Vorschlag halten soll«, berichtet Ritter, »aber er sagt zu.« Er nimmt seine Wünschelrute, läuft stundenlang mutterseelenallein durch die Ranschbacher Wiesen und Wälder. Dort, wo er den unterirdischen Zufluß der Kaltenbrunner vermutet.

Als der »Revue»-Ritter den Wallfahrts-Keiser in Ranschbach aufsucht, erzählt der begeistert, wie's mit der Besucherfrequenz seither aufwärtsgegangen ist: »Früher zählten wir an einem Sonntag vielleicht zwei, drei Leute an der Quelle. Heute, nach dem Besuch von Herrn Schrader, nachdem er das Wasser 'aufgeladen' hat, sind es an einem Wochenende ein paar Hundert.« Und die Leute werden geheilt, in einem Maße wie nie zuvor: Zum Beispiel Rentner N., der durch Besprenkeln seiner Rückenpartie mit Kaltenbrunner Quell vom Bandscheibenhorror genas und seitdem »wieder laufen kann wie ein Hase«. Oder der heute sechzehnjährige Schüler Ulrich L. aus Ranschbach, der Ende '79 nach einem Turnunfall mit Gehirnblutung und Sehstörung in die Klinik kommt. Seine tiefreligiösen Eltern hinterlegen bei Keiser diese Aussage: »Während seines Aufenthaltes in der Klinik gaben wir ihm laufend Wasser vom Kaltenbrunnen zu trinken, verbunden mit Fürbittgebeten. Außerdem hatten wir ein Fläschchen Lourdes-Wasser, mit dem wir ihm die Augen abwuschen. Wir betrachteten es als ein Wunder, daß unser Kind nach fünf Wochen gesund aus der Klinik entlassen werden konnte, zumal uns in der Zeit die Ärzte keine Hoffnung machen konnten.«

»Revue«-Ritter schreibt das alles aus Keisers Papieren ab, während ein anderer gekonnt die optischen Posen stellt: Es ist der freie, ausschließlich der Verkäuflichkeit seiner Motive verantwortliche Fotograf Horst Eißner. Die Ranschbacher Folge in Ritters Mystery-Tour mobilisiert gewiß einige Leute, die im Wartezimmer ihres Hopphopphausarztes frustriert in der »Neuen Revue« blättern. Aber dann geht auch dieses Heft in den Müll, die Herbstnebel senken sich auf die Wunderquelle in der Pfalz, der Schnee vom vergangenen Jahr deckt sie zu, und Ranschbach ist wieder was es war: Ein Dorf wie dies und das. Und doch - da ist noch was.

Da ist der faszinierende Lichtbildkünstler Eißner, den hat die Schwerkraft des Gewerbes zu »Bild«-Frankfurt getragen, in eine Connection mit dem Texter Karl-Heinz Balzer. Eißner hat die »Wunder-Quelle von Ranschbach« im Kopf und die Kontakte im Archiv. Eißner und Balzer bleichen den Gilb aus der Geschichte. Und die Redaktion wartet, bis der Kirchenkalender nach den tollen Tagen, nach Alaaf und Helau, grünes Licht gibt für »transzendentiellere« Themen: Punkt Aschermittwoch geht die »Bild«-Schlagzeilenschleuse hoch:

»Deutsche Wunderquelle? Blinder Junge: 'Ich sehe wieder. Pfarrer Josef Keiser (74) aus Ranschbach in der Pfalz ist seiner Sache sicher.- 'Hier geschah ein Wunder der Muttergottes'«

17. Februar: » W*underquelle - viele holen sich das Wasser in Weinflaschen«*

18. Februar: » W*underquelle - Pfarrer verschickt Wasser per Post«*

19. Februar: » W*underquelle - 30 riefen Pfarrer an - geheilt! Auch Schäferhund gesund?«*

21. Februar: » W*underquelle - jetzt wird Wasser rationiert«*

26. Februar: »Das *Dorf, das durch seine Quelle ein Wunder erlebt - 'Der Aufschwung ist da', frohlockt Ranschbachs Bürgermeister Scherthan«.*

Und wie. Sprichwörtlich über Nacht verwandelt sich ein Weinbauerndorf in einen Wunder-Rummelplatz, wuchert dieses charmante Wallfahrtsbrünnlein aus zu einem monströsen »Klein-Lourdes«.

Und die Massen, von einem die Massen so gründlich verarschenden Blatt mobilisiert, strömen herbei.

Zu Zehntausenden karren sie heran, aus dem gesamten Vertriebsgebiet Springers, Gebrechliche an Krücken und in Rollstühlen, Asthmatiker, Herzkranke, Alte und Jüngere, Franzosen, Türken und Zigeuner, Sehleute und Sensationsgeile; sie verstopfen die Ortschaft, vandalieren durch die Weinberge, scheißen die wunderschönen Edelkastanienwälder in der Umgebung der Quelle gnadenlos zu.

Am 22. Februar betritt der Ranschbacher Bundestagskandidat Heiner Geißler das gebenedeite Gelände, witzelt was von »Wasser mitnehmen für meinen Kabinettskollegen Herrn Genscher«.

Ende Februar haben mehr als 60.000 Leute Kaltenbrunner Wasser gefaßt. Allmählich begreifen die Ranschbacher Weinbauern, daß die Wasser- eine Goldader ist, daß in der Wallfahrt auch eine Weinfahrt steckt. Eine Hotelgruppe aus dem benachbarten Wasgau möchte, natürlich in Quellen-Nähe, ein 160-Betten-Objekt hochziehen.

Mitte März zählt das »Pfälzer Tageblatt« nach: »Über 130.000 an der Quelle«. Die paar Nebenerwerbspensionen im Ort sind seit und auf Wochen ausgebucht. Fliegende Händler bieten Glühwein, Würstchen und Brezln an. Die Wälder im Quellengebiet sind mittlerweile so vollgeschissen und mit Abfall aller Art versaut, daß das Forstamt Annweiler Alarm schlägt. Daraufhin laßt der Ranschbacher Rat chemische Abortkabinen aufstellen.

Mit Frühlingsbeginn erfaßt der Geist der Gewinn- und Verlustrechnung das Gemeindeetablissement. Die dreiarmige Zapfsäule unterhalb der sogenannten Lourdes-Grotte, aus der ein Reliquien-Fan ein Stück mit dem Hammer herausgehauen hat, versiegt auf Rats-Beschluß. Das Wasser wird Tag und Nacht im unterirdisch verlegten Rohr talwärts geleitet und in einem 10.000-Liter-Tank gespeichert. Der, in Schnellbauweise ummauert und überdacht, dient als Zapf- und Verkaufsstelle. Kostenpunkt für 10 Liter Kaltenbrunn (inkl. Kanister und MWSt): Zehn Mark.

Hat damit die ökonomische Anarchie an der Wunderquelle ein glückliches Ende, bieten Männer der Metaphysik wie der Domkapitular zu Speyer J.M. Dörr jesuitische Eiertänze an: Daß Ranschbach ein »zweites Lourdes« werden könnte, ist ihm »theoretisch denkbar«, »praktisch« aber »glaubt« er »nicht« daran.

Ostermontag, morgens neun Uhr. Am Quell-Ausschank knapp zweihundert Leute, wenig Deutsche, fast alles Türken. Sie haben in ihren vollbesetzten Wagen die ganze Nacht auf dem Parkplatz verbracht. Einige haben ihre Frauen und Kinder dabei. Sie kommen aus VW-Stadt, Ford-Town und Merecedeshausen, aus dem nahen Speyer und Ludwigshafen, aus Augsburg, Dortmund und aus dem Krümmelmonster-Dorf Geesthacht. Ein türkischer Kollege hat die letzten vierundzwanzig Stunden durchgemacht, elf Stunden am Steuer für die gut achthundert Kilometer von Hamburg herunter. Am Arbeitsplatz hat er von Ranschbach gehört, von Kollegen, und von deren guten Erfahrungen mit dem Kaltenbrunn.

»Man muß glauben«, sagt auch die ältere Frau aus Hannover, sie ist schwer nierenkrank, ihr Mann hat Bronchitis.

An der »Lourdes-Grotte« unterhalb der Marienstatue kratzen türkische Frauen in der rotbraunen Schlammkuhle nach Wasser und benetzen damit Unterleib, Schläfen, Arme. An der Kaltbrunn-Tankstelle fühlt sich Peter Morio, Nachfahre des berühmten Rebenzüchters, in seiner »Eigenschaft als Vorsitzender der Bauern- und Winzerschaft und Gemeinderatsmitglied von Ranschbach, verpflichtet, hier für Ruhe und Aufsicht zu sorgen, daß der Druck vor der Verkaufsfläche nicht zu stark wird«. Damit die Leute oben auf dem heiligen Berg sich wenigstens die Lippen benetzen können mit dem Wunderwasser, wird »noch heute nachmittag durch den Auslauf der Dreirohreverteilung ein Kupferrohr durchgeschoben, das ungefähr das Ausmaß eines Spaghetti hat, daß also nur tropfenweise Wasser rausläuft ... «.

Ist die Quelle ein Geschäft? »Nein, davon kann man nicht sprechen. Wir haben jetzt drei Personen eingestellt, alles andere ist auf freiwilliger Basis. Die Investitionen für Abfüllstationen, Leitungsrohre, Parkplatz und Wegezuführung waren hoch, insgesamt 220.000 Mark; die müssen jetzt abgetragen werden. Von Gewinn kann man noch nicht sprechen, nicht in diesem Jahr.«

Und das Hotel?

»Ja, ein Geschäft für den Fremdenverkehr, und das sofort, denn wir wollen ja nicht nur unser Wasser verkaufen, sondern wir sind ja auch interessiert, die Leute an unsern Wein heranzuführen.«

So hat sich in Ranschbach, Wasser hin Wein her, alles zum Guten gewendet. Der Schüler Ulrich L. aber, der so oft als »Wunder»-Knabe mißbrauchte, ist allmählich wirklich sehend geworden: Keine Lehrstelle in Sicht, und von »Bild« hat er

nicht einen Pfennig gesehen, so daß seine Mutter sagt: »Des is kaa christliche Aart...«

Konkret 05/83, S. 60

Günter Amendt

Kokain: Vom Luxusgift zur Massendroge

Jetzt erst, erst jetzt ist Kokain wirklich angekommen, oder wie es die »Neue Zürcher Zeitung« fast liebevoll ausdrückt: »'Charley' ist seit diesem Jahr endgültig auch bei uns zuhause.« Die Droge hat das Getto des Luxuskonsums verlassen und macht sich am westeuropäischen Straßenmarkt breit. Wir erleben das Ende einer Produkteinführung.

Den spanischen Eroberern Lateinamerikas waren die Kaugewohnheiten der Eingeborenen so unheimlich, daß sie die Blätter, die sich die Indio-Sklaven in den Mund schoben und deren Genuß euphorische Zustände auslöste, zu Teufelswerk erklärten. Die göttliche Droge der Inkas wurde verboten. Weit kamen die Conquistadores mit ihrem Verbot nicht. Der Versuch, eine der ältesten kultivierten Pflanzen Lateinamerikas, deren Spuren bis ins Jahr 3000 vor unserer Zeitrechnung zurückführen, auszurotten, hatte Folgen, die die Pläne der Eroberer und Ausbeuter zu durchkreuzen drohten. Als die Spanier erkannten, daß die unheimliche Pflanze auch die Arbeitskraft ihrer Sklaven beeinflußte, daß sie härter und ausdauernder schufteten, wenn man ihnen die Gewohnheit ließ, sich bei der Arbeit die Backentaschen mit Koka-Blättern zu füllen, war das Verbot schnell vergessen.

Die Koka-Pflanze wächst vorwiegend an den östliche Hängen der Anden in einer Höhe zwischen 400 und 3.500 Metern. Peru und Bolivien sind die Zentren des legalen wie illegalen Koka-Anbaus, man findet die Pflanze aber von der Spitze Chiles bis zu den Ufern der Karibik. Auch in Brasilien wird Koka angebaut. Auf Ceylon, in Java, Indien und Afrika wurde Koka erfolgreich angepflanzt, ohne allerdings jemals die Bedeutung zu erlangen, die es für die Bewohner der Andenregion hat.

Erst Mitte des 19. Jahrhunderts hatte Koka seine eigentliche Premiere, als es gelang, das Hauptalkaloid - fortan Kokain genannt - zu isolieren. Damit war eine Verarbeitungsform gefunden, die auch in Europa und den USA die Pflanze genießbar machte.

Und gleich setzte ein Boom ein, der erst endete, als, ausgehend von den USA, das Genußmittel zur Droge und sein Konsum zur kriminellen Handlung erklärt wurde. Das war nicht das Ende von Kokain, wohl aber der Abschluß einer Phase unbeschwerten legalen Konsums. Um 1865 war am Getränkemarkt ein Wein erschienen, der Vorläufer einer Serie von kokainhaltigen Kaltgetränken wurde. Sein Erfinder, der Korse Angelo Mariani, nannte die Mischung aus Wein und dem Extrakt von Koka-Blättern »Vin Mariani«. Zum Marktführer aber wurde das 1886 in den USA auf der Basis von Koffein und Kokain entwickelte »Coca Cola«, das gleich eine Unzahl von Mitbewerbern um die Geschmacksnerven der Bürger auf den Getränkemarkt zog.

Die »American Medical Association« hat die kokainhaltigen Konkurrenzprodukte aufgelistet: Kos-Kola, Kola-Ade, Koca-Nola, Cafe-Coca Compound, Pilsbury's Coke Extract, Celery Cola, Coke Extract, Dr. Don's Kola, Vani-Cola Compound Syrup, Rococola und Wiseola. Keine Droge ohne Pharmaindustrie. Keine Pharmaindustrie ohne Experimente an Menschen. Der deutsche Arzt Aschenbrenner verordnete bayerischen Soldaten, die zu Herbstmanövern ausgeschickt wurden, Kokain, das er sich über die Firma Merck beschafft hatte. Noch in der Panzerschokolade des sogenannten Zweiten Weltkrieges sind die Ergebnisse dieses Experiments nutzbringend verarbeitet. Es forderte seine Nachahmer auch geradezu heraus, zeigten doch die bayerischen Soldaten des 19. Jahrhunderts unter Einwirkung von Kokain ein überdurchschnittliches Leistungs- und Durchhaltevermögen.

Die Eigenschaft der Kokapflanze, das zentrale Nervensystem zu stimulieren und als lokales Betäubungsmittel zu wirken, inspirierte auch die Pharmaindustrie zu einer Produktoffensive auf dem Medikamentenmarkt. Der US-Pharmakonzern »Parker Davis« warb für die neue Wunderdroge, die »Nahrung ersetzt, einen Feigling zum Helden macht, den Schweigsamen zum Reden bringt und die Opfer der Alkohol- und Opiatabhängigkeit von ihren Fesseln befreit.« Zwischen 1885 und 1906 wurden Hunderte von Koka-Heilwassern gegen Erkältung, Asthma und alle Arten von Abhängigkeiten über den Nordamerikanischen Kontinent gespült.

Lange vorangekündigt, ist die Kokain-»Welle« schließlich angekommen. Die Ausweitung des Handels vom Luxus- auf den Straßenmarkt kennzeichnet die letzte Phase der Produkteinführung. Nun lassen sich beachtliche Extraprofite erzielen. Denn »die Straße« ist mehr als nur die quantitative Ausdehnung eines Marktes. Der Profit multipliziert sich um mehr als nur die Anzahl der neu gewonnenen Straßenkunden. Die wahre Profitsteigerung liegt in der Qualitätsverminderung. Das wurde bereits vor mehr als zehn Jahren am Markt von New York City ausprobiert und durchgesetzt. Der - meist weiße - Midtown-Kunde zahlte 50 Dollar für ein Gramm reinen Kokains, während der - meist schwarze - Kunde am Harlemer Markt für den gleichen Preis gestrecktes, auf 25 Prozent reduziertes Kokain kaufte. Umgerechnet heißt das: Pro Gramm reinen Kokains zahlte der Kunde am Gettomarkt 200 Dollar. Ein Rechenspiel, denn reines Kokain ist am Gettomarkt nicht zu haben.

Als Kleinabnehmer an einem illegalen Markt ist der Nachfrager dem Preis- und Qualitätsdiktat der Dealer bedingungslos ausgeliefert. Daran ändern auch Testgeräte nichts, die von der Drogenzubehörindustrie per Inserat angeboten oder in »headshops« offeriert werden. Beimischungen lassen sich mit derartigem Gerät chemisch bestimmen.

Was heute auf der Straße gehandelt wird, hat oft mit Kokain nicht mehr viel zu tun. Der Straßenkäufer ist gut bedient, wenn er sich wenigstens 12prozentige Ware einhandelt. Dafür zahlt er auf dem bundesdeutschen Markt zwischen 250 und 300 Mark pro Gramm. Zwischen den legalen Labors der Pharmaindustrie, wo eine Unze circa 20 Dollar kostet, weniger als ein Dollar pro Gramm reinen Kokains, und den dunklen Winkeln des Straßenmarkts, wo ein Gramm gepanschten Kokains nicht unter dem hundertfachen Preis zu haben ist, liegen die immensen Profite des Zwischenhandels, die das Geschäft so interessant machen.

In den USA werden im Straßenverkauf zwischen 30 und 40 Milliarden Dollar pro Jahr allein im Kokainhandel umgesetzt. In der jährlich von der Zeitschrift »Fortune« veröffentlichten Liste der 500 umsatzstärksten Firmen, rangierte 1980 der Kokainhandel, träte er ordentlich unter einem Firmennamen auf, an siebter Stelle zwischen der FORD MOTOR CO. und der GULF OIL CORP. Bei steigender Tendenz für Kokain.

Haupteinfuhrhafen in den USA ist Miami. Hier werden Kokadollars »gewaschen«, hier sitzen die Großhändler, die Finanziers und die Geschäftsführer der Branche. Hier verzeichnen die Banken, anders als in den von Arbeitslosigkeit und Produktionsrückgängen gezeichneten Bundesstaaten, Umsatzsteigerungen in Milliardenhöhe. Mehr als 80 Prozent allen Kokains, das weltweit in den Netzen der Drogenfahnder hängenbleibt, wird in Florida sichergestellt. Das sind bei optimistischer Schätzung weniger als 10 Prozent des gesamten Handels, der über Florida in die USA geleitet wird.

Wie sich die Kosten vom Bauern in einem der Andenstaaten bis zum New Yorker Straßenmarkt vermehren, soll eine grobe Rechnung verdeutlichen:

Zur Herstellung von 2 1/2 Kilo Kokapaste werden etwa 500 Kilo Kokablätter benötigt, für die der Einkäufer 2500 Dollar bezahlt. Meist wird dieses Rohprodukt im Umkreis der Anbaufelder hergestellt. Aus der Paste wird ein Kilo noch stark mit Chemikalien verschmutztes Rohkokain im Handelswert von 11.000 Dollar produziert. Bereits dieser Vorgang, wie auch die Säuberung der Ware zu reinem Kokain, spielt sich weit entfernt von den Feldern der Bauern ab.

Über die größte Laborkapazität soll, nach Angaben US-amerikanischer Fahnder, Kolumbien verfügen, wo sogar bolivianische und peruanische Rohprodukte zu reinem Kokain (C17 H21 NO4 HCI) verarbeitet werden.

Vom rohen zum reinen Kokain hat sich der Wert fast verdoppelt und beträgt 20.000 Dollar. Der Wert desselben Kilos, mit dem Schiff oder dem Flugzeug in die USA transportiert, steigt um das Dreifache auf 60.000 Dollar. Weiter gehts: Mit den Preisen bergauf, mit der Qualität bergab. Aus eins mach zwei: Der Preis verdoppelt sich auf 120.000 Dollar, während die Qualität um die Hälfte sinkt. Um auch die Menge zu verdoppeln, werden Füllmittel wie Babypuder oder Milchzucker beigemischt, Amphetamine, um die kokaineigene euphorisierende Wirkung zu erzielen und Procaine, um den Betäubungseffekt zu verstärken, den das Schnupfen von reinem Kokain im Rachenraum bewirkt - ein vermeintlich sicheres Erkennungszeichen der Reinheit. Auch die Füll- und Ersatzstoffe werden in einschlägigen Publikationen neben Testgeräten, die sie wiederum aufspüren sollen, angeboten. Nach diesem Verfahren wird die Menge durch ständiges Verschneiden und Hinzufügen von kokainähnlichen Wirkstoffen auf 8 Kilo aufgefüllt, wobei, wenn man Glück hat, ein Pulver übrig bleibt, das sich zwar Kokain nennt, aber nur 12 Prozent Kokainwirkstoff enthält.

Das Exportgeschäft sollen kolumbianische Händler fest im Griff haben, während sich im Importsektor Exil-Kubaner gegen einheimische Händlerorganisationen auf dem US-Markt durchgesetzt haben. Solche Angaben stützen sich auf Polizeiverlautbarungen, die sich wiederum auf die Auswertung ihrer Festnahmen und Beschlagnahmen sowie die Kontrolle von Konten- und Kapitalbewegungen berufen. Das sind also keine gesicherten Erkenntnisse.

Ziemlich lückenlos läßt sich dagegen rekonstruieren, wie die ersten Kokainlieferungen auf den US-amerikanischen Markt gelangten. Anders als Heroin oder bestimmte »Trips« war Kokain in Hippiekreisen der Westküste keine »bad drug«, keine tabuierte Droge. Marihuana- und LSD-Händler nahmen das damals noch wenig gefragte Kokain in ihr Sortiment auf. Ihre Zulieferer waren meist mexikanische Marihuanahändler.

Ähnlich wie in den Anfangstagen des europäischen Haschischhandels versorgten sich viele Dealer auch am Ursprungsort. Die Ausschaltung des Zwischenhandels machte den Linienflug Los Angeles - Lima rentabel, auch wenn man nur kleine Mengen zurückbrachte. Die Parallele zum frühen europäischen Haschischhandel läßt sich fortsetzen. Als das Produkt eingeführt war - hier Haschisch dort Kokain -, als steigende Nachfrage größeren Kapitaleinsatz bei der Vorfinanzierung erforderte, drängte sich die systematische Organisierung des Warenstroms vom Anbieter bis zum Kleindealer geradezu auf. Die Happy-Hippie-Händler wurden systematisch enteignet, sie wurden vom großen Kapital unterboten und damit vom Nachschub abgeschnitten oder mit brutaler Gewalt ausgebootet.

Heute ist das Kokaingeschäft bis zum Kleindealer organisiert, das Preisdiktat abgesichert.

Heute ist Kokain der teuerste Kick am Markt illegaler Drogen. Das hohe Preisniveau läßt sich ökonomisch alleine nicht erklären, ohne die »Irrationalität« des Konsumentenverhaltens ist es kaum zu verstehen. Denn anders als Heroin schafft Kokain keine Nachfrage aus sich selbst. Die Droge macht nicht körperlich abhängig, und über das Ausmaß der psychischen Abhängigkeit streiten die Experten.

Das Bedürfnis in der gehobenen Mittelschicht, am Konsum eines Luxusproduktes teilzunehmen, muß so stark, der Drang nach oben so unwiderstehlich sein, daß dieser Konsumentenkreis bereit ist, jeden Preis für Statuskonsum zu akzeptieren. Im scheinbar irrationalen Verhalten der Konsumenten erscheint die Rationalität der Konsumgesellschaft, die Statuskonsum über Bedürfnisbefriedigung stellt. Kokain ist nur ein Vehikel, allerdings wie zugeschnitten auf einen Konsumententypen, der Träger aller herrschenden Leistungsideale ist und die Ziele einer auf grenzenloses Wachstum orientierten Gesellschaft verinnerlicht hat; ohne Zweifel und ohne Skrupel.

Einige können die Nase nicht voll genug kriegen und suchen stärkere Kicks, als ihnen das Sniffen bescheren kann. Sie kombinieren Heroin mit Kokain zu sogenannten »speedballs«. Auch Nadelfreaks ziehen immer öfter Kokain in ihren Spritzbestecken auf, um so den Tag auszuschaukeln. Morgens Koks, abends Äitsch.

Reines hochprozentiges Kokain, durch die Nasenlöcher aufgenommen, wirkt nicht länger als eine gute halbe Stunde. Stimulation und Euphorie darüber hinaus sind ein sicheres Zeichen für Beimischungen - meist Amphetamine. Der normale Weg der Droge geht durch die Nasenschleimhäute in den Blutkreislauf des Sniffers.

Die wohl wirkungsvollste - zeitlich auf jeden Fall anhaltendste Form der Einnahme - erfolgt über die Lunge. Diese Methode erfordert eine erhebliche Menge Kokains, das in einer Lösung chemisch umgewandelt wird. Man kocht das Gebräu so lange, bis es zu einem weißlichen Klumpen gerinnt. Der wird zerbröselt und geraucht, nachdem er meist vorher noch einmal gereinigt wurde. »Freebasing« nennen US-Kokser diese Methode, deren Wirkung über Stunden, manchmal über Tage anhält. Der »hangover«, die Depression nach Abklingen der Wirkung, ist meist so dramatisch, daß nur die Erneuerung der Prozedur Linderung verspricht. Das nennt man gewöhnlich Sucht, und in der Tat sind sich die meisten Experten einig, daß Kokain, auf diese Weise dem Körper zugeführt, zu körperlicher Suchtabhängigkeit führt.

Gedeckt durch einen politischen Auftrag, geschützt durch internationale Vereinbarungen, angefeuert von einer hysterischen Öffentlichkeit und im Bewußtsein, eine Aufgabe edel, hilfreich und gut übernommen zu haben, sind unter Führung der USA, Geheimdienste und »special forces« dabei, die Drogenflut in ihren Ursprungsländern einzudämmen. Hart an der Grenze militärischer Operationen, diese nicht selten überschreitend, werden Bauern verfolgt, Felder zerstört und Existenzen vernichtet. Es tobt ein Kleinkrieg draußen in den Tälern des Hindukusch, dem Hochland Mexikos, den Urwäldern von Laos und Thailand, den Ebenen Anatoliens und den Gebirgszügen der Anden, dessen Opfer hier niemanden interessieren.

Der Koka-Anbau und -Handel in Lateinamerika - und hier besonders im Andenstaat Bolivien - hat sich zu einem volkswirtschaftlichen Faktor erster Ordnung entwickelt. Dabei haben sich extrem verquere Interessen herausgebildet, die das politische Leben Boliviens beeinflussen und zu überraschenden Koalitionen führen.

Die Verquickung der militärisch-politischen Machtelite Boliviens mit dem Kokainhandel war zu offenkundig geworden, so daß die US-Regierung ihre rechtsradikalen Protegés fallen lassen mußte. Der Widerspruch zur erklärten Drogenpolitik der Reagan-Administration wurde in der US-amerikanischen Öffentlichkeit genau registriert und angeprangert. Der Innenminister der Militärregierung, Arce Gomez, wurde unter Nennung des Namens in der Presse beschuldigt, umgerechnet 15 Millionen Mark am Kokainhandel verdient zu haben. Andere Enthüllungen folgten.

Kaum an die Macht gelassen, nach achtzehn Jahren Militärherrschaft, ruft die Links-Regierung der »Unidad Democratica y Popular« (UDP) zum Kreuzzug gegen den Drogenhandel auf. In Übereinstimmung mit den USA. Oder? In seiner Neujahrsansprache wiederholt Präsident Siles Zuazo die Kampfansage an den Rauschgifthandel und die paramilitärisch organisierten Rechtsextremisten.

Doch schon ist die Linksregierung dabei, sich über die Drogenfrage zu zerstreiten. Vertreter des »Movimiento de Izquierda Revolucionaria« (MIR) fordern ein unerbittliches Vorgehen gegen den Drogenhandel. Das sei eine Forderung, die dem Imperialismus zuarbeite, kontert die Partei des Staatspräsidenten. Die USA benutzen den Kampf gegen den Drogenhandel, um Bolivien ihre imperialistischen Ziele aufzuzwingen. Schon melden sich Stimmen, die behaupten, seit der Regierungsübernahme der UDP hätten die Aktivitäten der Drogenhändler zugenommen. Der Vorwurf an die einen, sie besorgten das Geschäft des US-Imperialismus, könnte den Gegenvorwurf der anderen auslösen, Handlanger des bolivianischen Drogenkapitals zu sein. Das wäre dann wohl das schnelle Ende der Linkskoalition.

Von hier aus sind diese Vorwürfe und Gegenvorwürfe nicht zu prüfen. Wir können nur fragen, welches die volkswirtschaftliche Bedeutung des Drogenhandels nun tatsächlich ist, woraus sich die Anschlußfrage ergibt: Kann m sich eine Linksregierung überhaupt leisten, auf den Anbau eines Agrarproduktes zu verzichten, dessen Handel enorme Profite abwirft? Bolivien gilt nicht nur als das ärmste Land Lateinamerikas, es ist auch bankrott und im Ausland mit 3,6 Milliarden Dollar verschuldet. Das sind die volkswirtschaftlichen Fakten.

Die kolumbianische Regierung, im gleichen Interessenkonflikt und unter ähnlichem Druck, hat für sich die Frage bereits beantwortet. Über einen Vertreter ihrer Oligarchie ließ sie vor zwei Jahren bereits erklären, das Land könne sich den Luxus nicht leisten, »diese Geschäfte mir nichts dir nichts fahren zu lassen, Marihuana- und Kokainladungen zu verbrennen, die Millionen Dollar wert sind, solange wir so dramatischen Problemen wie dem Massenelend, Analphabetentum, der Misere

im Gesundheitswesen und anderen sozialen Übeln gegenüberstehen«. In einigen Regionen, erläuterte er, lebten Zehntausende vom Marihuana-Anbau.

Nach in der »Neuen Zürcher Zeitung« veröffentlichten Schätzungen erbringt der bolivianische Rauschgifthandel einen Jahresumsatz von 1,5 bis 2 Milliarden Dollar. Jährlich werden, nach Angaben »amerikanischer Fachleute«, in Bolivien 73 Tonnen reinen Kokains erzeugt. Doch was hat Bolivien davon, wenn man unter Bolivien nicht die Oligarchie und eine kleine privilegierte Mittelschicht, sondern die Massen der Armen versteht?

Kein Dollarstrom hat sich ins Land ergossen, wie man immer wieder in der bürgerlichen Presse lesen kann. Der Dollarstrom wurde hier nur kanalisiert, ins Ausland umgeleitet und über das internationale Bankensystem »gewaschen«. Schweizer Banken, panamesische und karibische Geldinstitute dienen als Waschanlagen. Die im Drogenhandel erzielten Profite kommen nicht der bolivianischen Volkswirtschaft zugute, werden nicht im Lande selbst investiert, führen nicht zu einer Kapitalakkumulation.

Deshalb hat die kolumbianische Zentralbank, um den Dollarabfluß in die USA und nach Europa zu stoppen, die Einrichtung von Dollarkonten ohne Herkunftsnachweis zugelassen in der Hoffnung, damit Kontoinhaber anzuregen, ihre Dollarguthaben in kolumbianische Währung zu tauschen. Exporteure, die das Angebot der Zentralbank annehmen, gehen keine Risiken ein. Im Gegenteil, Dollarkonten ohne Herkunftsnachweis sind nicht nur eine Legalisierung der Steuerhinterziehung, sondern auch ein griffiges Arbeitsinstrument der Drogenhändler, die nun, ohne Kuriere einschalten zu müssen, jederzeit so viel einheimische Währung eintauschen können wie sie brauchen, um Ernten aufkaufen und den Zwischenhandel finanzieren zu können. Auch andere Import-Export Geschäfte lassen sich so ohne Zeitverzögerung realisieren. Auch lassen sich Dollarkonten - sollte es nötig sein - schnell auflösen und abziehen. Sie sind ständig fluchtbereit. Die Maßnahme der Zentralbank erhöht also das kolumbianische Umlaufkapital und verschafft den kolumbianischen Händlern einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ihren bolivianischen, peruanischen und brasilianischen Mitbewerbern um die Kokadollars.

Bolivianische Händler *besitzen* nicht weniger Kapital als ihre kolumbianischen Kollegen, sie können jedoch nicht ebenso großzügig darüber *verfügen.* Theoretisch hindert sie zwar nichts daran, Valuta von ihren Auslandskonten abzurufen, praktisch ist dieses Verfahren aber umständlich, kostspielig, zeitraubend. Und riskant.

Ständige Kontenbewegungen sind nicht nur auffällig, sie bringen das Kapital auch immer wieder zurück in die Gefahrenzone, aus der es einmal geflüchtet war. Die Kokadollars haben sich erst dann wirklich »gewaschen«, wenn sie ein für allemal dem Drogenhandelskreislauf entzogen sind. Nur Wertpapiere oder Liegenschaften sind sichere Verstecke. Sie schaffen jedoch Liquiditätsprobleme.

Wie also kommt ein Händler ohne Umstände an bolivianische Währung, um die Koka-Anbauer zu bezahlen und den Zwischenhandel zu finanzieren? Was sich die bolivianischen Händler haben einfallen lassen, wird in einer Marktschilderung vom Lateinamerika-Korrespondenten des in Zürich erscheinenden »Tagesanzeiger« eindrücklich beschrieben:

»Die Ware, die hier angeboten wird, das importierte Spielzeug, die Konfekton, Haushaltsgeräte, Toilettenartikel, Werkzeuge, die Spirituosen und Konserven, alles ist im Miamicito, dem Klein-Miami-Straßensupermarkt von La Paz, billiger zu haben, als selbst in den Herkunftsländern... Liefern sich die Indiofrauen wilde Preiskämpfe? Handeln sie ihre Ware mit Verlust? Wird hier mit Discount und Dumping gearbeitet? Alles falsch: Auf diesem Mercado negro (schwarzen Markt) wird ein Teil der Milliardenprofite des illegalen Rauschgifthandels »sozialisiert«. Boliviens Mafiosi »waschen« ihre Kokadollars, indem sie in Brasilien und den USA, Peru und Panama Konsumgüter en gros einkaufen, mit Cargoflügen ins Vaterland verfrachten und dort zu Verlustpreisen - die auch so noch Milliardengewinne sind - an die Straßenhändler verteilen. Und selbstverständlich hinterher wieder einkassieren, falls sie die Ware auf Kredit abgegeben haben.

Besonders Panama stellt die komplette Infrastruktur für derartige Geschäfte zur Verfügung. Hier vereint sich der Waren- und Kapitalfluß des Drogenhandels mit dem alltäglicher Konsumgüter. Ähnlich wie in Luxemburg, Lichtenstein und der Schweiz stehen Personen - - meist Rechtsanwälte und Bankiers - zur Gründung von Kapitalgesellschaften bereit, Deck- und Geschäftsadressen ohne großen Kapitaleinsatz. Die liefern dann sinn- und nutzlose ausländische Konsumgüter auf den bolivianischen Markt, wobei sie nicht einmal, wie Romeo Rey vermutet, mit Verlust verkaufen müssen. Es genügt bereits, wenn sie die Ware ohne Gewinn absetzen.

Manchmal werden die Ramschartikel im Naturalientausch direkt gegen Kokablätter getauscht, gewöhnlich aber werden die Bauern aus den Erlösen der Schwarzmarkthändler bezahlt.

Die Nachteile für die bolivianische Wirtschaft liegen auf der Hand. Es wird Kaufkraft abgeschöpft, ausschließlich um den Kokahandel zu finanzieren. Der Schwarzmarkt unterbietet den regulären Handel, der zwar die gleichen nichtsnutzigen Produkte anbietet, dessen Gewinne aber der einheimischen Wirtschaft zufließen. Der Kokabauer wird mittels Barzahlung an die Geldwirtschaft angekoppelt und auf den Weltmarkt geködert, dessen Preisdiktat er ausgeliefert ist.

Die volkswirtschaftlichen Folgen sind katastrophal: Immer mehr Bauern setzen ausschließlich auf den Anbau Und Verkauf von Kokapflanzen und vernachlässigen den Subsistenzanbau. Sie produzieren nicht länger jene Grundnahrungsmittel, mit denen sie sich und ihre Familien ernährten, bzw. von dessen Überschüssen sie lebensnotwendige Konsumgüter auf dem Markt erstanden. Auch soll in einigen Regionen Boliviens das Kokablätter-Angebot auf den dörflichen Märkten so knapp geworden sein, daß Einheimische, die sich mit Kokablättern versorgen wollen, nicht mehr in der Lage sind, ihren Bedarf zu decken.

Zunehmend wird die bolivianische Regierung gezwungen, Grundnahrungsmittel zu Weltmarktpreisen einzuführen. Einmal mehr verzahnt sich das Drogenkapital mit dem internationalen Handelskapital zum Nachteil eines in Unterentwicklung gehaltenen Landes. Nutznießer aller Transaktionen ist ausschließlich eine kleine Schicht der bolivianischen Oligarchie.

Was also könnte eine Linksregierung daran hindern, den noch von der Militärregierung mit den USA abgeschlossenen Vertrag zu erfüllen und die Kokafelder zu vernichten? Hat sich Washington doch sogar dazu verpflichtet, den Ankauf der erforderlichen Unkrautvertilgungsmittel zu. finanzieren.

Angst vor schwerwiegenden politischen Auseinandersetzungen könnte ein Grund sein, denn widerstandslos werden die campesinos ihre Kokafelder nicht zerstören lassen. Vielleicht wäre Widerstand militärtechnisch zu verkraften. Jede lateinamerikanische Regierung aber, deren Staatsgebiet sich in die Anden hochzieht, muß wissen - und weiß - , daß das Verbot des Koka-Anbaus zu einer Katastrophe im Ausmaß eines Völkermords führen kann.

Wie kein anderes Agrarprodukt der sogenannten Dritten Welt, aus dem hierzulande Drogen gewonnen werden, ist die Kokapflanze in den Ernährungskreislauf der Bevölkerung eingebunden, seit Jahrhunderten. Man schätzt, daß 90 Prozent der Eingeborenenbevölkerung, die in den Höhenlagen der Anden leben, Koka kauen. Koka hat einen hohen Stellenwert in der Eingeborenen-Medizin und wird während der Feldarbeit, bei der Arbeit in den Minen und beim Zurücklegen großer Entfernungen genommen. Da nirgendwo behauptet wird, Frauen seien vom Kokakonsum ausgeschlossen, dürfte der Schluß naheliegen, daß alle, die harte Arbeit verrichten, Koka kauen. Das wären insgesamt zwischen 10 und 15 Millionen Menschen. Als ernährungswissenschaftlich gesichert gilt, daß die Eingeborenen einen großen Teil der Energie, die sie ihre schwere Arbeit bei chronischer Unter- und Fehlernährung überhaupt aushalten läßt, aus den Säften der Kokablätter ziehen. Außer dem stimulierenden Alkaloid Kokain, enthält die Pflanze wichtige Vitamine (A, B 2 und C) sowie Kalzium, Eisen und Phosphor. Messungen der Körpertemperatur haben ergeben, daß sich die Temperatur eines Kokakauers um 3 Grad erhöht, eine ideale Körperanpassung an die sauerstoffarme Höhenlage der Minen. Wer könnte es wagen, ohne eine soziale und ökonomische Alternative bieten zu können, die Ernährungsgewohnheiten der Eingeborenenvölker »umzustellen«?

Auch Kompromisse bieten sich nicht an. Die abgelöste Militärregierung hatte sich, um den Vertrag mit den USA zum Schein zu erfüllen, darauf spezialisiert, Ernten von Kleinbauern publikumswirksam zu vernichten und die Felder der Großgrundbesitzer stehen zu lassen. Das Verfahren ist in ganz Lateinamerika erprobt. Auch die Regierung von Peru, wo die potentesten Kokablätter wachsen, ist bei ihrer Public-Relations-Show, die sie »Operation grüner See II« nannte, nicht anders vorgegangen. Wer die nötigen »connections« hatte und die entsprechende Bestechungssumme aufzubringen in der Lage war, blieb unangetastet. Nur einige Felder in Straßennähe wurden vernichtet.

Warum sollte eine Linksregierung nicht umgekehrt verfahren? Eine naive Vorstellung. Große Anbauflächen unter zentraler Verwaltung begünstigen den Großhändler und benachteiligen den Kleinbauern. Kleine Anbauflächen, von einzelnen Bauern bewirtschaftet, erfordern größere Aktivität beim Einsammeln der Ernte; begünstigen also den Zwischenhandel. Das ist auch schon alles. Solange der Weltmarkt das Rohprodukt Kokablätter nachfragt, um Kokain herstellen zu können, wird auch der illegale Kokainanbau nicht zu unterbinden sein. Klipp und klar stellt deshalb die Direktorin der UN-Suchtmittelabteilung in ihrem eben veröffentlichten Report fest, das Drogenproblem entstehe »in den Verbrauchs- und nicht in den Produktionsstaaten«.

Und so kommt es zu einer der wohl perversesten Interessenkollisionen zwischen den Metropolen des Imperialismus und den in Unterentwicklung gehaltenen Ländern. Weil eine privilegierte Schicht in den Industriestaaten ihr Bedürfnis nach einer Luxusdroge, von deren Wirkung sie sich Kreativität und Kraft zur Ausbeutung verspricht, befriedigen will, die Regierungen dieser Nationen damit aber nicht einverstanden sind und das Produkt mit gesetzlichen Verboten überziehen, ist ein Lebenselixier von Millionen Bauern und Arbeitern von der Vernichtung bedroht. Imperialismus heißt diese Perversion.

Konkret 05/83, S. 66

Kulturnotizen

Hexenjagd-Jagd

In Hamburg, wo sie erfunden wurden, gibt es seit einigen Jahren keine Berufsverbote gegen linke Lehrer mehr. Darum soll bitte auch nicht mehr daran erinnert werden. Wer es dennoch tut, gehört verboten. Der Kommunist und Lehrer Hans-Peter de Lorent hat es getan, und zwar mit seinem Roman »Die Hexenjagd«. Zwei beamtete Berufsverbieter erkannten sich wieder, und die Schulbehörde der Hansestadt (Chef: der linke Sozialdemokrat Grolle) erstattete Anzeige wegen Beleidigung. In der ersten Instanz wurde de Lorent freigesprochen, aber die »Hexenjagd«-Jagd geht weiter. Denn die Staatsanwaltschaft ist der Meinung, so kunstvoll sei der Lehrer-Roman nicht, daß sein Autor durch den Kunstvorbehalt des Grundgesetzes vor Strafverfolgung geschützt werden könne. Und weil die Schulbehörde ihre Anzeige aufrecht erhält, geht der Fall nun in die zweite Instanz. Das Hanseatische Oberlandesgericht wird nicht nur über ein einzelnes Buch zu entscheiden haben, sondern darüber, ob grundgesetzlichen Schutz nur das verdient, was die Justiz - und nur sie - für Kunst hält. Der Prozeß beginnt am 10. Mai, am 50. Jahrestag der Bücherverbrennungen.

Brecht, Ecke Krupp

Die Stadt Essen hat sich um die »Kämpfende Jugend«. verdient gemacht. So nennt sich eine K-Gruppe, die sich in der Tradition der verbotenen KPD wähnt und für die Stalin noch lange nicht tot ist, aber von DKP und DDR verraten wurde. Kaum denkbar, daß sich linksliberale Prominenz wie Ingeborg Drewitz, Klaus Peymann, George Tabori oder Günter Wallraff für ein politisches Anliegen dieser Sekte stark gemacht hätte, wenn die sozialdemokratische Essener Stadtverwaltung nicht mit blindem Antikommunismus geschlagen wäre. Zum 30. Jahrestag der Erschießung des Jungkommunisten Philipp Müller, der am 11. Mai 1952 in Essen für den Frieden demonstrierte, wollte die »Kämpfende Jugend« im vergangenen Jahr ein Chor-Werk aufführen, den »Herrnburger Bericht« von Bertolt Brecht und Paul Dessau. Für diese Hymne auf die FDJ, die in der Bundesrepublik immer noch zu den verbotenen Organisationen zählt und deren Embleme nicht gezeigt werden dürfen, mochte die Stadt keinen öffentlichen Raum zur Verfügung stellen, die westdeutsche Erstaufführung des Agitprop-Stückes wurde vorerst verhindert. Ein 'Förderkreis mit den genannten Literaten und Theaterleuten und der Brecht-Tochter Hanne Hiob an der Spitze wollte sie wenigstens für den 11. Mai dieses Jahres ungestört über die (Freilicht-)Bühne gehen lassen - und sie hatten Erfolg. Nach zwölf Monaten behördlichem Kleinkrieg darf die »Kämpfende Jugend« ihren »Herrnburger Bericht« am 11. Mai um 20 Uhr auf der Essener Bert-Brecht-Straße vortragen. Aber nicht irgendwo, sondern an einer ganz bestimmten Kreuzung: Ecke Thyssenhaus/Kruppstraße.

Hochhuth, die Literatur und der Faschismus

»Als 'Penthouse' vor nunmehr drei Jahren seine deutschsprachige Ausgabe startete, hat es sich auch mit der Zusage vorgestellt, der Literatur jeden Monat einen zentralen Platz in seinem Heft zuzugestehen.« Das schreibt der Schriftsteller Rolf Hochhuth auf Seite 4 der April-Ausgabe des Porno-Magazins. Hochhuth rangiert in der Hierarchie der Penthouse-Redaktion als »Literarischer Berater« gleich hinter dem Chefredakteur und seinem Stellvertreter. Auf Seite 112 derselben Ausgabe, also an ziemlich zentralem Platz, steht dann tatsächlich etwas über Literatur. Zitat aus einem 'Penthouse'-Einführungskurs für Geldanleger von Paul C. Martin: »Es gibt auf der ganzen Welt keinen sichereren Aktientip als ein Militärregime, ein 'rechtes' notabene. Wenn die Linksoppositionellen im KZ verschwinden, wenn Schweden die diplomatischen Beziehungen abbricht und wenn der Heimatdichter aus den Slums der Hauptstadt den Nobelpreis für Literatur erhält, Anleger, das ist eure Stunde.«

Zensur per Arbeitsrecht?

Seit Jahren beobachtet das Bundeskriminalamt (BKA) Großdemonstrationen und Fußgängerzonen per Video und betreibt streng geheim (mit Amtshilfe des BND und der Post) mit versteckten Kameras in den Wohngebieten potentieller Anschlagsopfer »flächendeckende Überwachungen«. Alles, was sich dort bewegt, vom Sonntagsspaziergänger bis zum Milchmann, wird gefilmt, via Laserstrahl oder Kabel in die Zentrale vermittelt, ausgewertet und gespeichert. Jetzt wurde diese Filmerei verfilmt. Mit Hilfe des ehemaligen BKA-Technikers Bernd Schmidt und mit viel Dokumentationsmaterial brachte ein Autoren-Team den Film »Alles unter Kontrolle« in einige Programm-Kinos. Das BKA bekam Grund zur Sorge, daß seine schönsten Geheimtricks auffliegen könnten,

Doch Hilfe kam vorerst von einem anderen »Ehemaligen«. Während der Filmarbeiten über den Überwachungsmoloch BKA erinnerten sich die Autoren an ein Interview, das Sebastian Cobler mit dem Ex-BKA-Chef und Erfinder der

Rasterfahndung Horst Herold geführt hatte. Hierbei ging es unter anderem um eine allumfassende kriminalpolizeiliche Datenerfassung und Kontrolle. Dieser Komplex der Computerfahndung gehörte für die Filmemacher unmittelbar zu ihrem Thema der flächendeckenden Videoüberwachung. Deshalb ließen sie einige Passagen des Herold-Gesprächs nachspielen. Computerfahndung, Kabelfernsehen und flächendeckende Videoüberwachung paßten und gehören zusammen. Einzige Crux: Herold hat nie bestritten, mit Cobler gesprochen zu haben, nur hat er bis heute keine Textfassung zur Veröffentlichung autorisiert. Durch die filmische Darstellung fühlt sich Herold, der als BKA-Chef in die Privatsphäre der Bundesbürger eingegriffen hatte, jetzt in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt. Nach einer einstweiligen Verfügung darf »Alles unter Kontrolle« nur noch ohne die Herold-Passagen gezeigt werden.

Wer wenigstens diese kastrierte Fassung noch sehen will, sollte sich vorsichtshalber beeilen, denn inzwischen bemüht sich auch das BKA selber, wieder alles unter Kontrolle zu bekommen. Das Arbeitsgericht in Wetzlar hat auf Antrag des BKA eine einstweilige Verfügung gegen Bernd Schmidt erlassen, wonach es ihm verboten ist, »sämtliche während seiner Tätigkeit beim Bundeskriminalamt dienstlich erlangten Informationen und Erkenntnisse Dritten zugänglich zu machen, zu verbreiten oder verbreiten zu lassen.« Außerdem beinhalte der Film dienstliches Material des BKA, »das der Geheimhaltung unterliegt«.

Übrigens: Die Filmmusik zu »Alles unter Kontrolle« stammt von der Gruppe »Freiwillige Selbstkontrolle«. Die scheint hier völlig versagt zu haben.

Konkret 05/83, S. 68

Genosse Vogeler

Er entwarf Bestecke, baute Bahnhöfe, schrieb romantische Gedichte, illustrierte Bücher von Rilke, Oscar Wilde oder Kropotkin, malte wunderbare Moorlandschaften und wurde einer der ersten deutschen Kommunarden: Heinrich Vogeler, Handwerker und Architekt, Kunstgewerbler und Schriftsteller, Maler und Lebensreformer. Er war der Liebling des aufgeklärten Bürgertums. 1914 zog der bewunderte Künstler des deutschen Jugendstils freiwillig in den Weltkrieg. 1917 klagte er den Kaiser und seine Armeeführung an und wurde deshalb in die Irrenanstalt eingewiesen. Als Arbeiter- und Soldatenrat propagierte Vogeler 1918 den Sturz der bürgerlichen Ordnung.

Die sozialistisch - anarchistisch - kommunistischen Ideen brachten ihn um Wohlstand, Besitz und Ansehen. Er trat der KPD bei und wurde vier Jahre später wieder ausgeschlossen. Er verließ das mit ihm bekannt gewordene Künstlerdorf Worpswede, schlug sich in Berlin durch und starb in der Sowjetunion. Bei den Nazis durfte sein Name nicht genannt werden, die Wandmalereien im Barkenhoff, seinem der Roten Hilfe geschenkten Haus, wurden vermutlich durch Hitlerjungen zerstört.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war er vergessen, erst 20 Jahre später tauchten seine Jugendstil-Bilder wieder im Handel und in Ausstellungen auf. Die politischen Bilder und Schriften, seine Agitationstafeln und Komplexbilder blieben bis auf wenige Ausnahmen einer größeren Öffentlichkeit verborgen. Für den auf Gefälligkeit getrimmten Kunst- und Buchhandel war damit kein Geld zu verdienen; die Biografie Heinrich Vogelers war, eher eine Bedrohung für alle die, die in der Nachkriegsrepublik in Kunst und Kultur zu Geld und Namen kommen wollten.

Doch die Zeiten ändern sich. Die neuen Bedrohungen machen alte Erfahrungen wieder wertvoll. Von Heinrich Vogeler darf gelernt werden. Die »Neue Gesellschaft für Bildende Kunst« in Berlin hat ihm jetzt eine Retrospektive gewidmet. Ausstellung und Katalog vermitteln neue Einsichten in das Leben des Künstlers und Sozialrevolutionärs. KONKRET dokumentiert Heinrich Vogelers Lebenslauf von Worpswede bis Moskau - nach Aufzeichnungen von *Karl-Robert Schütze,* der an der Berliner Ausstellung wesentlich beteiligt ist.

Heinrich Vogeler wurde am 12. Dezember 1872 als erstes von fünf Kindern eines Kaufmanns geboren, der es im Eisenhandel zu beachtlichem Wohlstand gebracht hatte. Nach Handels- und Realschule besucht er die Kunstakademie in Düsseldorf. Die Ausbildung ist mittelmäßig. Vogeler befreundet sich mit dem schweigsamen Fritz Overbeck, der die Akademie bald verläßt, um sich in Worpswede bei Bremen niederzulassen. Nach einigen Auslandsreisen und Abschluß des Studiums zieht auch Heinrich Vogeler 1894 endgültig dort hin. Er trifft auf Otto Modersohn und Hans am Ende. Mit Fritz Mackensen, Overbeck und (zeitweise) Carl Vinnen bilden die sechs die Worpsweder Künstlergruppe. Zivilisationsangst und Großstadtflucht bestimmten die Künstler ebenso wie Antiakademismus und der Wunsch, in freier Natur zu arbeiten. Rainer Maria Rilke, den Vogeler in Florenz kennengelernt und nach Worpswede eingeladen hatte, über seinen Gastgeber: »Er fand in Worpswede den Boden für seine Wirklichkeit. Seine Kunst ist zuerst ein seliges und entzücktes Voraussagen derselben, und alle Märchen seines großen alten Skizzenbuches fangen mit den Worten: Es wird einmal sein... an. Zeichnungen und Radierungen erzählen, feinstimmig und flüsternd von dem Künftigen.«

Schon kurz nach seiner Ankunft in Worpswede erwirbt Vogeler von dem nach dem Tode seines Vaters ererbten Geld ein kleines Bauernhaus. Er gibt seinem Anwesen den plattdeutschen Namen »Barkenhoff.« Das Haus wird eine große Rolle in seinem Leben spielen.

Vogeler malt, radiert und illustriert. Er stattet die in München neugegründete Zeitung »Die Insel« aus, die keineswegs vollständige Bibliographie nennt über 120 von Vogeler ausgestattete Bücher. Einige Arbeiten gelten bei Kunstkritikern als kongenial, dazu gehören die Lithographien zu dem Gedicht »Die versunkene Glocke« von Gerhard Hauptmann. Seine Blätter erfreuen sich immer größerer Beliebtheit.

In seinen Erinnerungen schreibt Vogeler später: »Um diese Zeit, als Paula (Modersohn-Becker) von uns ging, trat zum erstenmal die aufrüttelnde Kunst Maxim Gorkis in mein Leben... Erst mit den Werken Gorkis lernte ich die Welt der ausgebeuteten, niedergehaltenen Masse kennen, jene Gefühlswelt, aus deren Spannungen die Kräfte wuchsen, die auf eine grundsätzliche Veränderung der menschlichen Verhältnisse drängen, zur revolutionären Auseinandersetzung mit der bürgerlichen, der kapitalistischen Welt, zur Auslösung des Klassenkampfes. Alle Zweifel, alle Erkenntnisse, alle Fluchtversuche, aller Gestaltungswille und viele, viele Irrwege meines Lebens begann ich vom neuen Standpunkt aus zu se. hen.«

Zehn Jahre nach den ersten sensationellen Erfolgen haben sich die alten Worpsweder verbraucht. Otto Modersohn verläßt Worpswede. Die Gruppe zerfällt.

Heinrich Vogeler hatte im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts Erstaunliches erreicht. Seine Bilder erzielten hohe Preise. Der Abschluß der Arbeiten an der Güldenkammer im Bremer Rathaus und europäische Ehrungen hatten neue Höhepunkte im Leben des Malers markiert. Das ihm so wichtige eigene Haus hatte eine endgültige, fast herrschaftliche Form gefunden.

Auf dem Gipfel des Erfolges begann Vogeler seine Rolle als Künstler in der Gesellschaft neu zu bestimmen. Er kämpfte in der Gartenstadt-Gesellschaft, im Deutschen Werkbund und in Künstlervereinigungen für eine gerechtere, bessere und sozialere Umwelt. Einige Jahre ließ sich mit dieser neuen Aufgabe leben, dann kam der Krieg: »Vielleicht letzte Romantik, vielleicht Todessehnsucht führte mich als Kriegsfreiwilligen mit 42 Jahren in den Krieg - ich fand das Leben wie es wirklich war.« So beschreibt Vogeler 1925 seine Situation von 1914.

Er meldet sich bei den Oldenburger Dragonern. Die Heeresleitung ist bemüht, sich seiner Mithilfe bei der Herstellung von Bildern und Zeichnungen zu versichern, die der Heimat einen positiven Eindruck vom Krieg vermitteln sollen. Eine Mappe mit im Jahre 1915 entstandenen (1917 erschienenen) Kriegszeichnungen aus dem Osten zeigt Vogeler noch auf der Seite der deutschen Militärs. Doch dann erhält er den Auftrag, Plakate für eine neue Kriegsanleihe zu entwerfen. Jetzt hätte er sich bewußt identifizieren, hätte Partei ergreifen müssen. Sollten seine früheren Überlegungen nicht umsonst sein, sollte das Elend beendet werden, so mußte sich Vogeler dieser Aufgabe entziehen.

Um das geforderte Plakat entwerfen zu können, darf der Maler nach Worpswede reisen. Dort entschließt er sich im Januar 1918 »spontan«, das »Märchen vom Lieben Gott« in dem »Brief eines Unteroffiziers an den Kaiser als Protest gegen den Frieden von Brest-Litowsk« zu schreiben. In dem Märchen erscheint Gott am Potsdamer Platz in Berlin und verteilt Flugblätter, in denen der Friede auf Erden und die Anwendung der zehn Gebote gefordert werden. Gott wird wegen Landesverrats standrechtlich erschossen, und einige Leute, die die Flugblätter aufgreifen, werden ins Irrenhaus gesteckt. Eine Kopie des Briefes schickt Vogeler an General Ludendorf ins Armee-Oberkommando, einen weiteren, viel polemischeren an seinen Major. Er rechnet damit, daß »die Folge meiner Tat als Unteroffizier nur der Tod durch Erschießen sein« kann.

Die Reaktion der Behörden ist eine andere: Einweisung in die Landesirrenanstalt Ellen bei Bremen. Nach zwei Monaten wird er als »staatlich geprüfter Geisteskranker« (Vogeler) entlassen. Er kehrt auf den Barkenhoff zurück.

Als der Krieg verloren ist, stellt sich Vogeler entschieden auf die Seite der Novemberrevolution und wird in den Osterholzer Arbeiter- und Soldatenrat gewählt.

Um seinen sozialromantischen Idealismus auf eine feste theoretische Basis stellen zu können, bemüht er sich nach und nach die Grundlagen des Sozialismus zu studieren. »Nun begann für mich eine Zeit des Lernens und der Selbstkritik. Ich sprach in Versammlungen, schrieb Broschüren und nahm an Diskussionen teil«. Sein Bremer Freund Johannes Knief, ein bekannter radikalrevolutionärer kommunistischer Politiker und Mitstreiter Lenins, erklärt ihm damals bei einem Besuch in der Druckerei der »Arbeiterpolitik«: »Du hast schon unter den Bauern gearbeitet, wie ich höre. Arbeite nur so weiter gegen den Krieg. Aber ihr scheint mir dort draußen eher Anarchisten zu sein als Kommunisten. Wir werden uns noch mit dir auseinanderzusetzen haben «

Die kleine Standpauke verfehlt ihre Wirkung auf Vogeler nicht. Fortan studiert er eifrig die Flugblätter der Kommunisten und ihre Zeitungen. Er gründet die »Gemeinschaft für Sozialen Frieden«.

Die meisten Worpsweder Künstler stehen Vogelers Bemühungen negativ gegenüber. Sie verwahrten sich auch gegen das Kommune-Experiment, das er nach der Niederschlagung der Bremer Räterepublik auf dem Barkenhoff anfing. Eine Zeitung berichtet: »Eine eigentümliche Kunde kommt aus Worpswede, der berühmten Malerkolonie. Danach hat der Worpsweder Maler Heinrich Vogeler, der während des Krieges pazifistisch tätig war, eine kommunistische Sonderrepublik gegründet, von der allerhand Gerüchte gehen. Demgegenüber erklären jetzt die Worpsweder Künstler... daß sie an dem Unternehmen nicht beteiligt sind, und scharfen Einspruch gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erheben.«

Vogeler hat nun endgültig seinen Standort gefunden. Eine Anfrage der linksliberalen »Vossische Zeitung« aus Berlin beantwortet er unter dem Titel »Warum bin ich Kommunist?« Er sei »völlig unpolitisch, im vollem Glauben an die gerechte Sache unseres Volkes« ins Feld gezogen, »getragen von der Idee des Kampfes für den verletzten Menschheitsfrieden, für die Verteidigung des Rechtes, das gebrochen worden war.« Nach wenigen Monaten schon habe er erkannt, »daß es niemanden darum ging, für den Friedenszustand unter den Menschen zu kämpfen, für die völlige Abrüstung und den Aufbau eines neuen reinen Verhältnisses unter den Völkern. Ich erkannte bald, daß das ganze militärische System, fest verankert auf dem kapitalistischen Mehrbesitz, zu Raub und Knechtung der Schwächeren mit unheimlicher Konsequenz trieb, zur Verewigung des Krieges... Damit begann ich, für die Erkenntnis der Wahrheit alles einzusetzen, um die Last der Lüge nicht durch mein ganzes Leben weiterschleppen zu müssen.«

Heinrich Vogeler ist begeistert von der Idee einer natürlichen, gemeinwirtschaftlichen, klassenlosen Ordnung. Für einige Zeit verdrängt seine politische Agitation die bildnerische völlig. In der allgemeinen Notsituation des Kriegsendes und der revolutionären Ereignisse entsteht auf dem Barkenhoff eine Landkommune, deren Mitglieder sich in gegenseitiger Hilfe ihren Lebensunterhalt erarbeiten. Vogeler hat seinen Besitz erwerbslosen und kriegsbeschädigten Handwerkern zur Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Er sympathisiert mit Pazifisten, Anarchisten und Syndikalisten.

Das verwirrende Angebot verschiedenster Weltverbesserungstheorien führt auch auf dem Barkenhoff zu Diskussionen über jede nur vorstellbare Veränderung der Gesellschaft. Wie ernst die Auseinandersetzungen geführt wird, macht ein Ereignis

aus dem Jahre 1922 deutlich. Die Kommune hat gebrauchte Tischlereimaschinen geschenkt bekommen, um den Barkenhoff neben seinen Agrarerzeugnissen auch zu handwerklichen Produkten zu verhelfen, die den Verkehr mit der Außenwelt intensivieren sollen. Auf Beschluß der Gemeinschaft werden die Maschinen verkauft, weil die Mehrheit der Mitglieder eine Kapitalisierung des Versuchs befürchtet. Die Kommune versucht Geld ganz abzuschaffen und die notwendigen Dinge auf dem Tauschwege zu erhalten. Durch Eigenversorgung glaubt man, sich dem Griff des Kapitalismus und seiner Geschäftspraktiken entziehen zu können.

Mit dem Erlahmen der revolutionären Energie der ersten Nachkriegsjahre gehen die von ihr gespeisten Einrichtungen zugrunde. Auch die Kommune Barkenhoff hört auf zu existieren. Vogeler übergibt das Haus der Internationalen Roten Hilfe unter ihrem Präsidenten Wilhelm Pieck, dem späteren Staatsratsvorsitzenden der DDR. Die Angestellten werden von dort bezahlt und auf dem Barkenhoff ziehen Kinder von verfolgten Arbeitern ein. Zunächst wird auch noch Unterricht erteilt, die Probleme mit der Schulverwaltung sind jedoch so heftig, daß aus dem Haus ein Erholungsheim für Kinder gemacht wird.

Mit dem Ende der Kommune Barkenhoff gibt Vogeler seine anarchistischen Ideen auf und wird schließlich 1923 Mitglied der KPD. Er hatte durch große persönliche Opfer die Ernsthaftigkeit seines Engagement für eine gerechtere Gesellschaft unter Beweis gestellt und sich zunehmend bemüht, die Positionen der Partei zu übernehmen. Doch nun fällt es ihm schwer, seinen idealistischen und unabhängigen Geist einer autoritären Führung zu unterwerfen.

Vogeler bereist ausführlich die Sowjetunion, hat dort Ausstellungen und hält später in Deutschland begeisterte Vorträge. Bei diesen Vorträgen zeigt Vogeler seine Komplexbilder, in denen er versucht, die vielfältigen, sich ständig wandelnden Aspekte der Entwicklung des Kommunismus darzustellen.

Im Jahre 1928 arbeitet Vogeler in der Deutschen Kunstgemeinschaft beim sogenannten Kunstabonnement mit. Die Möglichkeit des Erwerbs originaler Kunstwerke auf Raten sollte eine haltbare Verbindung zwischen den Künstlern und dem Volk herstellen. Im Katalog stellt sich Vogeler mit folgenden Worten vor: »Vom individualistischen Romantiker durch Krieg und Erkenntnis zum sozialistischen Kämpfer, zum Kommunisten. Vom Liebling der Bourgeoisie mit glänzender wirtschaftlicher Lage - bis zur völligen Sabotage und wirtschaftlicher Not durch die Bourgeoisie, deren Interesse durch eine proletarische Kunst geschädigt wird.«

n dieser Zeit verschlechtern sich Vogelers wirtschaftliche Verhältnisse zunehmend. Das Berliner Architektenbüro, in dem er zur Sicherung des Lebensunterhalts gearbeitet hat, bricht zusammen. Zuvor schon war Vogeler wegen seiner immer wieder aufflackernden anarchistischen Ideen aus der KPD ausgeschlossen worden.

In dieser ziemlich trostlosen Situation erhielt er im Frühjahr 1931 die Aufforderung zur Mitarbeit am Aufbau der Sowjetunion. Sollen doch noch einige seiner Träume Wirklichkeit werden können? Diesmal würde es sich nicht um kommunistische Inseln in einer kapitalistischen Umgebung handeln. In der Sowjetunion schienen die Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Siedlungsarbeit gegeben.

Vogeler arbeitet im Komitee für die Standardisierung des ländlichen Bauwesens. Er entwirft landwirtschaftliche Gebäude, mechanische Viehställe, Kolchos- und Jugendschulen. Er macht Vorschläge für die Anlage von Silos, Geflügelzuchtfarmen und Molkereibetriebe. Er wird beauftragt, den Aufbau zahlloser Neusiedlungen durch Typenbauten zu erleichtern und dabei die jeweilige bodenständige Architektur nicht zu vernachlässigen.

Im September 1934 gehört Vogeler zu einer Künstlerdelegation, die in die Wolgadeutsche Sowjetrepublik entsandt worden war, um sich an Ort und Stelle von in der faschistischen deutschen Presse gedruckten Verleumdungen zu überzeugen. In Deutschland war die Kampagne »Brüder in Not« gestartet worden, um unter der deutschstämmigen Bevölkerung der Sowjetunion Unruhe zu stiften. Mit ihm reisten Erwin Piscator und Theodor Plivier.

Vogeler publiziert in Emigrantenzeitschriften, arbeitet für Museen und Universitäten. Daneben leistet er unmittelbar politische Arbeit. Nach dem Überfall der deutschen Truppen 1941 konzipiert er Flugblätter für den Abwurf hinter der Front und entwirft Propaganda-Plakate. Wie viele andere Emigranten spricht er über Radio Moskau mit der Heimat.

Am 23. August 1941 wird die deutsche Presse angewiesen, den Maler Heinrich Vogeler nicht mehr zu nennen. Als sich die deutschen Truppen Moskau näherten, wird Vogeler, wie die meisten Emigranten, deportiert. Er hatte sich trotz seines hohen Alters noch einmal freiwillig für den Fronteinsatz zur Verfügung stellen wollen. Diesmal gegen Deutschland. Am 14.6.1942 stirbt er, siebzigjährig, unter ungeklärten Umständen in Kasachstan. Sein Grab ist unbekannt.

Die Vogeler-Ausstellung ist vom 1. Mai bis 5. Juni in der Staatlichen Kunsthalle Berlin zu sehen, anschließend vom 20. August bis 16. Oktober im Kunstverein Hamburg. Diesem Artikel dienten als Grundlage zwei Bücher aus dem Verlag Frölich & Kaufmann: Heinrich Vogeler, Kunstwerke, Gebrauchsgegenstände, Dokumente; Karl-Robert Schütze, Heinrich Vogeler - Leben und architektonisches Werk.

Konkret 05/83, S. 74

Gideon Bachmann

Godard und das Größte der revolutionären Kunst

Der französische Kino-Revolutionär Jean-Luc Godard stellt sich und sein Handwerk mal wieder selbst in Frage. In seinem neuen Film »Passion« geht es um einen fehlgeschlagenen Arbeitskampf und einen scheiternden Regisseur. Für das Nachstellen von berühmten Gemälden mangelt es ihm immer wieder am richtigen Licht. Gideon Bachmann hat Godard und sein Team am Drehort besucht.

Der nackte Fuß des jungen Mädchens ruht - etwas unsicher - auf einem quer an ein Baugerüst angeschraubten Rohrstück. Beim Blick nach oben: Kurz über dem Knie senkt sich schwerer, roter Brokat von oben ins Bild. Hoffnungsvoll folgt das Auge. Doch nun kommen, scheint es, kilometerlang nichts als rote Falten. Längst ist mein Hals verrenkt, mein Auge blinzelt in die Sonne der hoch angebrachten Scheinwerfer. Erst gute fünf Meter über der Kniekehle der jungen Frau wird es wieder interessant: durch ein Meer von Spitzen erkenne ich immerhin eine nackte Schulter. Trotzdem: eine etwas sehr lange junge Dame.

Auf dieser Ebene, in einem Dickicht barock vergoldeter Blätter, ein kleiner, fetter, nackter, lebendiger Engel, aber dann geht es weiter in die hehren Höhen: 20 Meter hoch ragen Leitern in die Luft, und erst an der Spitze kommen wieder Schauspieler, dünn und nackt, mit Flöten bestückt. Ich springe erschreckt zurück, als die ganze wackelnde Szenerie auf ein Zeichen ins eigentlich zu erwartende Wanken gerät. Denn nun kommt der liebe Gott persönlich: wie ein Specht auf einem blattlosen Ast reitet Jean-Luc Godard auf dem höchsten Filmkran Frankreichs ins Bild, um mit seiner Kamera diese Rekonstruktion von El Grecos Gemälde der Mariä Himmelfahrt abzufahren. Also, nach 400 Jahren bekommt der keusche Brokat endlich einen Sinn: er verbirgt geschickt den Oberkörper der Schauspielerin, deren Füße ins Bild ragen, und den Unterkörper derjenigen, von der Godard nur Schultern und Kopf braucht, um seiner Version der anbetenden Jungfrau zur notwendigen Verlängerung zu verhelfen. Und um dem neuerungsträchtigen Regisseur zu einem weiteren Schritt in seiner lebenslangen, selbstgestellten Aufgabe, die Filmsprache immer weiter zu entwickeln, zu einem Versuch zu verhelfen, die Wirklichkeit zu verändern. Mit der Kamera will er nämlich schon lange nicht mehr »Wahrheit 24mal in der Sekunde« einfangen, sondern unsere Sehgewohnheiten und damit unsere Lebensauffassungen aufrütteln und womöglich verändern.

Wie alles zusammenhängt, ist weder bei den Dreharbeiten, noch später beim Anschauen des fertigen Films unbedingt erkenntlich. Denn eigentlich ist *Passion,* dessen letzten Drehtag ich in Paris beobachtete, bloß ein Film über den Streik in einer Schweizer Fabrik, in der Frauen von einem bösen Kapitalisten (Michel Piccoli) ausgebeutet werden, wobei eine von diesen Arbeiterinnen (Isabelle Huppert) rebelliert.

Gleichzeitig wird in derselben Schweizer Kleinstadt von einem polnischen, exilierten Regisseur (Jerzy Radziwilowicz, Wajdas *Mann aus Mar*mor und *Mann aus Eisen)* eine großangelegte Fernsehserie über Weltkunst gedreht. Die Techniker wohnen in einem Hotel, das von der Frau des Fabrikbesitzers (Hanna Schygulla) geleitet wird. Die schnell sich ergebenden Berufs- und Herzkomplikationen - der Pole schafft seinen Film nicht, erwirbt dagegen die Zuneigung der Arbeiterin und der Hotelleiterin - sollen gleichzeitig die Schwierigkeiten des künstlerischen Arbeitsprozesses des Kinos sowie die für Godard »tief verwurzelten Gegensätze der frühindustriellen Gesellschaft« belegen.

Auf der Leinwand wird es manchmal dunkel, manchmal hell. Die Schauspieler reden manchmal jeder für sich, manchmal alle zusammen, so daß die Worte nicht mehr verständlich sind. Eine stottert, eigentlich die, von der man bei Godard erwartet hätte, daß sie sich am klarsten ausdrückt - die Arbeiterin. Piccoli hustet vor sich hin, ewiger Frosch im Hals. Und jede Szene fängt an, aber keine hört auf. Es sind dauernde Ansätze, nichts scheint zu Ende geführt, nichts dramatisch strukturiert zu sein.

Außer El Greco mußten auch Goya, Rembrandt, Delacroix, Watteau und Ingres daran glauben: der polnische Regisseur versucht, filmisch die alten Meister nachzuahmen, sucht ewig das richtige Licht, die tiefere Bedeutung, die genaue Übersetzung ins Heute, aber es gelingt ihm nie. In der Zwischenzeit stehen die anderen Arbeiterinnen zum Fabrikbesitzer statt zur jungen Revoluzzerin und akzeptieren eine Gehaltskürzung, damit dieser - sofort entlassen - eine Abfindung zugeschoben werden kann. Zwar sind diese Umstände bei Ansicht des fertigen Film nur schwer erkennbar, aber sie entstammen laut Godard wenigstens der Wirklichkeit, nämlich einem französischen Zeitungsbericht, den er aufgetrieben hatte.

Als ich Godard frage, warum es mitten im Film oft so dunkel wird, sagt er, »die Vorführer in den Kinos schlafen sowieso. Das Licht auf der Leinwand der Kinos in der ganzen Welt kommt und geht, unabhängig von der Absicht des Regisseurs. Da ziehe ich es vor, den Lichtwechsel selbst zu kontrollieren.« Und das Stottern erklärt er, indem er sich darauf bezieht, wie Arbeiter, wenn sie im Fernsehen einmal die seltene Gelegenheit bekommen, sich auszudrücken, immer stottern, im Gegensatz zu den Vertretern der Gewerkschaften, die »sowieso nur das Geschwätz von Vater und Mutter wiederholen«. Und die Kunstwerke? »Ich mußte das Beste aus der Vergangenheit nehmen, um das große Gewicht der Sorge, die schwer

wie ein Haus auf den Schultern der kleinen Arbeiterin lastet, voll auszudrücken. Dafür mußte ich auf das Größte, was revolutionäre Kunst in der Geschichte geleistet hat, zurückgreifen.«

Ob es ihn wirklich interessiert, daß er »verstanden« wird? Sein Verhältnis zum Publikum? Eine solch neue, indirekte Filmsprache - riskiert er da nicht, daß man aufhört, ihn ernst zu nehmen? Oder macht er seine Filme für die Wenigen?

»Das Kinopublikum hat keinen Respekt für sich selbst. Wenigstens weniger als die Zuschauer bei einem Fußballmatch. Dort drücken die Leute ihre Reaktionen wenigstens aus. Deshalb muß ich zeigen, daß alles, auch Dinge, von denen das sonst nicht angenommen wird, wichtig ist. Das kleinste Detail ist wichtig. Und hauptsächlich die Arbeit, die geleistet wird, von allen, nicht nur von Künstlern. Aber die Kunst hilft uns, das, was sonst vergessen würde, immer vor Augen zu halten. Deshalb gibt es in meinem Film Kunstwerke und Arbeiter, und deshalb wird gestottert, denn das Verhältnis zur Wirklichkeit war und ist immer noch bei uns allen gestört.«

Beobachtet man den Mann bei der Arbeit, so ist die Verbissenheit, die Verschriebenheit zur Arbeit und zum Detail, sofort sichtbar. Jede Einstellung wird von ihm »vorgefahren« - er sitzt selbst an der Kamera, nimmt sie auch selbst auf die Schulter, drückt selbst auf den Auslöser, läßt sich nur Schärfe und Licht von Assistenten einstellen. Seine Genauigkeit ist endlos; im Laufe des Tages, als ich ihn beobachtete, wurde in meiner Anwesenheit nur eine einzige Einstellung gedreht und eine zweite kurz vorbereitet. Godard kümmert sich um alles, um jedes Detail: kann die verlängerte Maria so lange knien wie die Einstellung es verlangt? Vielleicht noch eine Lage Schaumgummi unter das rechte Knie? Hier könnte in die Holzfassade noch eine Ausbuchtung eingesägt werden, sie müßte sich dann nicht so krümmen. Und für die Standfotografin, seine Freundin Anne-Marie Miéville, läßt er den ganzen Apparat nach der Einstellung ein zweites Mal auffahren: jetzt reitet sie auf dem Riesenkran die 20 Meter Greco auf und ab, bewaffnet nur mit der kleinen Olympus.

Es gibt wieder Überstunden. Godard ist der letzte, der das Studio verläßt. Morgen früh wird er wieder der erste sein und wird noch vor Erscheinen der Techniker das Drehbuch umarbeiten.

Das heißt, heute war doch eigentlich der letzte Drehtag? Na ja, sagen wir, der vorletzte.

Kasten »Godard über seine Kinoarbeit« auf Seite 76:

»Der Film oder das Kino, das ich mache, beruht auf folgendem Prinzip (was übrigens heute auch das Prinzip der Physik oder Mathematik ist - und ich empfinde mich eher als Wissenschaftler denn als Künstler, wenn auch in einem anderen Sinn): das Zufällige, das Mögliche, was zwischen wahrscheinlich und möglich liegt, die Balance. Das ist ein ziemlich zufälliges Herangehen, eher das Herangehen der Maler und Musiker, wie beim Kino zur Zeit seiner Erfindung.

Ich kann nicht zeichnen wie Daumier, aber ich beobachte die Leute ebenso wie Daumier, oder er hilft mir bei der Frage, weiche Leute zu beobachten sind. Um über die Größe des Alltäglichen Rechenschaft ablegen zu können - was das Ziel des Films war - mußte man eintauchen in das, was früher war, in das, was blieb, von der Kunst vermittelt. Die Römer haben keine Wagen hinterlassen, sondern Fresken, die Höhlenmenschen haben uns einige Zeichen, das 18. Jahrhundert hat uns Beethoven hinterlassen, Wir wissen nicht, was in Valmy passiert ist, aber wir wissen über Beethoven, über die Neunte, wie die Marseiller die Marseillaise gesungen haben, wahrend sie nach Paris marschierten. Um von der Revolution zu sprechen, müssen wir uns vorn Größten aus der revolutionären Vergangenheit bedienen: der Metapher, und die Kunst liefert sie uns. Ich muß sie nur kopieren, indem ich Beethoven und mich selbst respektiere.«

Konkret 05/83, S. 78

Thomas Doberstein

Ein Bildersturm

Alle Verleger klagen über Absatzschwierigkeiten. Nur den Comic-Produzenten scheint die Konkurrenz von Fernsehen, Kino und Video nicht zu schaden. Im Gegenteil: Der Markt für Erwachsenen-Comics erlebt einen unerwarteten Boom. Und längst wird da nicht mehr nur mit Zeichen-Pornos gehandelt - das neue Angebot bietet auch Stoff für feingeistige Ästheten. Aber bei allem Erfolg ist die Comic-Szene so unübersichtlich wie zerstritten. Da geht es fast wie in einem Comic zu.

Das dtv-Lexikon zur Publizistik weiß es ganz genau: »Comics als Bestandteil der Kommunikationsmittel befriedigen in exemplarischer Weise das Bedürfnis der Lesermassen nach Schablonisierung psychischer Konflikte und Heroisierung überoptimaler Verhaltensweisen.« Alles klar? Man kann es auch anders, noch überoptimaler formulieren: Comics sind völlig angesagt.

Die Verleger von Bildergeschichten haben jedenfalls - ganz anders als ihre Kollegen von der 'seriösen' Literatur - keine Absatzsorgen. Ihr Branchenführer Raymond Martin kann »gerade in den im Buchhandel umsatzschwachen vergangenen zwölf Monaten einen unglaublichen Aufschwung« melden. Martins Volksverlag bietet rund 120 verschiedene Titel an - von zur Zeit etwa 600 lieferbaren Comic-Büchern auf dem deutschen Markt. Die Rede ist hier allerdings nicht von Rintintin und Lupo, nicht von den jährlich 160 Millionen Heften (allein »Micky Maus« wird pro Ausgabe knapp eine halbe Million mal verkauft) für Kinder und halb-alphabetisierte Jugendliche, die Rede ist vom Boom bei den »Erwachsenen-Comics«.

In fast jeder deutschen Großstadt gibt es seit kurzem Spezialgeschäfte für die meist gar nicht so komischen Comics. Einer dieser Läden, der des Kölner Jungunternehmers Benedikt Taschen, bekommt gerade bundesweite Gratis-PR durch die »Original-Szene«-Anzeigen der Tabakmarke Samson. Aber Taschen hat nicht nur - so seine Eigenwerbung - in seinem Shop das größte Comic-Angebot der Welt, er verlegt auch selbst. Vor allem: Er verfügt über einen effektiven Vertriebsweg für diesen neuen, expandierenden Markt. Und hier hat sich der 22-jährige Newcomer innerhalb von wenigen Monaten durch seine harten Konditionen Ärger, Neid und Mißgunst bei fast der gesamten übrigen Branche eingehandelt. Für das Fachblatt »Buchmarkt« wurde er gar zum »Szeneschlächter«, der für einen erbarmungslosen Konkurrenzkampf sorgt und der auch manchen auf der Strecke läßt. So mußte zum Beispiel die hannoversche Edition Becker & Knigge aufgeben, und Geschäftsführer Hartmut Becker gibt Taschen die Schuld an der Pleite: »Über Monate hinweg weigerte er sich, unsere Titel in seinen fast monopolartigen Vertrieb aufzunehmen. Bereits wenige Tage nach unserem Konkurs wollte Taschen allerdings Lizenzen für Bücher, die er bei uns stets für unverkäuflich hielt, für seinen eigenen Verlag erwerben.«

In der Tat lassen die aufwendig produzierten, oft durchgehend vierfarbig gedruckten und großformatigen neuen Comic-Bände kaum kalkulatorischen Spielraum zu. Denn anders als bei den billigen Heften, die in Massenauflagen an die Kioske gehen, erreichen die Bilderalben für Erwachsene meist nur Auflagen von 3.000 bis 10.000 Stück und müssen über den Buchhandel vertrieben werden. Dem betulichen deutschen Sortimenter aber muß dieser neue Bildersturm unheimlich sein. Dessen Vorbehalte stammen oft genug noch aus den 50er Jahren, als die Schulen mit Anti-Schmutz-und-Schund-Kampagnen von Comics gesäubert wurden (fast gesäubert - denn das »Sigurd«-Heft im Schokoladentafelformat konnte auch gut unter der Bank gelesen werden).

Raymond Martins Volksverlag zum Beispiel versucht, den Buchhandel mit Sonderrabatten, kostenlosen Verkaufsständern und Extraprämien zu gewinnen: »Wenn Sie bis zum 1.6.1983 ein Schaufenster den Erwachsenen-Comics widmen, erhalten Sie eine Gutschrift von 200 Mark.« So ganz scheint Martin seinem eigenen Marketing jedoch selbst nicht zu trauen. Sein Volksverlag steht für fünf Millionen Mark zum Verkauf. Eine ansehnliche Summe, wenn man bedenkt, daß Martin Ende der 60er Jahre mit einer Landkommune bei Nürnberg und ein paar handgestrickten Drogenbüchern aus seinem UPN Verlag (»Undefinierbare Produkte aus Nürnberg«) angefangen hat. Heute ist das Dorfpostamt von 8531 Linden durch den Volksverlag gut ausgelastet.

Einen anderen Weg, sich gegen Martins mächtigen Versand und Taschens Vertrieb zu wehren, gehen seit einigen Wochen vier kleinere Comic-Verlage, die ihr engagiertes Programm jetzt gemeinsam in einem »Comic-Ring« anbieten. Mit dabei ist auch Abraham Melzer, in dessen »Comic-Verlag« jetzt »Das große Buch der Comics« von Wolfgang J. Fuchs und Reinhold C. Reitberger erscheint. Diese gründliche und lesbare »Anatomie eines Massenmediums« (so der Titel der Erstauflage) hat ganz sicher zum gegenwärtigen Boom der Blasen-Stories beigetragen.

Vor allein der Reinbeker Carlsen-Verlag profitiert von dem neuen Trend. In diesem Frühjahr vertreibt er erstmals seine Werbezeitung »Comic Art - Neues aus der Welt der bunten Bilder« kostenlos in einer Auflage von 120.000 über die Buchhandlungen. Von allen Strip-Verlegern kann sich der Branchenveteran Carlsen, der 1967 mit »Tim und Struppi«-Bänden für Kinder startete, heute am ehesten auf den französischen Kulturminister Jack Lang berufen: Für den sind die Erwachsenen-Comics »ein wertvolles Kulturgut, das es zu fördern gilt«.

Allerdings wird der Minister dabei kaum an seinen Landsmann, den Kunstprofessor Georges Pichard, gedacht haben. Dessen sadistische Pornostrips gehören zu den gefragtesten ihrer Art - bei den deutschen Staatsanwälten. Pichards

Folterphantasien gegen eine Beschlagnahme zu verteidigen, fällt in der Tat schwer. Die beiden Bände »Marie-Gabrielle de Saint-Eutrope«, in einem Rotterdamer Verlag auf deutsch erschienen, liefern - so die Verlagswerbung wahrheitsgemäß - »dem Liebhaber sadomasochistischer Literatur eine Fülle von Szenen und Darstellungen, wie er sie in seinen kühnsten Träumen wohl nie je erwartet hätte«.

Im Comic lassen sich eben Brutalitäten und Monstrositäten szenisch darstellen, bei denen selbst perfekte Tricktechnik im Film versagen muß. Und weil Erwachsenen-Comics in der Regel Comics für Männer und diese Männer nicht gerade von der Softi-Sorte sind, kommt es in den Läden, die sich auf das Blasenmedium spezialisiert haben, immer häufiger zu Beschlagnahmeaktionen. Besonders eifrig war die Kripo im März im Frankfurter »Comic Laden«. Dort wurden nicht nur Sado-Maso-Pornos von Pichard oder seinem Kollegen Guido Crepax (»Justine«) kassiert (und zwar auch aus den Verkaufsräumen, die für Jugendliche nicht zugänglich sind), sondern auch gleich noch eine Dokumentation über eine ganz ähnliche Beschlagnahmeaktion von Anfang Januar. Auch Verlagskataloge und selbst ein Schaufensterschild mit dem Hinweis, daß alle lieferbaren Comics beschafft werden, wurden sichergestellt.

Wenn Polizei und Justiz Porno sagen, meinen sie allerdings oft genug Politik. Auch wenn es um Comics geht. Tatsächlich waren es in den 60er Jahren die U-Comix aus dem linken amerikanischen Underground, die den rigiden »Comic Code« der US-Blasenbranche nach und nach aufweichten. Dieser Kodex enthält auch in seiner gelockerten und heute noch gültigen Fassung von 1971 zum Beispiel ein Verbot »unschicklicher Betonung irgendwelcher körperlicher Qualitäten« - eine Anweisung, die sich natürlich nur auf die Darstellung von Frauen beschränkt. »Spiderman« und »Conan der Barbar« dürfen, ja müssen ihre körperlichen Qualitäten durchaus betonen. Ein anderer Paragraph der Moralregel, der sich alle großen amerikanischen Verlage zu unterwerfen haben, bestimmt: »Polizisten, Richter, Regierungsbeamte und ehrbare Institutionen sollen nie in einer Art und Weise dargestellt werden, die Respektlosigkeit gegenüber der etablierten Autorität wecken könnte.« Wie streng dieser Selbstzensur-Kodex eingehalten wird, mußte sogar der Altmeister des Zeichen-Streifens, Charles M. Schulz, erfahren. Eine seiner »Peanuts«-Folgen wurde ihm vom Verlag zurückgeschickt, weil sich die Schmusedecke von Linus ganz eigenmächtig und angeblich obszön um Lucy herumgewickelt hatte.

Heute erscheinen im holländischen Drukwerk-Verlag Parodien der gängigsten Comic-Serien, die die Prüderie ihrer asexuellen Vorlagen verulken: Da bumsen die Schlümpfe fröhlich im Wald (»Sex in Smurfenland«) und Lucky Luke verschießt seine Munition auch nicht ins Leere (»I'm a poor lonesome cowboy and I'm fucking a long way from home ... «).

Die kalifornischen Comics der Studentenrevolte, meist im Selbstverlag auf Kellerpressen hergestellt, übten jedenfalls immer schon fröhliche Tabuverletzung - wie etwa die »Freak Brothers« oder die »Head-Comix« von Robert Crumb, dessen Arbeiten heute kostbar ausgestattet (Kunstleder im Schuber!) beim 2001-Verlag nachgedruckt werden. Überhaupt sind etliche der Underground-Zeichner zur Weltelite der Comic-Autoren aufgestiegen. Einer der bekanntesten unter ihnen ist Richard Corben. Seine Fantasy-Sagas (»Den«) sind die Bestseller jedes Comic-Katalogs: blutrünstige Muskelmonstren befriedigen die Allmachtsphantasien von Lesern, die in ihrer Abhängigkeit nicht wissen, wo's langgeht. Von Sozialkritik oder emanzipatorischen Ansätzen seiner Anfänge ist bei Corben jedenfalls schon lange nichts mehr zu spüren, und die Ähnlichkeit seiner Helden mit dem faschistischen Männerbild (Thorak, Breker) ist nicht nur äußerlich.

Aber mit seiner Zeichentechnik und vor allem seiner Farbgebung rangiert Corben, etwa zusammen mit dem Franzosen Moebius, an der Spitze seines Genres. Überhaupt sind die künstlerischen Qualitäten vieler Erwachsenen-Comics kaum noch bestritten - und sie werden nicht mehr ausschließlich der Trivial-Kunst zugerechnet. Immer schon haben es die »Panelologen« und andere Propagandisten des Blasenmediums geschickt verstanden, die Comics ans Ende einer edlen kunsthistorischen Entwicklungslinie zu placieren: von ersten Höhlenzeichnungen über den Teppich von Bayeux bis Wilhelm Busch wurde von den Ahnenforschern der Branche noch jedwede narrative Bilderfolge zum Comic-Vorläufer deklariert. Und unablässig wird darauf hingewiesen, daß eine der ersten und bekanntesten Comic-Serien der Neuzeit, »The Kin-der-Kids«, immerhin von Lyonel Feininger stammt. Und selbst die simpelsten Comic-Muster wurden schließlich vom amerikanischen Pop-Art-Maler Roy Lichtenstein durch Riesenvergrößerungen in den Kunstrang gehoben. 1967 war es auch in Europa so weit: Die »Bandes dessinées«, die ordinären Comic-Strips, wurden durch eine Ausstellung im Louvre geadelt. Kurz darauf wurden in der Bundesrepublik von einer entmotteten Germanistik auch die verbalen Inhalte der Comics als »Textsorte« zur Literatur erklärt, und universitäre Proseminare beschäftigen sich ausgiebig mit Donald Ducks »Onomatopöien« (so nennt man das, wenn die Entenhausener »mmpf« machen oder »roarr, zack-wumm!!!«).

Das studentische Publikum ergötzte sich vor allem an »Asterix«. Die Geschichten aus dem gallischen Widerstandskampf wurden in der Bundesrepublik bisher über 25 Millionen mal verkauft. Das Aufkommen der ersten Hinkelsteine westlich des Rheins bezeichnet auch ungefähr den Beginn der neuen Erwachsenen-Comic-Ära. Der Literaturwissenschaftler Reinhard Wolff, selbst ein Apo-Veteran, sagt: »Der Held in Godards 'Pierrot le Fou' identifiziert sich mit Comic-Helden und bezieht zum Teil seine Handlungsanweisungen aus Comics, und für die Studenten und Intellektuellen der 68er-Generation sind Comics und Comic-Lektüre Inhalte einer (geträumten) Gegenkultur.« Aber ab und zu auch Mittel zur politischen Propaganda (wobei man sich gern auf das Vorbild der »Rosta-Fenster« aus der russischen Revolution berufen

hat): zum Beispiel bei der Anti-AKW-Adaption »Asterix und das Atomkraftwerk«. Und aus dem Comic »Marx für Anfänger« hat sich mittlerweile beim Rowohlt-Verlag eine ganze Taschenbuchreihe mit Sach-Comics entwickelt. Auch Verlage wie VSA, die sich früher auf graue Theorie beschränkt haben, führen neuerdings bunte Comics im Programm. Und VSA heißt immerhin »Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung«. Im Weismann-Verlag erscheint dieser Tage eine Anthologie, die beweist, daß sich das Comic-Repertoire der linken Szene längst nicht mehr auf Stars wie Gerhard Seyfried und Brösel beschränkt.

Von der feinsinnigen Selbstironie der französischen Feministin Claire Brétecher bis zum faschistoiden Omnipotenz-Wahn des »Incredible Hulk«, ob »Heini Sack und Käthe Schlitzberger« ihre Kollegen Porno-Zeichner lüstern verhöhnen oder ob die »Illustrierten Klassiker« (Gesamtauflage in 30 Jahren: über eine Milliarde Hefte) Bildungsbürgergut in Sprechblasenhäppchen zerstückeln - mit Comics läßt sich (fast) alles sagen. Dieses Spektrum zeigt: Allein das Medium kann nicht die Botschaft sein.

Aber auch unabhängig von seinen Inhalten ist dieses Medium immer noch spannend - gerade durch die Entwicklungen der letzten Jahre. »Magnum Song« zum Beispiel, ein Comic-Band von Jean-Claude Claeys aus dem Taschen-Verlag, fasziniert durch raffinierten schwarzweißen Fotorealismus und ist nicht nur durch die vielen Bildzitate eine einzige Hommage an Hollywoods Schwarze Serie. Der verworrene Inhalt der erzählten Story wird da schlichtweg nebensächlich. Aber auch unabhängig von solchen direkten Bezügen wird die Bildsprache der anspruchsvolleren Comics immer filmischer. In sogenannten Split-Panels wird mit Schnitt/Gegenschnitt gearbeitet, Rückblenden, Zooms und Totalen werden wie im Film eingesetzt, ja sogar noch effektiver, denn anders als auf der Leinwand können im Comic die einzelnen Phasen gleichzeitig betrachtet werden.

Auf der anderen Seite greift Hollywood immer häufiger zu gängigen Comic-Vorlagen. Aber selbst wo nicht wie bei »Conan«, »Annie«, »Superman« oder früher »Barbarella« ein Bilderheft die Drehbuchgrundlage liefert, bedienen sich die amerikanischen Erfolgsregisseure zumindest der dramaturgischen Arbeitsweise der Comic-Autoren. Steven Spielberg, Francis Ford Coppola oder George Lucas arbeiten mit »Storyboards«, auf denen wie im Comic-Strip jede einzelne Filmeinstellung zeichnerisch vorgegeben wird.

Umgekehrt wird aus erfolgreichen Film- und TV-Serien auch schnell ein Comic, von »Star War« bis »Dallas«, allerdings meist von miserabler Qualität. Ganz anders Burne Hogarths »Tarzan«-Strips, die ebenfalls erst erschienen waren, nachdem Edgar Rice Burroughs' Romanheld aus dem Dschungel längst auch zum Kinoheld geworden war.

Hogarts Klassiker gehört auf Comic-Auktionen heute zu den gefragtesten Stücken. Für ein druckfrisches Heft (»in mint«) einer »Tarzan«-Erstausgabe aus den dreißiger Jahren zahlen Sammler rund 1.500 Mark. Gar das Doppelte verlangt Comic-Händler Taschen für ein »Micky Maus«-Heft, das 1937 in Zürich erschienen ist. Der schweizerische Bollmann-Verlag brachte damals die ersten deutschsprachigen Disney-Produktionen heraus. Aber erst nach dem Krieg - im Faschismus waren die Strips als »Unkultur« verboten - konnte Herr Maus auch bei uns zur erfolgreichsten Comic-Figur werden. Ganz großen Anteil daran hat zweifellos die deutsche Übersetzerin Erika Fuchs. Seit Jahrzehnten sorgt sie mit klugen und witzigen Übertragungen der Bildergeschichten dafür, daß Donaldisten auf der ganzen Welt auf die deutschsprachigen Ausgaben neidisch sein müssen.

Vor Jahren hat Erika Fuchs übrigens auch schon mit lakonischer Souveränität den Streit über Wert und Unwert des Mediums erledigt. Donald grapscht sich von seinen Neffen ein Comic-Heft und räsoniert: »'Der Supermensch'! Ein Phantasiegebilde von Detektiv, das über Wolkenkratzer springt und mit der bloßen Hand eiserne Brücken verbiegt.« Dann geht er in die Luft und schreit los: »Habt ihr nichts Vernünftigeres zu tun, als solchen Unsinn zu lesen?« Verstört antwortet Tick (oder Trick oder Track): »Nein, Onkel Donald.«

Konkret 05/83, S. 88

Robert Gernhardt

10 Sätze betr. Komik, komische Zeichnung, Bildende Kunst und Literatur nebst einem Zusatz

1

Um den Schwierigkeiten zu entgehen, die eine korrekte Definition der Begriffe »Karikatur«, »Cartoon«, »Bilderbogen« und »Comic Strip« mit sich bringen würde, beschränke ich mich darauf, im Folgenden von »Komischer Zeichnung« zu sprechen.

2

Viele bildende Künstler haben, meist in ihrer Jugend, komische Zeichnungen gemacht: Bernini, Goya, Brune-Jones, Dante Gabriel Rossetti, Manet, Monet, Nolde, Barlach, Picasso, Juan Gris, Feininger, Klee - war da noch jemand? Im Moment fällt mir kein weiterer Künstler ein. Ist auch nicht so wichtig. Denn meist haben sie das komische Zeichnen bald wieder gelassen, selten waren ihre Zeichnungen besonders komisch, fast nie haben sie Einfluß auf Geschichte und Entwicklung der komischen Zeichnung ausgeübt.

3

Hin und wieder griffen auch hauptberuflich komische Zeichner zum ernsten Pinsel, meist hatten sie ja mal ursprünglich Maler werden wollen: Daumier, Wilhelm Busch, Adolf Oberländer, Th. Th. Heine, Olaf Gulbransson, in neuerer Zeit Steinberg, Maurice Henry oder André François, Meist haben sie die Malerei sehr nebenher betrieben, selten waren ihre Bilder besonders gut, fast nie haben sie Geschichte und Entwicklung der bildenden Kunst beeinflußt.

4

Es gibt viele komische Zeichnungen, wenige komische Ölbilder, kaum komische Plastiken. Offenbar besteht eine Relation zwischen Arbeitsaufwand und Effekt - für einen Lacher lohnt es sich nicht, monatelang an einem Stein herumzuhämmern. Auch bei komischen Ölbildern stört der mangelnde Sinn für Ökonomie. Den pinkelnden, greinenden, vom Adler entführten »Ganymed« hätte Rembrandt billiger haben können, eine Zeichnung hatte es auch getan.

5

Die komische Zeichnung will immer irgendwas. Sie will Augen öffnen für, Partei ergreifen gegen, Stellung nehmen zu, aufmerksam machen auf, lachen machen über. Hier, jetzt und gleich. Deshalb muß sie rasch produziert und schnell unter die Leute gebracht werden. Noch der viel-, doppel und zweideutige Witz verfolgt eindeutig eine Absicht, meist eindeutige Absichten.

6

Die bildende Kunst will natürlich auch irgendwas. Aber was will die bildende Kunst eigentlich? Über den Apoll von Tenea, Piero della Francescas »Madonna del Parto« oder Vermeers »Der Maler im Alltag« wird nie das letzte Wort gesprochen werden. Noch der unbedarfteste abstrakte oder fotorealistische Pinselschwinger tritt mit dem Anspruch einer vieldeutigen Aussage an. Um so schlimmer für ihn, wenn er eindeutig

Scheiß baut.

7

Aus alledem schließe ich, daß bildende Kunst und komische Zeichnung außer einigen Darstellungsmitteln nicht viel miteinander zu tun haben.

Zumal die komische Zeichnung selten ohne ein weiteres, ein gerade der bildenden Kunst ganz und gar fremdes Medium auskommt: ohne das Wort. Was immer die komischen Zeichner sonst noch alles wollen, eines wollen sie mit allen Mitteln: erzählen. Ihr Mitteilungsdrang ist wahrhaft grenzenlos: er überschreitet die Grenzen, die die Künste normalerweise voneinander scheiden. Sie vagabundieren in einer Art Niemandsland zwischen bildender Kunst, Literatur und darstellender Kunst umher; die meisten Bildergeschichten von Toepffer, Doré und Busch bis hin zu Barks, Feiffer und Poth lassen sich ohne Schwierigkeiten animieren, das meint: in Bewegung setzen.

8

1845 schrieb Rodolphe Toepffer, der sogar von, jawoll, Goethe gewürdigte Vater der Bildergeschichte: »Man kann in Kapiteln, in Reihen, in Worten Geschichten schreiben: das ist Literatur im eigentlichen Sinn. Man kann auch in einer Folge graphischer Darstellungen Geschichten erzählen: das ist Literatur im Bilde. Man kann auch keines von beiden tun: und das ist manchmal das Beste.« Ich möchte hinzufügen: Man kann mit einigem Recht auch die komische Einzelzeichnung, die ja

ebenfalls erzählt, der Literatur zuschlagen. Die Zeichnung mag dort als Fremdkörper wirken, das »Komische« aber ist in der Literatur bedeutend besser aufgehoben, es durchsäuert sie von so niederen Gattungen wie dem Schwank und der Anekdote bis hinauf zu Höchstleistungen wie dem »Don Quijote« oder dem »Ulysses«. Vergleichbares wird man in der bildenden Hochkunst vergeblich suchen.

9

Natürlich hört mal wieder niemand auf mich.Und deshalb wird es dabei bleiben, daß sich auch in Zukunft niemand im Ernst für die komische Zeichnung verantwortlich fühlen wird, weder der Kunst- noch der Literaturkritiker. Daß die sich, wenn sie überhaupt was sagen, weiterhin halbherzig und schulterklopfend aus der Affäre ziehen. Indem sie dem komischen Zeichner beispielsweise attestieren, daß er im Grunde seines Herzens eigentlich ein ernsthafter Künstler sei, der bei Licht betrachtet... Er sei der »Michelangelo der Karikatur«, hörte ich während einer Buchmesse den Schreiber Herbert Rosendorfer dem Zeichner Hans Georg Rauch ins Gesicht salben. Darunter tun sie es nicht. Anstatt sich mal zu überlegen, worin die immerhin denkbaren Unterschiede zwischen Michelangelo und Hans Georg Rauch bestehen. Dessen Zeichnungen mögen nicht die allerkomischsten sein, komischer als der David sind sie allemal. Wie kommt das?

10

Hoffentlich hört niemand auf mich. Denn meinetwegen kann alles so bleiben. Muß man denn auch noch die letzten Reservate der Unordnung einzäunen, die letzten fließenden Grenzen festlegen oder doch wenigstens kartographieren? Nein. Wieso auch? Nützen würde es ohnehin nicht viel. Die komischen Zeichner sind ein unruhiger Haufen, stets auf der Suche noch neuen Quellen der Komik. Wiese man ihnen ein abgestecktes Territorium zu, sie würden sofort versuchen, in die angrenzenden Gebiete auszubrechen.

Womöglich fingen sie an, zu komponieren (Wie Shel Silverstein for Dr. Hook and his Medicine Show). Oder zu musizieren (Robert Crumb hat seine eigene Band, die Cheap Suit Serenaders). Oder Stücke zu schreiben (Ich denke an Jules Feiffer). Oder zu schauspielern (Ich sage nur: Loriot). Oder Bühnen auszustatten (Edward Gorey stattete die wegen ihrer Ausstattung vielgelobte Broadway-Produktion »Dracula« aus). Oder Bücher zu schreiben (Topor schrieb «Die Memoiren eines alten Arschlochs«).

Doch warum in die Ferne schweifen. Ein naheliegender Blick auf die »Neue Frankfurter Schule« genügt: Friedrich Karl Waechter wurde weltweit erst als Dramatiker bekannt durch sein Stück »Schule mit Clowns«. Er wirkte als Co-Autor und als Co-Regisseur an dem Arnold-Hau-Film »Das Casanova-Projekt« mit und reimt, wie er's braucht. Hans Traxler schrieb die häufig übersetzte Wissenschaftsmystifikation »Die Wahrheit über Hänsel und Gretel«, als Forscher Georg Ossegg entlarvte er für das und in dem Fernsehen das Märchen von Schneewittchen und den sieben Zwergen. Von F. W. Bernstein gibt es Gedichtbände und Zeitstücke. Chlodwig Poth verfaßte den heiteren Roman »Die Vereinigung von Körper und Geist mit Richards Hilfe«. Und außerdem schufen die Genannten noch politische Kartenspiele und Bühnenbilder, Plakate und Anti-Startbahn-Buttons, Schallplatten und Schwellköpfe, Funksatiren und Liedtexte, mit einem Wort: Kraut und Rüben. Ich berichtige mich: mit drei Worten. Wer soll das alles in die Reihe bringen? Soll man das alles überhaupt in die Reihe bringen?

Zusatz: Der Ordnung halber sei noch angemerkt, daß auch ich der erwähnten Schule angehöre, komische Zeichnungen zeichne und den Zeichenstift hin und wieder gegen die Schreibfeder eintausche. Doch, das tu ich. Gerade eben habe ich wieder was geschrieben. Ich werde es vermutlich »10 Sätze betr. Komik, Komische Zeichnung, Bildende Kunst und Literatur nebst einem Zusatz« nennen.

Konkret 05/83, S. 91

Hermann Kant

Wir Schufte

Die Kampagne gegen die Friedensgespräche von Schriftstellern aus Ost und West geht weiter. Kurz vor dem jüngsten Treffen Ende April in Westberlin erschien in der Springerzeitung »Die Welt« ein Artikel von Joachim Seyppel. Der Schriftsteller, der von der BRD in die DDR und wieder in die BRD gewechselt ist, wirft dort Hermann Kant als einem der maßgeblichsten Teilnehmer des Friedens-Dialogs Spitzeltätigkeit vor. KONKRET hat Kant, der Präsident des DDR-Schriftstellerverbands ist, danach gefragt.

KONKRET: Herr Kant, der Schriftsteller Joachim Seyppel hat in der »Welt« einen Haftbefehl gegen Sie als angeblichen Stasi-Agenten gefordert. Hatten Sie keine Angst vor einer Festnahme, als Sie heute wieder nach Westberlin gekommen sind?

Kant: Nein, natürlich nicht. Zum Glück ist es ja noch nicht so weit, daß durch einen simplen Zeitungsartikel eine Maschine in Gang gesetzt wird. Und Seyppel hat schon so viel Unsinn geredet und geschrieben, daß man darauf eigentlich nicht mehr enerviert reagieren müßte. E sagt in seinem Buch an eine Stelle: »Ein Teil meines Hirns is lügnerisch«. - Ich fürchte das stimmt. Er hat nur nicht gesagt, in welchem Verhältnis dieses Teil zum Ganzen steht. Aber seine Vorwürfe sind jetzt in einer politisch nicht ganz unwichtigen Zeitung und zu einem bewußt gewählten Zeitpunkt erschienen, nämlich kurz vor dem Schriftsteller-Gespräch in Westberlin: das ist das interessante an diesem Vorgang

KONKRET: Hat das bereits entsprechende Wirkung gehabt?

Kant: Nein, ich habe noch nichts gehört. Aber natürlich ist es ein Unterschied, ob jemand vor einer Greenpeace-Veranstaltung oder auf der internationalen Rauchwaren-Messe als erfolgreicher Robbenschlächter vorgestellt wird. Übrigens wurde vor fast 20 Jahren auch von der »Welt« ein ganz ähnlicher Versuch unternommen, Gespräche zwischen Schriftstellern zu stören. Damals wie heute gehörten Günter Grass und Uwe Johnson und ich dazu. Damals hatten wir - unter anderem war auch Hans Werner Richter noch dabei - hier beim SFB ein Rundfunkgespräch geführt. Und im Anschluß daran hat Günter Zehm in der »Welt« schon einmal ganz ähnliche Vorwürfe gegen mich veröffentlicht, und ich weiß, daß das damals zu einigen Unsicherheiten geführt hat.

KONKRET: Seyppel behauptet ja jetzt, Sie hätten sich mit geheimdienstlicher Tätigkeit sogar gebrüstet. Außerdem könne er eidesstattliche Versicherungen für seinen Vorwurf beibringen. *Kant:* Die möchte ich mal sehen. Es wird ja nicht Dr. Zimmermann dabeisein. Und wenn ich wäre, was Seyppel unterstellt, wäre es ja wohl einigermaßen töricht, mich damit zu brüsten. Andererseits darf man solche Äußerungen in ihren Auswirkungen auch nicht unterschätzen. Da hört man dann: Ach, wer ist schon Seyppel, dieser Narr. Nur hat eine Witwe wenig Trost darin, daß es ein Narr war, der ihrem Mann eine Flasche aus dem fünfzehnten Stock auf den Kopf geworfen hat. Man muß die psychische Verfassung eines Störenfriedes durchaus berücksichtigen, aber sie ist nicht das wichtigste. Das wichtige ist, daß das Klima der jüngsten Zeit wieder günstiger ist für das Auswuchern solcher düsteren Vorwürfe. Was man Bernt Engelmann und seinen Kollegen nachgerufen hat, hat ja auch seine Wirkung getan.

KONKRET: Also müssen die Vorwürfe doch ausgeräumt werden, selbst wenn sie von Seyppel kommen.

Kant: Nun, soviel vorab: Was in diesem »Welt«-Artikel steht, ist die blanke Erfindung, oder, wenn ihnen blank nicht gefällt, eine schmuddelige. Und sollte es keine andere Möglichkeit geben, der Sache der Gespräche zu dienen, werde ich mich mit den Herrschaften, die solche Behauptungen verbreiten, auch juristisch befassen müssen. Obwohl man sich mit jeder Art Berührung ein bißchen schmutzig macht.

KONKRET: Mit schwierigen Leuten werden Sie sich aber weiter an einen Tisch setzen müssen, wenn es um existentielle Fragen geht.

Kant: Ich mache mir überhaupt nichts vor: So wie ich vielen Gesprächspartnern unangenehm bin, so sind manche von ihnen mir unangenehm. Aber jemand, der nach der Polizei ruft, ist ja offensichtlich nicht daran interessiert, daß Gespräche stattfinden. Wenn mich dagegen jemand einen Schuft nennt, dann aber sagt, ich will mich darüber mit dir unterhalten, was wir beiden Schufte für den Frieden tun können: der ist willkommen. Soweit ich für meine Kollegen in der DDR sprechen darf, ist wirklich bester Wille vorhanden. Wir wollen versuchen, das fortzusetzen, was mit dem Europäischen Appell der Schriftsteller begonnen hat, was weitergegangen ist am Alexanderplatz und inzwischen auch in Den Haag oder Köln und Sofia.

KONKRET: Diese Liste der bisherigen Begegnungen ist ja schon recht lang. Welche Ergebnisse lassen sich von weiteren Schriftsteller-Treffen eigentlich noch erwarten?

Kant: Das ist eine Frage, die ich einem Vertreter von KONKRET gern etwas polemisch beantworte. Ich erinnere mich an die süffisante Feststellung von Ihrem Herausgeber Hermann Gremliza in »Literatur Konkret«, daß der Frieden immer noch nicht da ist, obwohl so unterschiedliche Leute wie Brandt und Kant den Appell unterschrieben haben. Feststellungen dieser

Art lassen sich auch nach dem Treffen in der Westberliner Akademie treffen. Die Frage ist nur, ob wir es deshalb auch unterlassen sollten, darüber zu reden, was wir denn tun könnten. Ich glaube, daß ein Teil des öffentlichen und des höchsten politischen Interesses, das die Friedensbewegung inzwischen hat, auch auf den Anteil der Schriftsteller zurückgeht. Die Friedensbewegung heute ist da, sie ist ein Faktor und ist für die Pläne mancher Leute ein Hemmnis. Man muß gegen sie anreden und sie diffamieren - von der höchsten Stelle eines Präsidentensitzes der USA bis in die niederen Ecken des »Welt«-Feuilleton.

KONKRET: Andererseits ist nicht zu leugnen, daß gerade in solchen Künstlerinitiativen das weltpolitische Ziel auch zum Vorwand und zum Vehikel der Befriedigung ganz anderer Interessen, beispielsweise der Befriedigung von Eitelkeiten, mißbraucht werden kann.

Kant: Sicher, das muß man halt einkalkulieren. Wenn wir akzeptieren, daß sich hier äußerst unterschiedliche Leute in einer Sache versuchsweise zusammenfinden, müssen wir auch mit dem ständigen Gegenversuch rechnen, die Widersprüche stärker herauszuarbeiten als diese eine Gemeinsamkeit. Ich muß da auch gar keinen Störwillen unterstellen; die unterschiedlichen Charaktere und politischen Oberzeugungen sind Kraft genug, Reibungen zu produzieren. Die Frage ist nur, ob man sich davon überwältigen läßt, oder ob man nicht aus den bisherigen Bemühungen folgert: Es geht, es geht.

Konkret 05/83, S. 92

Jürgen Flimm

Aus in drei Jahren

30 Millionen Theaterkarten werden jährlich in der Bundesrepublik verkauft; zwei Drittel von Bühnen, die mit Steuermitteln subventioniert werden. Der Staat wendet 0,23 Prozent aller öffentlichen Ausgaben dafür auf. Und weil diese Mini-Zuwendungen jetzt allenthalben noch weiter zusammengestrichen werden, ist ein Zusammenbruch der öffentlichen Theaterkultur abzusehen. Jürgen Flimm rechnet spätestens 1986 mit dem Kollaps seiner Kölner Bühne. In einem KONKRET-Gespräch sagt er, wie man aus der Krise herauskommen könnte

KONKRET: Herr Flimm, hat sich die Bonner »Wende« schon im Theater bemerkbar gemacht?

Flimm: Allgemein wird es sicherlich, um in der modischen Vokabel zu bleiben, kälter. Aber in den Kommunen sieht das doch anders aus; auf die Kultur, aufs Theater hat dieser Wechsel noch keine direkten Auswirkungen. Auch die SPD hat sich mit Kultur immer sehr schwer getan.

KONKRET: Zumindest von allen subventionierten Künsten ist Theater aber doch die am meisten politische und am meisten staatsabhängige. Da mußten sich gravierende politische Veränderungen doch auswirken.

Flimm: Die politische Abhängigkeit vom Staat ist eine finanzielle. Aber daß jetzt eine CDU-Regierung auf linke Theater Druck ausübt, sehe ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

KONKRET: Aber hat nicht der finanzielle Druck auf die Theater, auch in Köln, etwas mit der politischen Situation zu tun?

Flimm: In Köln bisher nicht. Es hat eher etwas damit zu tun, daß wir alle in den letzten Jahren zu sorglos gearbeitet haben. Auch wenn wir die Wachstumsideologien abgelehnt haben, haben auch wir von ihren vorläufigen Ergebnissen gut gelebt. Das war anfangs zu Beginn der Siebziger Jahre auch richtig, wichtig und unbedingt notwendig. Der öffentliche Reichtum hat auch uns neue Möglichkeiten geboten, unseren Beruf zu überdenken und selber zu erforschen. Inzwischen sind wir erwachsener geworden und müssen nun beweisen, daß wir auch die großen Betriebe beherrschen. Der ökonomische Druck, der sicherlich in den nächsten Jahren nicht schwächer wird, wird uns zu einem noch genaueren Nachdenken nicht nur über den Betrieb, sondern natürlich auch über unsere Ergebnisse zwingen.

KONKRET: Heißt das, der ökonomische Druck wird zu einer anderen Spielplangestaltung führen? Muß jetzt mehr darauf geachtet werden, daß die Theater auch voll sind?

Flimm: Na ja. Ich kenne keinen Regisseur, der sich nicht freut, wenn seine Vorstellungen voll sind. Das war vor zehn Jahren allerdings noch nicht so populär. Da ging es erst einmal darum, sich von einer überkommenen Ästhetik der Alten neu zu formulieren. Kortner nannte das ein wenig verächtlich das »Bubi-Theater«. Diese Abgrenzung gegen das Vor- und auch das Nachkriegstheater war notwendig. Denn auch in den Theatern hatte es ja kaum Trauerarbeit gegeben oder gar eine politische Besinnung auf die großen theatralischen Ereignisse der 20er und 30er Jahre. Aber die Theater sind ja keine Inseln, die sich außerhalb gesellschaftlicher Prozesse befinden. Wir müssen also genauer auf die Spielpläne sehen, allerdings ohne nun unbequeme politische Positionen aufzugeben.

KONKRET: Jedes Theater, das voll ist, ist ein gutes Theater: dieser Satz ist sicher falsch. Aber muß denn ein gutes Theater heute auch immer ein volles Theater sein?

Flimm: Nein. Aber am schönsten wäre es schon, wenn Aufführungen, die man verantworten kann, auch viele Zuschauer finden.

KONKRET: Das deckt sich mit dem, was die Sparkommissare wollen. Am deutlichsten at es der Essener Kulturdezernent Godde verlangt, der vom Intendanten Ulrich Brecht per Dienstvertrag »soziale Akzeptanz« forderte.

Flimm: Sowas ist natürlich Blödsinn. Wenn man das Rezept wüßte, was »soziale Akzeptanz« ist, also pro Jahr zwölf Inszenierungen, die ein volles Haus bringen, dann könnte man leicht Millionär werden.

KONKRET: Kann man heute überhaupt Theater kostendeckend führen, selbst wenn die Plätze zu hundert Prozent verkauft sind?

Flimm: Als Privat-Theater wäre das schon denkbar. Aber mit horrenden Eintrittspreisen. Und wie man dann die volle Platzausnutzung erreicht, steht in den Sternen.

KONKRET: Bei den öffentlichen Bühnen ist es wohl nicht einmal theoretisch möglich, denn über 80 Prozent des Gesamtetats werden doch von den Personalkosten aufgefressen.

Flimm: Es sind sogar 86 Prozent, vom Intendanten bis zur Putzfrau.

KONKRET: Für die direkte Theaterarbeit stehen also nur 14 Prozent zur Verfügung?**Flimm:** Ja. Und davon sind etwa die Hälfte Sachkosten, also Bühnenbild, Kostüme und so weiter, und die andere Hälfte disponible Personalkosten, also freie

Schauspieler, freie Regisseure.

KONKRET: Wenn nun die Subventionen wie in Köln festgeschrieben werden, die Sachkosten aber und vor allem die Personalkosten jährlich steigen, ist doch auszurechnen, wann in Ihrem Betrieb nichts mehr geht.

Flimm: Ja, sehr bald. In Köln könnte das Theater schon im nächsten Jahr kollabieren, spätestens aber 1986. Die Kosten steigen ja weiter, jährlich drei bis vier Prozent. Und ein Tarifabschluß von vier Prozent bedeutet für uns schon eine halbe Million zusätzliche Kosten. Da kann man nicht ständig vom freien Etat runterstreichen. Dazu kommt, daß die Theater ja steigenden Ansprüchen gerecht werden müssen. Die Leute sind durch Fernsehen und Kino verwöhnt und mit wahllosen Bildern vollgeschüttet. Wenn wir da genaue Gegenbilder zeigen wollen, erfordert dies große Anstrengung und großen Aufwand. Es kann also passieren, daß die steigenden Kosten weniger Aufführungen möglich machen und diese Aufführungen müder und kärglicher werden - wer will das dann überhaupt noch sehen!

KONKRET: Also erstmal Konkurs machen, um dann mit der Vergleichsmasse was völlig Neues anzufangen?

Flimm: Die Theater müssen erhalten bleiben, die sind ja ein wichtiges kulturpolitisches Instrument. Aber wir müssen mit diesen Betrieben professioneller umgehen. Daß wir zum Teil die mangelnde Verfertigung unserer Produkte mit unserem gesellschaftlichen Engagement rechtfertigen, sollte nicht mehr vorkommen. Aber auch das heißt nicht, politische Positionen oder ideologische Haltungen aufzugeben. Und was den Konkurs angeht: das kann sich keine Kommune erlauben. In Hamburg arbeiten zum Beispiel am Thalia-Theater 400 Leute, am Schauspielhaus 500 und an der Oper 1000. Als es beim Reynoldswerk um den Verlust von 300 Arbeitsplätzen ging, hat schon der Senat gewackelt.

KONKRET: Wieso regt sich die Öffentlichkeit dann immer über die hohen Zuschüsse für die Theater auf? Wird nicht doch gerade bei Bühnenbildern oder Kostümen zu viel Geld verschleudert?

Flimm: Was die Kostüme angeht, kann ich ein schönes Beispiel erzählen. Wir hatten mal in einer »Macbeth«-Inszenierung ein Kleid, das in der Abrechnung mit 5000 Mark ausgewiesen war. Das gab einen Riesenskandal. Tatsächlich hatte das Kostüm aber nur einen Materialwert von 96 Mark, der Rest waren fixe Personalkosten, für die kein Kostümbildner verantwortlich war. Natürlich kostet ein Bühnenbild mal 80.000, mal 100.000 Mark, manchmal aber auch nur 10.000 Mark. Und bei der Oper, wo die Bühnenbilder tatsächlich relativ teuer sind, müssen die auch 10 bis 15 Jahre lang halten.

KONKRET: Wenn das nun alles in absehbarer Zeit nicht mehr zu bezahlen ist, müßten Sie eigentlich ganz schlecht schlafen.

Flimm: Schon mal. Doch ich weiß, daß wir die Stadttheater so oder in veränderter Form brauchen. Da sind endlich die Politiker aufgerufen, sich entscheidende Gedanken zu machen! Und mal den Rotstift aus der Hand zu legen. Ich bin kein Politiker, ich bin Angestellter. Aber ich weiß, daß die Leute unser Theater wollen, daß es ein steigendes Bedürfnis dafür gibt. Die Besucherzahlen steigen. In einer Stadt wie Köln sind jeden Abend rund 3.000 Menschen in den etablierten kulturellen Betrieben unterwegs. In anderen Städten ist das ähnlich.

KONKRET: Nun argumentieren ja die Grünen und die Alternativen in den Parlamenten auch gegen die Riesensubventionen für die bürgerlichen Kulturtempel. In Hamburg fragen sie sich zum Beispiel, wieso der Staatsoper 55 Millionen Mark im Jahr in den Hintern geblasen werden müssen, während es nicht mal 1000 Mark für zwei freie Gruppen gibt, die damit fünfmal in der Altonaer »Fabrik« auftreten könnten.

Flimm: Das Problem hat ja eine ideologische und eine praktische Seite. Ich denke, die Grünen, die mit Recht über jeden umgelegten Baum weinen, müßten sich nun auch mal sorgen, was mit alten Texten passiert. Man bedenke, daß es kein einziges Exemplar der Hölderlinschen »Antigone« mehr zu kaufen gibt! Ich halte zum Beispiel Mozarts »Figaro« oder eine Verdi-Oper, oder Texte von Büchner, Goethe, Müller, Strauß, Brasch für erhaltenswerte Kunstwerke. Ob man dazu allerdings die großen Apparate braucht, ist eine Frage. Ich möchte auch bezweifeln, daß sich die alternative Kunst und die sogenannte Hochkultur gegenseitig ausschließen. Die Übergänge zwischen beiden Bereichen sind fließend, und alternative Kultur ist ja auch keine Erfindung der 70er Jahre, das hat ja eine sehr lange Tradition. Für die praktische Seite dieses Problems haben wir hier in Köln gleich zu Anfang unserer Arbeit eine Lösung gesucht: Wir haben einen Verein gegründet, in dem sich sämtliche Kölner Theater zusammengesetzt und miteinander geredet haben, also die Stadttheater, die Privattheater und die vielen, vielen freien Gruppen. Und dann haben wir Möglichkeiten der Kooperation ausprobiert. Das Schauspiel hat freien Gruppen etwa Räume und Technik zur Verfügung gestellt, hat diese Gruppen also teilweise indirekt subventioniert. Aber unabhängig von dieser praktischen Zusammenarbeit frage ich mich auch, ob die großen Staatstheater-Strukturen zu erhalten sind. Wenn man diese Häuser überhaupt erhalten will, wird man auch über ihren Betrieb alternative Lösungen finden müssen.

KONKRET: Welche denn?

Flimm: Ich kann nur für das Schauspiel reden, wo man die Betriebe radikal verkleinern könnte, wenn man könnte. Und dann wird man wohl auf die Idee der Truppe zurückkommen müssen. Es wird einen kleinen Teil hochqualifizierter Leute

auf der Bühne geben, wo es keine Trennung mehr zwischen den verschiedenen Sparten geben kann. Und auch das Schauspieler-Ensemble könnte man auf eine kleine Gruppe von hochgradigen Spezialisten reduzieren.

KONKRET: Welche Maßnahmen würden Sie zuerst ergreifen, wenn Sie freie Hand hätten?

Flimm: Ich würde versuchen, das Theater zu erweitern, das Angebot zu vergrößern - ein Kulturzentrum zu machen, um aus der Einbahnstraße rauszukommen.

KONKRET: Wen würden Sie entlassen?

Flimm: Niemanden. Allerdings könnte ich auf einen großen Teil der Verwaltung verzichten. Seit 1966 ist die Anzahl der Schauspieler gleich geblieben, aber der Verwaltungsapparat und der technische Apparat sind enorm gewachsen. Auf jeden Schauspieler kommen ungefähr zehn Nicht-Schauspieler. Ich würde gern ein Mitspielzentrum einrichten, ein spieltherapeutisches Zentrum. Dazu auch ein Kino und natürlich die Kneipe. Und vor allem müßte dieses Zentrum ganztägig zu nutzen sein. So ein Theater müßte zu einem normalen Raum werden und nicht so ein Kunsttempel mit hoher Schwelle. Das wäre mein Traum. Die Fachleute für Kommunikation, die am Theater arbeiten, werden künftig noch viel mehr gefordert, wenn es gilt, die neuen Freiräume der Gesellschaft sinnvoll zu füllen, die durch die Arbeitszeitverkürzung geschaffen werden. Denn was da mit Chips auf uns zukommt, ahnen wir noch gar nicht. Wenn sich die Kommunen nicht verantwortungsvoll darum kümmern, schlägt hier die Unterhaltungsindustrie brutal zu, und dann wird Fantasie ersetzt durch Fantasialand.

KONKRET: Erörtern Sie diese grundsätzlichen Fragen auch mit den zuständigen Politikern?

Flimm: Kaum. Da findet man selten einen Gesprächspartner. Die halten einen auch kurz daß man gar nicht dazu kommt: mal durchzuatmen, mal zu fragen, wie sieht das nun aus mit den Theatern bis 1990? Wir werden doch nur noch von Katastrophenmeldungen in Atem gehalten: Moment - neenee, ihr könnt uns doch nicht das Theater streichen - Anruf - ihr müßt protestieren, daß die uns Mittel streichen - Protest - Probleme in Bochum - Dortmund wird also nicht zugemacht - Remmidemmi in Bremen - das Theater wird nicht zugemacht... Wir kommen kaum dazu, mal ein langfristigeres Programm zu entwickeln. Die Kommunalpolitiker denken ohnehin nur im Vier-Jahres-Rhythmus. Dennoch: Wir müssen uns jetzt zusammensetzen und eine Perspektive entwickeln.

Konkret 05/83, S. 97

Hermann L. Gremliza

Bücher: Wie vorne ist hinten?

Schöner als Geschlechtsverkehr ist Dr. Günther Nenning. Er juckt länger.

»Wenn die Zukunft zubetoniert wird, ist das offene Ende der Geschichte hinten«. Kannten Sie den? Ich schon: »Sie Rindvieh!« -~- »Nehmen Sie das zurück?« - »Nein!« - »Gut, dann ist die Sache für mich erledigt.«

Erledigt die Sache, die Zukunft, die Weltgeschichte, Günther bringt alles auf einen Nenning: »Nach so viel blinder Veränderung der Welt durch kapitalistisch-sozialistische Weltrevolution wird das Gegenteil zur größten nötigen Arbeit. Wir Sozialisten haben die Welt nur verändert, es kommt aber darauf an, sie verschieden zu interpretieren.«

Dr. Günther Nenning, langjähriger Funktionär der SPÖ und Vorsitzender der österreichischen Journalistengewerkschaft, muß es wissen: Die Welt sieht so beschissen aus, wie sie aussieht, weil sie das Werk österreichischer Sozialdemokraten (aller Länder) ist. »Die neue Romantik ist der neue Sozialismus!« Unter den Einäugigen ist der Blinde König.

Es fällt schwer, sich dem charmanten Blick zu entziehen, mit dem Nenning seine neuesten Kleider mustert. Und wenn man verdrängt, was König Günther in den letzten Jahren so alles getragen hat - den Konvergenzfrack zum gedeckten Kreisky, den schwarzen Rolli mit Dutschke, das kniefreie Dekolleté nach Art der neuen Sinnlichkeit -, kann man Spaß daran haben. Oder hat schon mal einer bei jenen leitartikelnden Kretins, die unsere übrige Unterhaltungsliteratur herstellen, Sätze gelesen wie diese:

Fachleute rätseln, wieviel in dieser Ökonomie alten Typs die Schaffung neuer Arbeitsplätze kostet, man schätzt 100.000 Dollar pro Arbeitsplatz. Das multipliziere man mit 35 Millionen OECD-Arbeitslosen und getraue sich zu sagen: Jawohl, auf diese Weise läßt sich die Krise, wie's im Technospeak heißt, meistern, das hl. Wachstum wieder aus dem blauen Dunst holen, worin es sich rätselhaft aufgelöst hat. Jene Traumbüchelziffer von 3 Billionen Dollar würde hauptsächlich draufgehen zur Anschaffung modernster Energie, Rohstoffe und Arbeitsplätze gnadenlos verschlingender Maschinerie. Daß man neue Arbeitsplätze kriegt durch Anschaffung arbeitssparender Maschinen - um dieses Märchen des Zeitalters der Vernunft zu glauben, muß man ein erstklassiger Fachmann sein. Trauen wir uns doch, radikal sozialistisch nach- und neu zu denken: in Arbeitslosigkeit liegt eine Chance; die Garantie lebenslanger kapitalistischer Fremdarbeit (»Vollbeschäftigung«) ist kein sozialistisches Ziel.

Doch dann denkt er radikal neu und nach, was Sozialismus ist: »Sozialismus ist die Fortsetzung des Kapitalismus mit anderen Mitteln, die die gleichen sind, nur ärger.« Dagegen erhebt sich eine neue Klasse, die »Postmaterialisten«, was nicht Briefträger heißt, sondern Leute bezeichnet, die sich auf eine »romantische Kapitalismuskritik zurückbesinnen.« Denn »richtig phantastisch wäre der Politiker, der sich vors Wählervolk stellt und sagt: 'Leutln, das materielle Gesundschrumpfen ist die Voraussetzung für das qualitative Wachstum der Seele.' So wird's kein Politiker sagen. Desto nötiger, daß es sonst wer sagt.«

Sonstwer ist der Bergbauer, der sich in Nennings Filmoperette »Wie zu Andre Hofers Zeiten« im Ötztal auf 1.492 Metern Höhe vor die Kamera setzt und spricht: »I tat sogn, es kommt darauf an, wia ma zufrieden ischt auf der Welt. Der oane hat nie genue, und der andere ischt mit wenig genüegsam. Der ist zufriedn. Die Genüegsamkeit ischt besser.«

Arm aber glücklich und sprachbehindert, alle Mann zurück auf die Alm, wo's ka Sünd gibt. Nur Nenning bleibt noch hier, als Talkmaster des Weltuntergangs, und außerdem weiß er ab und zu ganz gut, daß es eine »große Zahl von Menschen« gibt, »die keine Postmaterialisten sind und sich diesen Luxus auch nicht leisten können«, der durch »die Erpressung von Rohstoffen aus der 3. Welt entsteht, der wir zuwenig dafür zahlen«.

Er ist halt ein blitzgescheiter Bursch, der Doktor Nenning. Er hat sogar Marx gelesen und dabei irgendwie das Gefühl gekriegt, daß der Kapitalismus endlich ist. Aber dessen real existierende Alternative mag er nicht (»Verwandte und Kollaborateure des Kapitalismus sind Sozialdemokratie wie Kommunismus«). Statt »Was tun?« fragt Nenning »Was dan mr jetzt«. Der Ötztalbauer antwortet: »Jetzt dan mr d'Fiaß weh.« Sein Erfinder Nenning sagt jedes dritte Jahr was anderes: Jetzt gehn mr mit dem Kardinal König Kirche und Kommune vereinigen; oder jetzt gehn mr mit dem Milovan Djilas auf den dritten Weg; oder jetzt gehn mr mit Marcuse ins dreidimensionale Land; oder jetzt gehn mr mit dem Hannes Androsch in die sozialdemokratische Epoche; oder jetzt gehn mr in die ökologische Subkultur; und dann gehn mr wieder zruck zu dir, i will nur zruck zu dir: »Die Sozialdemokratie ist unentbehrlich. Gäbe es sie nicht, müßte man sie neu erfinden (vielleicht ein bissl anders als sie jetzt grad ist)... Will die Partei wieder ins historische Zentrum, muß sie die Parallelaktionen, die sich auf grünem Felde abspielen, mit Zuwendung und Wohlgefallen zu sich heran- und hereinholen.«

Wer weiß, welche antirepressivtuwastunixspontikaderalternativbasisregionalundogmatischdynamischreichistischradikale Bewegung in fünf Jahren dran sein wird. Es gibt nur eine Sicherheit im Chaos: Günther Nenning wird auch ihr Apologet sein, ihr Vorwärts als Zurück interpretieren und sie, radikal und sozialistisch, an die Kassen der Sozialdemokratie überweisen.

PS: Manchmal ufert Nennings Bemühen um Originalität ein wenig aus: Auf den 144 Seiten seiner Weltschau im Jahre 1983 verschwendet er kein Wort an die atomare Rüstung. Reagans Holocaust? Am besten gar net ignorieren.

Günther Nenning: »Vorwärts zum Menschen zurück«, Österreichischer Bundesverlag, 144 Seiten, 9,80 Mark

Konkret 05/83, S. 98

Matthias Altenburg

Bücher: Die DDR-Schriftstellerin Irmtraud Morgner legt den zweiten Teil ihrer Laura-Salman-Trilogie vor: den Hexenroman »Amanda«.

Das Buch ist kaum faßbar, ein Monstrum. Sechshundertfünfzig Seiten, kann man noch so viel zu sagen haben?

Trobadora Beatriz, Titelfigur des ersten Morgnerschen Großromans ist zum zweitenmal wiederauferstanden. Diesmal als Sirene mit Menschenkopf und Vogelkörper. Ihre Aufgabe: □ *ber das N*□ *tige* □ *on heute nach*□ *udenken und diesem unaufschiebbar N*□ *tigen Stimme* □ *u geben*, damit *der Zukunft die Zukunft be*□ *ahrt* □ *ird*. Nur Sirenenstimmen können noch gehört werden. Bei einem Attentat jedoch, wird Beatriz ihrer Zunge beraubt. Was ihr bleibt, ist ihre schriftliche Stimme, *Stimme auf Seiten.* Sie schreibt ein Buch, das Buch »Amanda«, die wahre Geschichte der Triebwagenfahrerin Laura Amanda Salman.

Als Kind war Laura ein ganzer Querkopf (die Betonung liegt auf 'ganz'). Ein weiblicher Eulenspiegel: fünfmal wird sie getauft; Anweisungen nimmt sie wörtlich; sie sucht im Himmel, was herabgefallen ist. Laura, auch später nicht gewillt, sich zu bescheiden, wird bestraft. Oberteufel Kolbruk teilt sie in zwei Hälften. Lauras unbrauchbarer, weil aufsässiger Teil lebt fortan im Hörselberg unter dem Namen Amanda. Dort kämpft sie mit anderen hexischen Hälften gegen das jahrtausendealte Regiment der Teufel. Ziel des Kampfes ist die Wiedervereinigung zur ganzen Frau. Nur wiedervereinigt kann aus uns werden, was die Natur exponiert hat.

Der Roman ist zu komplex, als das man jede seiner Ebenen wiedergeben könnte. Homosexualität, Dogmatismus, Umweltverschmutzung, Kindererziehung, Kriegsgefahr - alles wird abgehandelt. Alles ist zuviel. Mühsam muß man sich herausdestillieren, was zum *unaufschiebbar N*□ *tigen* gehört. Zum Beispiel: die Entwicklung einer *Philosophie f*□ *r Nichtfachleute.* Als es Gott noch gab, konnten wir delegieren, was unfaßbar für uns ist. Glück gehört dazu und Unglück, Angst, Krankheit und Tod, Liebe und Liebeskummer. Jeden betrifft das. Aber Gott ist tot; wir müssen allein damit fertig werden. Keine wissenschaftliche Weltanschauung kann ersetzen, was bisher Religionen geleistet haben. Elementare Lebenserfahrungen sind in Hohlräume gesackt. Keiner weiß das besser, als die Sinnstifter der Unterhaltungsindustrie. Leben findet auf dem Bildschirm statt. Angst hat die Mami vor J. R. und Mitleid mit E. T. Die Kriegsplaner kichern. Wenn das Fernsehen die Explosion der nächsten Bombe zeigt, werden wir gelangweilt umschalten.

Irmtraud Morgner macht Vorschläge dagegen. Längst suspendierte Begriffe werden erneut mobilisiert. *Her*□ *ensbildung* wird gefordert, *Anmut des Denkens.* Daß mir keiner lacht! Wo die Zukunft, selbst das Überleben, so unsicher ist, muß man sich vergangener Tugenden versichern. Deshalb auch der Rückgriff auf Kassandra, auf die Parnaß- und die Brockenmythologie. Ich weiß, Romane sind keine Kochbücher. Trotzdem, wenn von Liebe die Rede ist, erwarte ich mir immer ein bißchen Lebenshilfe. Warum auch nicht, Bücher sind schließlich Erfahrungen, die man uns nicht mehr abkaufen kann.

Aber die hiesige Kultur hat ein Liebesideal postuliert, das den Liebenden ab□ *erlangt, sich gegenseitig die Welt fokussiert dar*□ *ubieten. Es* □ *eckt unerf*□ *llbare Er*□ *artungen und liefert jedem Menschen schnell denen, die da*□ *seine Liebe ungen*□ *gend er*□ *idert* □ *ird oder da*□ *es sein Schicksal ist,* □ *ergeblich nach* □ *ahrer Liebe* □ *u suchen, oder die Liebe nicht* □ *on Dauer ist oder alle Liebe Illusion. (...)Das herrschende Liebesideal,*

das Weltersat□ *fordert, mu*□ *gest*□ *r*□ *t* □ *erden...*

Und wir Männer, Linke, hier in der westlichen der beiden Republiken, im Schneller-Höher-Weiter-Land? Immer noch schwenken wir heftig, heftig, heftig unser philanthropisches Fähnchen (z. Zt.: weiße Taube auf blauem Grund). Unfähig, *eine* Frau zu lieben, lieben wir gleich die ganze Menschheit.

Ich will über Gelesenes reden, frage Freunde, ob schon jemand von ihnen den neuen Morgner-Roman kennt. Ein Bekannter, selbsternannter Alternativ-Chauvi und Freizeitdichter mit abgeschlossenem Germanistikstudium (»Wer Bukowski kennt, weiß, wie ich schreibe«), klappt seinen Trenchcoatkragen hoch und grinst mich an. Er bittet mich, doch endlich den Irrglauben aufzugeben, Frauen könnten heutzutage sowas wie gute Literatur zustandebringen.

Irmtraud Morgner: »Amanda«, Luchterhand Verlag, 38 Mark

Konkret 05/83, S. 98

»Was lesen Sie gerade - und wie gefällt es Ihnen?«

Wieder hat KONKRET einige Schriftsteller (und diesmal auch einen bildenden Künstler) noch dem Buch gefragt, das sie zur Zeit lesen. Die Antworten kamen spontan, am Telefon.

Bernt Engelmann

Ich habe gerade **»Der Name der Rose«** von **Umberto Eco** gelesen. Erst habe ich mich geweigert, weil ich Zweifel an der Thematik hatte und mich phantastische Literatur kaum interessiert. ich fand aber dann, daß es ein zwar streckenweise schwieriges, aber auch sehr anregendes Buch ist. Es gibt viele aktuelle Bezüge, Anspielungen, die man erst entdecken muß, die aber viel Spaß machen. Etwa, wie sich Leute in beinahe konspirativer Form gegen eine übermächtige Hierarchie zu wehren haben. Da sind deutliche Parallelen zur Haltung von Nichtdogmatikern in Organisationen, sei es in der Kirche oder anderswo. Das ist schön dargestellt, auch wenn es ein paar Schwachpunkte gibt.

Peter Bichsel

»Der Freibeuter« von **Joseph Conrad** liegt bei mir noch auf dem Tisch. Er ist der seriöseste Romancier, den ich kenne. Wobei ich in diesem Buch entdeckt habe, daß er ganz eindeutig eine politische Haltung hat. Er scheint ein überzeugter Anarchist gewesen zu sein. Die Geschichte handelt von einem ausgedienten alten Kapitän, einem ehemaligen Freibeuter. Es ist die Zeit noch den Revolutionswirren während der englischen Blockade. An der Küste fahren englische Schiffe, aber es gelingt ihm, in Toulon an Land zu kommen. Er geht weg vom Wasser, baut sich aber im Stillen ein Boot. Seefahrt spielt nur am Rande eine Rolle. Ich kann mit Seefahrt auch nichts anfangen, gehe nie ans Meer in den Ferien und Seefahrerromantik ist mir absolut fremd. Wenn ich Conrad lese, stört mich der Inhalt fast. Aber man kann Conrad lesen, ohne am vordergründigen Inhalt interessiert zu sein. Denn Inhalte sind bei ihm nur Vorwand. Wie er sich selbst sprachlich von diesem Inhalt wegbewegt, ist faszinierend. Er geht auf noble Distanz, bleibt aber andererseits als Autor ständig präsent, laßt den Leser nicht im Stich und übernimmt die Verantwortung für das Geschehen. Ich hab' auch schon versucht, Conrad im Englischen zu lesen, aber das ist fast unmöglich. Erstens, weil es zu schwer ist und zweitens, weil es mich langweilt. Ich glaube, bei Conrad haben wir das Glück, ihn nicht im Original lesen zu müssen.

Joseph Beuys

Zuletzt habe ich **»Briefe«** von **Novalis** gelesen. Für mich betreibt Novalis Futurologie, eine Sicht auf das Leben einer Gesellschaft, die noch verwirklicht werden muß: in ihrem aktuellen Bezug zur Natur, zum Umgang mit den Stoffen, zu Formen der Gesellschaft. In der romantischen Naturphilosophie ist angedeutet, wie es anthropologisch und gesamtgesellschaftlich aussehen müßte. Da sind viele Keime gelegt für zukünftige Vorstellungen. Die Romantik und der deutsche Idealismus -- ob man Goethe, Schiller, Hegel nimmt -das sind ja durch den Materialismus überrollte Bewegungen. Die bürgerliche Revolution, die angewandten Naturwissenschaften haben diese Bewegungen überrollt. Und wenn ich heute in der ökologischen Bewegung arbeite und für eine Umwandlung der Gesellschaft, ist es natürlich, daß ich auf etwas zurückgreife, was einmal den Anfang machte.

Erich Fried

Ich lese die »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss und »Kassandra« von Christa Wolf. Aber daneben beeindrucken mich besonders die Bücher von zwei Frauen, die noch nicht bekannt sind. Das eine ist **»Übergang«** von **Anne Duden.** Ganz ausgezeichnete Prosa, sehr weiblich, kommt aber ohne feministisches Etikett aus und zeigt Randzustände, Gefahren, Gewalt in unserer Gesellschaft. Anne Duden war jahrelang Lektorin im Rotbuch-Verlag und arbeitet jetzt als freie Schriftstellerin. »Übergang« ist ihr erstes Buch. Für mich gehört es zu den besten Texten, die ich seit Jahren gelesen habe. Und dann gibt es eine Lyrikerin, die ist aus Tübingen und heißt Anne-Marie F. Brenner. Das Bändchen -auch eine Erstveröffentlichung - ist leider noch im Eigenverlag erschienen und hat den Titel » Isolde im Winter«. Das sind äußerst rebellische Gedichte, auch gegen die Behandlung von Psychotikern in psychiatrischen Kliniken. Die Autorin ist handwerklich noch nicht fertig, aber sie schreibt Gedichte von ungeheurer Durchschlagskraft. Ich glaube, das wird eine große Dichterin werden.

Dieter Kühn

Ich war drei Wochen in Italien. Da hatte ich »Berlin Alexanderplatz« von Döblin mit - ein irres Buch. Und dann hab ich zum ersten Mal in meinem Leben von **Stendhal »Rot und Schwarz«** gelesen. Das hat nicht unbedingt mit dem 200.

Geburtstag zu tun. Es lag schon eine ganze Zeit auf dem Stapel. Aber was ich darüber gehört habe, hat sich bestätigt: Es ist ein phantastisches Buch. Diese ungeheuer vertrackte Psychologie in den Liebesgeschichten, die hat mir gefallen. Ich habe jetzt erst für mich die französischen Realisten entdeckt. Ich habe von Balzac »Verlorene Illusionen« gelesen. Und Flaubert ist einer meiner Hausheiligen geworden. Der gefällt mir sogar besser als Stendhal. Aber ich habe das Gefühl, daß es da im 19. Jahrhundert noch etliches für mich aufzuholen gibt.

Karin Reschke

Ich lese im Moment **»Brand's Haide«** von **Arno Schmidt.** Den Schmidt habe ich durch Zufall wiederentdeckt. Vor Jahren hab ich ihn mal gelesen, aber nicht kapiert. Jetzt plötzlich meine ich, daß ich ihn verstehe: die spontanen Einfälle, die Ausflüge in die Phantasie, die Historie und in alte Kinderbücher. Ich glaube auch, den roten Faden zu finden. Es macht mir Freude zu verfolgen, wie Schmidt auf der Suche nach einer Biographie von Fouqué ist. Welche Widerstände sich ihm in den Weg stellen in der Nachkriegszeit, wo man sich um andere Dinge kümmert als um Biographien verschollener Dichter. Er macht da politische Anspielungen, die ihn in ein ganz anderes Licht stellen, als er jetzt in der Schmidt-Renaissance gesehen wird. Außerdem mag ich inzwischen das Spielerische und Kauzige. Ich kann heute Arno Schmidt verschlingen, wie ich mit 15-16 Jahren Karl May verschlungen habe.

Wolf Wondratschek

Zuerst hat mir meine Geliebte gesagt: du mußt **»Goya« von Lion Feuchtwanger** lesen. Jetzt empfehle ich selbst immerfort: Lies »Goya«! Ich sag überall: Das mußt du lesen! Ich selber lese jetzt Feuchtwangers »Erfolg«. Das ist ein sehr sinnliches, erotisches Buch. Ich meine nicht die Geschichte, sondern die Sprache. Allein seine Adjektive! Es ist wie bei einer Frau, die muß auch Fleisch an den Hüften haben. Das zu lesen gibt eine Kraft. Aus der zeitgenössischen Produktion lese ich dagegen fast überhaupt nichts.

Joseph Conrad: »Der Freibeuter«, Fischer-Verlag, 7,80 Mark;

Anne Duden: »übergang«, Rotbuch-Verlag, 10 Mark;

Umberto Eco: »Der Name der Rose«, Hanser-Verlag, 39,80 Mark;

Lion Feuchtwanger: »Erfolg«, Fischer-Verlag, 18,80 Mark;

Novalis: »Das dichterische Werk«, Tagebücher und Briefe, Hanser-Verlag, 74 Mark;

Arno Schmidt: »Brand's Haide«, Fischer-Verlag, 5,80 Mark;

Stendhal, »Rot und Schwarz«, Insel-Verlag, 12 Mark

Konkret 05/83, S. 99

Reinhard Hesse

Bücher: Islamische Bordelle

Wer auf der Sachbuch-Bestsellerliste noch vor »Jane Fondas Fitness-Buch« rangieren will, muß mindestens so populär sein wie die Mainzelmännchen, oder versprechen, eine Bildungslücke zu schließen. Zwei Argumente für Peter Scholl-Latour.

Peter Scholl-Latour (PSL) ist beim Fernsehen, und Bildungslücken sind sein Spezialgebiet. Durch 31 Jahre bewegtes Journalistenleben rauscht die Zeitmaschine in »Allah ist mit den Standhaften«. Via Paris zu den Philippinen über den Maghreb in den Iran, vom Nahen Osten über Chinesisch-Sinkiang nach Westberlin - 766 Seiten lang: nur zwei Seiten mehr, und PSL hätte den Papierverbrauch seines letzten Buches »Tod im Reisfeld« glatt verdoppelt.

Wenn PSL am Abend in den »wohltuenden Luxus«, den »Hafen des Friedens« des Damaskus-»Sheraton« einsticht, nachdem er am Nachmittag - kurz nach dem Massaker - in den Beiruter Flüchtlingslagern »mit Sicherheit« diagnostiziert hat, daß »der jüdische Staat nicht unmittelbar an dem Gemetzel beteiligt war« - dann träumt er von »gar nicht furchterregend aussehenden« Leichen mit »entspannten Gesichtern«. Und wie er so träumt und rätselt, wie die Israelis da wohl »hineingeschlittert« sind, fließen auch schon harte Devisen in die Hotelkasse. Multipliziert mit 100 - etwa so viele Auslandsabstecher beschreibt PSL in seinem neuesten Buch - ergibt das eine ganz stattliche Summe für die zahlungsbilanzdefizitären Ökonomien der Dritten Welt.

»Allah ist mit den Standhaften« nennt also PSL seine Sammlung munter aneinandergereihter »Begegnungen mit der islamischen Revolution«. »An Allahu ma'a es sabirin« heißt es in der für diesen Titel bemühten 2. Sure des Koran. PSL »öffnete das Arabische Zugängen, die anderen verschlossen blieben«, verspricht der Verleger. Gewöhnlichen Sterblichen eröffnet ein gutes Wörterbuch, daß »es sabirin« die »Geduldigen«, die »Beharrlichen« sind. »Standhaft« im kämpferischen Sinne heißt man im modernen arabisch die »samedin«. Auf den Straßen West-Beiruts, über das im Sommer 1982 das »israelische Strafgericht« (PSL) kam, hätte er diese Vokabel täglich hören können. Da aber mußte er, kurz zuvor noch in der libanesischen Hauptstadt, in Paris den »internationalen Terrorismus« filmen: »Ein schwacher Ersatz für die persönliche Teilnahme an der Tragödie«. Immerhin darf er im September wieder nach Beirut, um mit Kennermiene festzustellen, daß die Verwüstungen »schlimm«, aber »nicht wahllos« sind.

Ganz schuldlos hatte die Palästinenser die israelische »Repressalie« nicht getroffen. Nicht genug, daß sie Beirut »der Barbarei« hatten anheimfallen lassen - nach der Erstürmung Saigons »fiel« schon die zweite Stadt, der PSL »sentimental verhaftet« war.

Aber eigentlich will unser PSL ja der islamischen Revolution begegnen, und so setzt er sich zwischen das »Verschwörergesicht« Ghotzbadeh und die »flinken Eulenaugen« von Bani Sadr ins Flugzeug, das Ayatollah Chomeini von Paris nach Teheran bringt.

Gleich quält ihn die Frage, warum der Imam nur so lächelt, als er das Kamerateam sieht, warum Chomeini sich »so gelockert« gibt. Rechnet er »insgeheim mit einem tragischen Ausgang«, oder freut er sich so, weil PSL die »gelbe Dokumentenmappe« mit dem islamischen Verfassungsentwurf durch den Zoll schmuggeln wird und Tabatabai dem Kurier dafür ein gutes Pfeifchen stopfen soll? Nein, Tabatabai verfolgt den Leser zwar, als PSLs »eigentlicher Gönner«, durch die Iran-Kapitel - aber man wartet vergeblich darauf, daß der alerte Diplomat eine Portion von jenem »Granatapfelextrakt« anbietet, das man später in seinem Fluggepäck in Düsseldorf mit Rohopium verwechselte.

Doch bleiben Rätsel genug bei der Begegnung mit dem »alten, dekadenten Volk« im Iran und mit der islamischen Revolution. Da muß das »Allahu akbar«, eben noch »uralter Schlachtruf aus dem Unterbewußtsein«, als Parole von den Mullahs »sorgfältig abgesprochen« werden; da halten die Schiiten ihre wahren Gefühle »durch die anerzogene Taqiya wohl verborgen«, um ein paar Seiten weiter den Reporter PSL zu »Zeugen« ihrer Aufwallung machen zu wollen. Nach einer Reise durch Wahrheiten und Halbwahrheiten aus der Geschichte des Islam, durch allerlei »Orientalisches« (will heißen: nicht Erklärbares) zusammengefügt, begegnet der staunende Leser schließlich einem islamischen Imam in der Rolle des »deus ex machina« aus dem römischen Drama und fragt sich, ob die Moslems nun »islamisch intolerant«, oder »sehr islamisch, fast pubertär wirkend schüchtern« sind. Was bleibt? Eine »aufgepeitschte Menge«, alte Frauen »werden zu Tode getrampelt«, »weibliche Formen« sind nicht mehr in »stramme Pullover« und »enge Jeans« gehüllt, sondern werden »unter häßlichen Tüchern versteckt«. Kein Grund zur Aufregung: Auch neun Monate nach der islamischen Revolution schenken in Teheran noch »sehr muntere Lebedamen« dem PSL »einladende Blicke«. Das scheint ein lohnenderer Weg zu den »Begegnungen mit der islamischen Revolution«.

PSL macht sich erneut auf die Suche und beginnt diesmal gleich an den naheliegendsten Orten - in den Bordellen. Im Nachtklub »New Vinta« auf den Philippinen sucht er islamische Aufständische, bekommt aber nur »spärlich bekleidete Mädchen« geboten. Vorbei an schwulen Spionen (»Agententätigkeit und Homosexualität ergänzen sich häufig«) geht es nach Beirut, wo den »einsamen Wanderer« wiederum die Nachtklubs anlocken. Mit »Wehmut« verpaßt er auch dort den Islam, denn die »Freudenmädchen« sind »fernöstlicher Herkunft«, und was die libanesischen und palästinensischen

»Mädchen« angeht, so hängen ihre Trauben zu hoch, sind also zu sauer: »Dilettantische Mata Haris, deren Reize leider nicht den Ansprüchen eines James Bond genügt hätten.«

Folgen wir 007 Scholl-Latour, wie er mal mit, mal ohne »böse Ahnungen« über unbescholtene Passanten herfällt, um sie durch die Ahnengalerie der Helden seiner Imagination zu treiben: Eine »maurische Amazone« von der Polisario wird zu »Aischa, der Lieblingsfrau Mohammeds«; Arafat zum »grinsenden Faßbinder mit Keffieh«, Dostojewski ringt mit »Roboter-Gesichtern« von KGB-Beamten, und der libanesische Patriarch Khoraishe sucht die abrahamitischen Religionen zu versöhnen »wie ein zeitgenössischer Nathan der Weise«, und das, »ohne vermutlich Lessing je gelesen zu haben«.

Lassen wir unseren Helden allein auf der Reise nach Ägypten, wohin er gefahren, um Nasser »ein Einlenken« gegenüber der Bundesregierung zu ermöglichen. Am Nil verlassen PSL nicht nur die Grundrechenarten (wenn er die Zahl der Kopten, die niemandem genau bekannt ist, aufs Geratewohl mit 6 Millionen angibt und die wohlhabenden oberägyptischen Christen auch noch als die »Ärmsten der Armen« bezeichnet) und jede Kenntnis des Arabischen (aus »Umkehr und heilige Flucht« wird »Verfluchung und heilige Abkehr«), sondern auch noch die Sinne: Gamal Abdel Nasser erscheint dem braven Fernsehreporter als »heiliger Stier« und »heiliges Krokodil« zugleich.

Inmitten dieser Bildersammlung stapft ein unbekümmert derber Antikommunismus daher: Algeriens Boumedienne zum Beispiel ist nur gestorben, weil er sich »in seiner endlosen Agonie unvorsichtigerweise einem russischen Ärzteteam in Moskau anvertraut hatte«.

Früher war doch vieles einfacher - in Algerien, wo der einstige französische Indochina-Frontsoldat PSL mit Fremdenlegionären »auf die Pirsch« gehen konnte, wenn bei der »Treibjagd« Aufständische »zur Strecke gebracht« wurden. Heute hingegen erlaubt sich schon die »Cutterin Gaby«, den Schlußtext für die Einstellungen aus dem Iran (»Lachende Löwen, wie Friedrich Nietzsche sie erhoffte, habe ich keine angetroffen in dieser Heimat Zarathustras«) »sehr pathetisch« zu finden. Warum nur hat »Gaby« dann die Schneideabfälle nicht sorgfältig verbrannt?

Dann hätte PSL aus den Versatzstücken seiner alten Reportagen, kein Buch zusammenstellen können, uns wäre die Neuauflage der Scholl-Latour'schen Fernseh- und Zeitungsauftritte erspart geblieben. Und vor allem: die grauenvolle Vorstellung, daß das Beispiel Schule machen könnte. Daß eines Tages auch Ernst-Dieter Lueg...

Peter Scholl-Latour: Allah ist mit den Standhaften, DVA Stuttgard, 766 Seiten , 39.80 Mark

Konkret 05/83, S. 102

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Manche Leute möchten einfach alles wissen und so fragten sie denn den Helmut Schmidt, was er nun werden wolle:Ich will nichts mehr werden, ich war was,sagte er, und das hatten sie nun davon. Um es wahrzumachen, ging er hin und wurde Mitherausgeber der »Zeit«. Er wollte nichts mehr werden, denn das war er schon und so konnte er es getrost auch bleiben. Oder wie sein neuer Chef, der Verleger und Lambsdorff-Wähler Gerd Bucerius, es deutet:

Die Stimme dieses Staatsmannes wird in der Welt gehört.

Man hat da langjährige Erfahrung. Fast ein Jahrzehnt hat die Welt auf ihn gehört. Und so sieht sie aus: schmidtgenommen.

Die Zurückgebliebenen wollen sich jetzt in der Opposition regenerieren. Schon sagt ihr Vorsitzender aufrüttelnde Sachen wie:

Es ist an uns, den Dingen nicht ihren Lauf zu lassen, sondern uns immer wieder um angemessene Antworten zu bemühen.

Wer so spricht, darf sich natürlich nicht wundern, wenn Unterführer der Bewegung wie der Ministerpräsident Johannes Rau tief ins Strategische greifen:

Der Ernstfall sozialdemokratischer Politik ist aber nicht die Funktionärskonferenz, sondern der Gesangverein, der Kirchenvorstand, die Nachbarschaft, der Sportverein,

last not least, denn dabeisein ist alles. Und hatten nicht schon die Väter der Bewegung die Macht des Gebetes besungen: Brüder, in eins nun die Hände? Wurden sie gehört? Man muß nur lesen, was der alte Arbeiterführer Eugen Loderer seinen Freunden von der »Welt am Sonntag« geklagt hat:

In der ganzen Zeit meiner Vorsitzertätigkeit in der IG Metall hatte ich mit unerfreulichen Erscheinungen zu tun.

Lohnkämpfe, Tarifstreitereien, sogar Streiks - es war bitter. Im Ernstfall sozialdemokratischer Politik, im Kirchenvorstand, wäre ihm das erspart geblieben.

Wolfgang Hicks, der Judennasenzeichner vom »Völkischen Beobachter«, ist gestorben. Die »Welt«, für die er später Breshnew karikieren durfte, log sich in ihrem Nachruf um die zwölf braunen Jahre herum. Der »Spiegel« aber nahm kein Blatt vor den Mund:

Er strichelte nazi-konform, zeigte Juden als dicke Geschäftemacher und Russen als Kindermörder und hatte keine Probleme mehr mit der Obrigkeit. Nach dem Kriege kommentierte er mit seinen sparsamen, oft harten Strichen das politische Geschehen für die »Zeit«, dann für die » Welt« . Hicks starb am vergangenen Mittwoch in Bonn an Herzversagen.

De mortuis nil nisi bene? Doch nicht beim »Spiegel«, der zur Wahrheit, zu nichts als zur Wahrheit verpflichtet ist. Leider waren aber auch im Nachruf des Nachrichtenmagazins ein paar Jahre den sparsamen, oft harten Strichen der Chefredaktion zum Opfer gefallen, und es waren ausgerechnet die, in denen Hicks für den »Spiegel« gestrichelt hatte. Laßt es uns gleich wieder vergessen - über die Scheintoten nichts Schlechtes!

Das »Umweltmagazin« ist in finanziellen Schwierigkeiten. »In eigener Sache« bittet der Verlag um Hilfe:

Die Zeitschrift hat sich nie selbst getragen. Zur Zeit machen wir in jedem Monat 2.500 Mark Verlust. Das sind im Jahr 55.000 Mark. Denn: 2.831 Menschen beziehen alle zwei Monate»Umweltmagazin« im Abonnement. Das reicht nicht, das sind zu wenig.

Sie sollten sich vermehren. In der Woche vier macht im Jahr fünfhundertsieben.

Alle haben sie dem Otto Höpfner zum siebzigsten Geburtstag seines internationalen Frühschoppens gratuliert. Auch die »Welt« kam mit einem Strauß alter Zitate des Jubilars:

Es waren Stilfragen, die mich belästigten. Die Nazi-Uniform war zu häßlich.

Die »Welt« nennt das »halbästhetizistische Weltbetrachtung«, man könnte auch sagen: halbarische. Aber er hat noch was gesagt:

Wenn ich eine Frau wäre, würde ich mich heiraten.

Wenn ich er wäre, hätte ich mich von mir scheiden lassen. Aus rassischen Gründen.

Die Rowohlt-Erben haben den väterlichen Verlag an den Holtzbrinck-Konzern verkauft. Das macht dem Feuilleton-Redakteur der »Zeit«, der zwar einerseits ganz entschieden aber eben auch die Anzeigen der Holtzbrinck-Firmen Fischer, Droemer, Kindler undsoweiter andererseits wie das halt so ist was sagt man, Probleme-.

Ob das allerdings, was die Literatur betrifft, nicht eher zu einer geballten Ohnmacht wird, steht zu befürchten.

Es steht zu befürchten: *daß. Es* ist die Frage: *ob.* Da ohne Frage zu befürchten ist, daß ungefragt geäußerte Befürchtung, was den Anzeigenteil der Literatur betrifft, zu ohnmächtiger Ballung leerer Plätze führen könnte, wird die Furcht fraglich. Ob das allerdings, was das Feuilleton betrifft, nicht eher zu Analphabetismus wird, steht zu befürchten.

Die »Atlantikbrücke«, einer jener Treffpunkte, an denen die Spitzen der Lumpenbourgeoisie diskutieren, wie sie den Rest der Menschheit am besten nach drüben bringen, hat über »Abschreckung, Freiheit und internationales Wachstum« konferiert:

Bei dieser Gelegenheit wurde auch vor dem AIles-oder-nichts-Denken gewarnt. Zwischen dem Frieden und dem »Nuclear Holocaust« gibt es zahlreiche Abstufungen... Trotz der zum Teil düsteren Themen blieb das Treffen heiter bis zur letzten Stunde. berichtet die »Frankfurter Allgemeine«. Ja,

der Erfolg der Berliner Gastfreundschaft war so groß, daß man beschloß, in vier Jahren wieder in Berlin zu tagen. Und dies hat seinen Sinn. Draußen, vor den Fenstern des verwaisten Gebäudes, war lichtlose, noch winterliche Nacht.

Das kann man in vier Jahren schon den ganzen Tag haben.

Friedrich Karl Fromme gehört zu den Glückspilzen, die bohren in der Nase und stoßen auf Öl:

Beginnt jetzt Rainer Barzels dritte Karriere - die des erfüllten präsidialen Anspruchs? Mit der Konstituierung des zehnten Bundestages hat Barzel die präsidialen Stufen beschritten... Wer weiß, welchen Weg seine präsidiale Karriere noch nimmt.

Der Präside, auch Präsident, ist einer, der vorne sitzt. Dem allgemeinen Sprachgebrauch genügt es aber, daß er oben schwimmt wie ein Fettauge. Doch auch das erklärt nicht, was präsidiale Stufen sind. Präsidiale Pipeline - das würde man verstehen.

Wenn sich die besten Köpfe der deutschen Wirtschaft - Horst Burgard, F. Wilhelm Christians, Robert Ehret, Wilfried Guth, Alfred Herrhausen, Eckart von Hooven, Hilmar Kopper, Klaus Mertin, Ulrich Weiss, Herbert Zapp, Werner Blessing und Ulrich Cartellieri - zusammentun und gemeinsam ein Vorwort verfassen, schlägt Quantität mit neuer Qualität um sich:

Jede Gemeinschaft kann auf Dauer nur so intelligent, leistungsfähig und erfolgreich sein wie die Menschen, aus denen sie besteht.

Man denke! Und woran liegt das?

Es kann keinen Zweifel geben, daß die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit unserer Volkswirtschaft in entscheidendem Ausmaß von der Intelligenz und dem Können derer abhängen, die in ihr arbeiten.

Sieh mal an. Es ist also keineswegs so, daß jede Gruppe von Idioten (griechisch für: Privatmänner) eine intelligente Gemeinschaft bildet. Auch dann nicht, wenn sie Burgard, Christians, Ehret, Guth, Herrhausen, Hooven, Kopper, Mertin, Weiss, Zapp, Blessing und Cartellieri heißen.

Prolegomena zur Kritik christlich-sozialer Unvernunft oder Theo gegen den Rest, der wählt:

Soll wirklich jede Erschütterung an der Peripherie das in Europa erreichte zum Einsturz bringen? Das wäre die Kapitulation der Diplomatie. Ihre Aufgabe ist es, Konflikte einzuhegen, nicht sie breitzutreten. Ähnliches gilt für die Deutschland-Politik. Aufs neue schießt da das juristische Denken ins Kraut. Aber Papier ist geduldig.

Dein Glück.